NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

1. Jahrgang / Nr. 14 | Berlin, Donnerstag, 9. Mai 1946 | Einzelpreis 15 Pf.

Der neue Tag

Heute feiern die demokratischen Völker ihren Siegestag. Nach den apokalyptischen Schreckensjahren des Hitlerkrieges ging vor einem Jahr die Sonne wieder über einem friedlichen Europa auf. Das faschistische Kriegsungeheuer lag verendet am Boden. Es wurde zur Strecke gebracht durch die friedliebenden Völker, die sich zur Verteidigung ihres Lebens und ihrer nationalen Freiheit zu einer einheitlichen Kriegsanstrengung zusammengefunden hatten.

Während die Sieger das Ende des Krieges feierten, standen die Ueberlebenden in Deutschland vor einem furchtbaren Erbe. Das deutsche Volk hatte sein Schicksal in den entscheidenden Jahren mit der Hitlerclique verbunden. Dadurch waren nicht nur unzählige Opfer sinnlos gebracht, die wirtschaftliche Substanz der Nation nutzlos vergeudet und das gesamte deutsche Volk mit einer großen Schuld belastet worden; auch das Vertrauen der Welt in ein anderes, besseres Deutschland war verspielt. Auf Gnade und Ungnade blieb Deutschland nun den Siegermächten ausgeliefert. In dumpfer Verzweiflung erwarteten Millionen Deutsche die Verwirklichung der hysterischen Vernichtungsprophezeiungen eines Goebbels. Doch schon in den ersten Tagen mußten sie feststellen, daß die Siegermächte nicht die Absicht hatten, Rache zu üben oder gar das Leben des deutschen Volkes auszulöschen. Ohne die Hilfe der Siegermächte wäre eine tödliche Katastrophe für das deutsche Volk unausbleiblich gewesen.

Langsam beginnt sich im Ausland auch ein wachsendes Vertrauen zu den fortschrittlichen und friedliebenden Kräften in Deutschland abzuzeichnen. Führende Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung haben die deutschen Gewerkschaftler bei ihrer Arbeit aufgesucht und ihren Zukunftsglauben gestärkt. Auf der Weltjugendkonferenz konnte ein deutscher Beobachter teilnehmen. Vertreter der deutschen Jugend sind zur nächsten Weltjugendkonferenz nach Paris geladen worden. Auch auf kirchlichem Gebiet ist es zu internationalen Gesprächen gekommen. Das zunehmende Verständnis des deutschen Volkes für die Notwendigkeit einer friedlichen Entwicklung und für die Lebensrechte der anderen Völker — ein Ergebnis der Erziehungsarbeit der antifaschistischen Parteien — ebnet uns den Weg in die Welt, die sich gegen jede neue Kriegsgefahr sichern muß.

Der Gedanke an Kriegsabenteuer schwirrt auch heute noch in manchem, von der Goebbels-Propaganda verkleistertem Kopfe. Man spekuliert auf die Uneinigkeit der Siegermächte. Je eher das deutsche Volk die Spekulationen der Nachfahren eines Goebbels durchschaut, um so eher wird es auch an dem Frieden der Welt wieder seinen vollen Anteil haben.

Erste Friedensparade der deutschen Arbeit

Glanzvolle Eröffnung der Messe — ein Symbol des Wirtschaftsaufbaues

Von unserem nach Leipzig entsandten Redaktionsmitglied G. Steinchen

Nach vierjähriger, durch den faschistischen Krieg bedingter Pause, wurde gestern vormittag im Leipziger Schauspielhaus in einem feierlichen Festakt die erste deutsche Friedensmesse eröffnet. Besondere Bedeutung erhielt sie dadurch, daß sich auf ihr mit Genehmigung der Alliierten erstmals nach dem Kriege wieder Deutsche aus allen vier Besatzungszonen zu friedlicher Wirtschaftstätigkeit zusammenfinden konnten. In voller Würdigung des Wiederaufbaues dieser europäischen Messe wohnten dem Festakt die Vertreter der Besatzungsmächte, unter ihnen Generale der Roten Armee, die Präsidenten der Länder und Provinzen in der sowjetischen Zone, der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Minister und Präsidenten aus den drei anderen Zonen, sowie zahlreiche Gäste aus dem In- und Auslande bei. Somit hat das große Auslagefenster der deutschen Wirtschaft, als das die Leipziger Messe einmal bezeichnet wurde, auch in diesen schweren Tagen der deutschen Geschichte wiederum ihre alte Anziehungskraft bewiesen.

„Meilensteine auf dem Wege der deutschen Einheit"

nannte der Präsident des Landes Sachsen, Dr. Friedrich, diese erste deutsche Friedensmesse, als er die zahlreich erschienenen Gäste begrüßte. Wenn früher 9000 bis 10 000 Aussteller und über 100 000 Einkäufer das Interesse der ganzen Welt bekundeten, so erscheine diese erste deutsche Friedensmesse im Vergleich dazu als kleine hoffnungsvolle Fortsetzung der 700jährigen Messetradition. Eine gute Vormittagsmesse brachte den Ausstellern Sofortverkäufe in Höhe von 1 Milliarde Mark ein. Diese Verkaufsziffern werden sich auf der ersten deutschen Friedensmesse bei weitem nicht erreichen lassen, denn ihre eigentliche Bedeutung liegt ja vor allen Dingen darin, daß zunächst einmal die durch den Krieg abgerissenen Wirtschaftsbeziehungen wiederhergestellt werden. Wenn das ein Jahr nach Beendigung des Krieges möglich ist, dann verdankt es das deutsche Volk vornehmlich den Leistungen der Wirtschaft und der verständnisvollen Förderung durch die sowjetische Administration.

Nach einem Jahr voller Mühen und Sorgen, aber auch der großen Erfolge, ist der Zweck der Messe vollkommen erreicht, wenn nach einer planmäßigen Sichtung der verbliebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nunmehr die Brücken für den Warenaustausch zwischen den Zonen geschlagen werden. Nicht nur Sachsen, das als Industrieland der Veredelungsproduktion weitgehend von der Zufuhr von Rohstoffen abhängig ist, sondern auch die anderen Länder und Provinzen der sowjetisch besetzten Zone müssen an einem baldigst anlaufenden Warenaustausch genau so interessiert sein wie die Länder und Provinzen der drei anderen Zonen, denn Stillstand bedeutet Vernichtung. Dem Interzonenverkehr mag das Hindernis verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Denkens in den einzelnen Zonen entgegenstehen. Das kann die Dringlichkeit des innerdeutschen Warenaustausches wohl hinauszögern, aber auf die Dauer nicht verhindern. Denn nur einer einheitlichen Wirtschaftslenkung wird es möglich sein, einmal den Reparationsverpflichtungen gegenüber den Alliierten nachzukommen, und zum anderen den durch die Potsdamer Beschlüsse zugebilligten Lebensstandard zu erreichen.

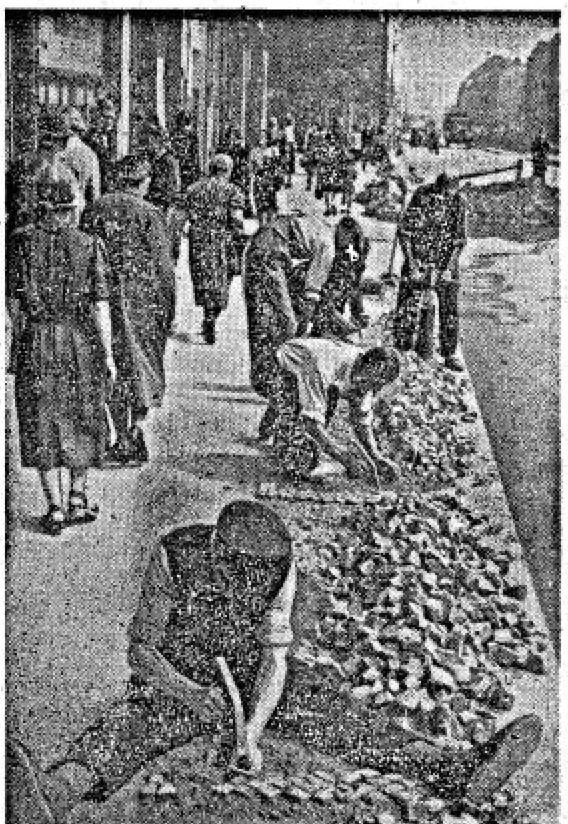
In der sowjetisch besetzten Zone ist eine Planwirtschaft aufgebaut worden, die der Privatindustrie soviel freien Spielraum beläßt, wie ihr im Rahmen des gesamten Neuaufbaues des deutschen Lebens zukommt. Durch die Leipziger Messe demonstrieren wir vor der Welt, daß wir einen friedlichen Aufbau vollführen. Der Handelsverkehr zwischen Ländern und Provinzen in der sowjetischen Zone hat sich im Verlaufe eines Jahres erfolgreich eingespielt, mit den Westgebieten hingegen steckt er noch im Anfangsstadium. Wenn die Leipziger Messe die Initiativkräfte freilegt, die den Warenaustausch auch mit den Westgebieten und dem Süden zum Anlaufen bringen, dann ist sie ein wertvoller Meilenstein auf dem Wege zur deutschen Wirtschaftseinheit.

Der Präsident der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung, Dr. Hugo Buschmann, Berlin, führte in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus: Die Leipziger Messe war immer einerseits eine Musterschau der Industrie für die Versorgung des deutschen Marktes und zum andeanderem eine Exportmesse. Im Vordergrund steht unter den gegenwärtigen Verhältnissen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Berliner Straßen heute und vor einem Jahr

Während heute die Straßen und Häuser unserer Stadt von fleißigen Händen der Schaffenden wieder in Ordnung gebracht werden (Bild oben), — lag im April und Anfang Mai 1945 der Phosphor-Dunst über den Straßen (Bild unten). Noch brennen mit grellem Schein die Brandbomben, — und schon krachen schwere Sprengbomben und reißen die Häuser auseinander. Die Hölle des Krieges.



Erklärung des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED zu den Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone am 26. Mai 1946

Die Aktivität der militaristischen Reaktion ist zu einer Gefahr für den demokratischen Neuaufbau und für die Einheit Deutschlands geworden. Nur die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte kann verhindern, daß nochmals Deutschland jene verhängnisvolle Entwicklung durchmacht wie nach dem ersten Weltkriege.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gibt deshalb allen Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen den Rat, alle Kräfte gegen Faschismus und Reaktion zu konzentrieren und den Bruderkampf einzustellen. Das Bestreben gewisser reaktionärer Kräfte, die Wahlen auszunutzen, um politische Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD hervorzurufen und zuzuspitzen, muß an dem festen Willen zur Herbeiführung der Einheit der Arbeiterschaft scheitern.

Möge das werktätige Volk seine Stimmabgabe davon abhängig machen, ob die Kandidaten sich für die Einheit der Arbeiterschaft erklären und in ihrer Person die Gewähr für eine zielbewußte, demokratische Tätigkeit bieten.

Werktätiges Volk in Süd- und Südwestdeutschland, wähle nur Anhänger der Einheit!

Wählt nur Anhänger der Einheit der Arbeiterbewegung!

Wählt nur Anhänger der Einheit Deutschlands!

Konferenz der Außenminister

Transsylvanien an Rumänien zurückgegeben

Paris, 8. Mai (SNB). In der Pariser Konferenz beschlossen, wie Reuter meldet, die vier Außenminister, Transsylvanien — die fruchtbare, von Gebirgen umgebene Provinz, die zwischen Ungarn und Rumänien liegt — an Rumänien zurückzugeben.

Die Provinz, in der schätzungsweise drei Millionen Rumänien und 1 500 000 Ungarn leben, fiel nach dem ersten Weltkriege an Rumänien. Sie wurde unter dem von Deutschland erzwungenen Abkommen im Jahre 1940 in zwei Teile gespalten. Im Jahre 1944, als Rumänien sich auf die alliierte Seite stellte, bekam es die Zusage, nach Friedensschluß Transsylvanien zurückzubekommen.

Die Frage der anderen rumänischen Grenzen wurde den Stellvertretern der Außenminister übertragen.

In der Frage über die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau und ihren Nebenflüssen wandte sich der sowjetische Außenminister Molotow gegen die Einführung einer entsprechenden Klausel in den rumänischen Friedensvertrag. Er machte geltend, daß eine derartige Vereinbarung nicht ohne Rücksprache mit den betroffenen Donaustaaten gemacht werden sollte. Molotow empfahl, diese Klausel aus dem Vertrage wegzulassen und die Frage der Freiheit der Donauschiffahrt später gemeinsam mit allen betroffenen Staaten wiederaufzunehmen.

Bulgarien, Ungarn, Finnland

Paris, 8. Mai (SNB). Im Laufe der heutigen Sitzung verhandelte die Konferenz der Vier, wie France Presse berichtet, über die Vertragsentwürfe betreffs Bulgarien, Ungarns und Finnlands. Bezüglich Bulgarien wurde beschlossen, daß die Grenzen von 1938 beizubehalten wären. Diese Frage soll aber später von neuem von der Friedenskonferenz geprüft werden.

*

Paris, 8. Mai (SNB). Wie Reuter mitteilt, ging der Außenministerkonferenz ein bulgarisches Memorandum zu, welches vom bulgarischen Komitee West-Thraziens unterzeichnet ist. Es appelliert an den Rat für eine Rückkehr Thraziens zu Bulgarien.

Keine Einigung über Vetorecht

New York, 8. Mai (SNB). Wie der New-Yorker Rundfunk meldet, erklärte der Generalsekretär Trygve Lie, zu den Arbeiten des Sachverständigenausschusses der Vereinten Nationen, daß eine Einigung in der Frage des Vetorechts der Großmächte bisher nicht erzielt wurde, so daß dieses Problem voraussichtlich im kommenden September von der Volksversammlung aufgenommen werden dürfte.

Gromyko warnt

New York, 8. Mai (SNB). Gromyko, der Sowjetdelegierte bei der UNO, warnte laut Reuter in einer Rede im hiesigen sowjetisch-amerikanischen Institut vor jedem Versuch, irgendeiner Nation oder Gruppe von Nationen, ihren Willen anderen Ländern der Welt aufzuzwingen. Ein derartiger Versuch würde — so betonte Gromyko — unvermeidlich zu dem Schicksal Deutschlands führen. Weiter erklärte der Sowjetdelegierte: das Volk der Sowjetunion hat „ausreichend starke Nerven und Widerstandsfähigkeit", um die Situation genau abschätzen zu können. Die Sowjetunion wird weiterhin die Sache des Friedens verteidigen und die Kriegshetzer demaskieren.

Hungerstreik in Triest

Triest, 8. Mai (SNB). Wie der Berichterstatter der Tankjug meldet, traten die am 1. Mai verhafteten Antifaschisten zum Zeichen des Protestes gegen die unrechtmäßige Inhaftierung am 6. Mai in den Hungerstreik. Die Verhaftung erfolgte anläßlich der von Faschisten verübten Ueberfälle auf Antifaschisten, während die faschistischen Angreifer unbehelligt blieben. Die verhafteten Antifaschisten fordern unverzüglich in Freiheit gesetzt zu werden.

*

Reuter meldet: Der Sicherheitsrat der UNO gab ein Blaubuch heraus, in dem die Regierungen und internationalen Körperschaften um weiteres Informationsmaterial über das Franco-Regime ersucht werden.

Der monarchistische Terror in Griechenland

Athen, 8. Mai (TASS). Die monarchistische Zeitung „Embros" berichtet, daß der englische Labour-Deputierte, Norman Dodd, der sich augenblicklich in Griechenland aufhält, erklärt habe, die Mitteilungen über den monarchistischen Terror seien „stark übertrieben".

Gestern veröffentlichte die Zeitung „Elefteri Ellada" nun einen Brief von Dodd, in welchem er die Behauptungen der „Embros" dementiert. Dodd schreibt darin: „Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, daß diese Mitteilung absolut unwahr ist. Ich war Zeuge eines Terrors und von Abscheulichkeiten, wie sie in keinem kultivierten Lande, noch dazu in Friedenszeiten, stattfinden dürften, als klassisches Beispiel kann ich die Lage in dem Flecken Sogu nennen, wo alle terroristischen Scheußlichkeiten völlig ungestraft bleiben, wo die Gerechtigkeit eine Farce geworden ist und wo die monarchistischen Gendarmen eine Situation heraufbeschwören, die man nur mit dem Gesetz des Dschungels und der wilden Stämme vergleichen kann.

Räumung Irans durch Sowjettruppen beendet

Teheran, 8. Mai (SNB). Wie Reuter meldet, erklärte Prinz Firuz, der Sprecher der iranischen Regierung, Korrespondenten gegenüber: „Die Berichte, die wir erhalten haben, zeigen, daß die Räumung Irans beendet ist."

Der Friede muß total sein

Oslo, 8. Mai (SNB). Einer Meldung der Agentur France Presse zufolge, wohnte Louis Saillant, Sekretär der Weltgewerkschaftsföderation, dem Kongreß der norwegischen Gewerkschaften bei und legte die Organisation und die Ziele der Föderation dar. Er gab an, daß der europäische und der Weltfrieden nur durch die Denazifizierung Deutschlands und der ehemals von ihm besetzten Länder gewährleistet werden könnte. Saillant erklärte besonders: Der Frieden erfordert die Generalmobilisierung aller sozialen, moralischen und politischen Kräfte, um total zu sein. Indem er die aktuellen Probleme erörterte, kündigte Saillant an, daß die Föderation morgen den in Paris versammelten Außenministern ein Memorandum über „die augenblickliche Lage der griechischen, im Gefängnis mißhandelten oder ermordeten Gewerkschaftsmitglieder unterbreiten würde". Andererseits teilte er mit, daß die Weltgewerkschaftsföderation dem Sicherheitsrat der UNO ein Memorandum über die in Spanien unterdrückte Gewerkschaftsfreiheit überreicht habe.

Antonescu und Mittäter vor Gericht

Bukarest, 8. Mai (TASS). Radio Bukarest teilt mit, daß heute der Prozeß gegen eine Gruppe von Kriegsverbrechern, mit Jon Antonescu an der Spitze, von dem Volkstribunal in Bukarest fortgesetzt wurde. Bei der Verhandlung wurde der ehemalige Vertreter des Vorsitzenden des rumänischen Ministerrates, Miheil Antonescu, vernommen, aus dessen Angaben die verbrecherische Rolle hervorgeht, die er während des **Regimes von Jon Antonescu gespielt hat.**

Polnische Regierung protestiert

London, 8. Mai (SNB). Nach einer Meldung des Londoner Rundfunks hat die provisorische polnische Regierung an Großbritannien wegen Verzögerung bei der Auflösung der polnischen Streitkräfte eine Protestnote gerichtet, in der u. a. darauf hingewiesen wird, daß „unter den polnischen Truppen in Italien und Großbritannien erneut Propaganda gegen die Rückreise nach Polen betrieben wird".

Neues Ministerium in Braunschweig

Braunschweig. Einer Meldung der Agentur DPD zufolge hat die Militärregierung für das Land Braunschweig ein neues Ministerium unter Ministerpräsident Kubel (SPD) ernannt. Das Ministerium wurde auf Grund einer Vorschlagsliste des früheren Ministerpräsidenten, Schlebusch, berufen, und setzt sich aus drei SPD-, einem KPD- und einem CDU-Vertreter zusammen.

Bergwerksunglück in Belgien

Brüssel, 8. Mai (SNB). Wie die Agentur France-Presse meldet, waren schlagende Wetter die Ursache eines Unglücks auf der Zeche Lodelonsart bei Dampremyn (Belgien). Unter den sechzehn Todesopfern befinden sich sieben deutsche Kriegsgefangene. Ministerpräsident van Acker, Arbeitsminister Troklet und zahlreiche andere politische Persönlichkeiten begaben sich an den Unglücksort.

USA-Stützpunkte für Luftverkehr

Washington, 8. Mai (SNB). Der stellvertretende Staatssekretär, Dean Acheson, gab laut Reuter am Dienstag bekannt, daß die britische Regierung bereit sei, über die Benutzung der von den Vereinigten Staaten für die Dauer von 99 Jahren gepachteten Stützpunkte für den zivilen Luftverkehr ein formelles Abkommen abzuschließen. Es handelt sich hierbei um die Stützpunkte von Bermudas, Antigua, Saint Lucia, Britisch Guayana, Trinidad und Jamaika.

Um die militärische Zusammenarbeit

New York, 8. Mai (SNB). Das Hauptquartier des „Rates der panamerikanischen Demokratie" bezeichnete einer Reutermeldung zufolge den gestern dem Kongreß von Präsident Truman vorgelegten Gesetzesvorschlag über die militärische Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten als „Kriegserklärung" gegen die Vereinten Nationen und die Souveränität der anderen amerikanischen Republiken.

Molotow bewirtet Delegationen

Paris, 8. Mai (TASS). Der Außenminister der UdSSR, Molotow, gab zu Ehren der amerikanischen, britischen und französischen Delegationen auf der Sitzung des Rates der Außenminister ein Festessen, bei dem die amerikanische Delegation unter Führung von Byrnes, die britische unter Führung von Bevin und die französische unter Führung von Bidault anwesend waren. Ferner nahmen an dem Empfang die Minister der französischen Regierung unter Führung von Felix Gouin, Thores und Gay, sowie die Mitglieder des diplomatischen Korps in Paris, die Führer der französischen politischen Parteien und Vertreter der Wissenschaft und Literatur teil.

Anleihe für England

Ottawa. Das kanadische Unterhaus nahm in letzter Lesung den Entwurf für die vorgeschlagene kanadische Anleihe für Großbritannien in Höhe von 1 250 000 Dollars mit 167 zu 6 Stimmen an. (SNB)

Der Anfang ist gemacht — was weiter?

Von Wilhelm Pieck

Als vor Jahresfrist durch die Truppen der alliierten Mächte der Naziditatur und dem Hitlerkrieg ein Ende gemacht wurde, war das zugleich die Befreiung des deutschen Volkes von einer Verbrecherbande, die es in die grauenhafteste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hat. Schwer muß unser Volk darunter leiden, daß es nicht von sich aus die Kraft fand, dem Kriegsverbrechen Hitlers ein Ende zu machen, oder, was noch viel notwendiger gewesen wäre, den Machtantritt der Hitlerbande und ihren Krieg zu verhindern.

So wie die alliierten Mächte dem deutschen Volke die Befreiung von der Hitlerdiktatur brachten, so haben sie ihm auch in den bekannten Potsdamer Beschlüssen den Weg aus dem Chaos eröffnet. Entgegen der Nazipropaganda, daß die Niederlage dem deutschen Volke Vernichtung und Sklaverei bringen würde, sind ihm jetzt alle Möglichkeiten gegeben, aus diesem Chaos herauszukommen und seinen Platz in der Gemeinschaft der anderen Völker wieder einzunehmen. Aber unser Volk muß sehr ernste Lehren aus seiner Vergangenheit, besonders aus der Nazizeit, ziehen. Zu diesen Lehren gehört vor allem die Erkenntnis, daß nur durch die Ausrottung des Faschismus und die Säuberung von allen reaktionären Elementen der Weg zu seiner Wiedergeburt freigemacht wird; ferner, daß es sich seiner Verantwortung und Schuld bewußt ist, die es gegenüber den anderen Völkern trägt, und daß es eine gründliche Umwandlung seines ganzen bisherigen Denkens und Handelns vornehmen muß.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden dem deutschen Volke sofort weitgehende Möglichkeiten zum Neuaufbau seiner Wirtschaft und zur Entfaltung eines wahrhaft demokratischen Lebens eingeräumt. In dem bekannten Erlaß des Marschalls Shukow vom 10. Juni 1945 wurde nicht nur die Genehmigung zur Schaffung von vier antifaschistisch-demokratischen Parteien und Gewerkschaften erteilt, sondern ihrer Tätigkeit, der Herausgabe von Zeitungen, Literatur und Flugblättern und dem Abhalten von Versammlungen auch die größte Unterstützung erteilt. Durch die Errichtung der Selbstverwaltungsorgane in den Orten, Kreisen, Provinzen und Ländern begann sich ein breites demokratisches Verwaltungsleben zu entwickeln, wozu besonders die Zusammenarbeit der Parteien und Gewerkschaften beitrug. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde durch die Ingangsetzung der Betriebe und die Steigerung der Produktion die wirtschaftliche Existenzgrundlage sehr verbreitert. Von größter Bedeutung war die Durchführung der demokratischen Bodenreform, durch die nicht nur die alten junkerlichen Machthaber und Stützen des preußischen Militarismus entmachtet wurden, sondern auch durch die Verteilung des Grund und Bodens an die landarmen und landlosen Bauern eine breite Basis der Demokratie im Dorfe geschaffen wurde.

Auch auf kulturellem Gebiet ist durch die demokratische Schulreform und Förderung des Kulturlebens ein großer Fortschritt zu bemerken. Alles das wird aber überragt von dem großen Werk der Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der Einheitsfront und der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dieses Einigungswerk ist das Resultat der großen Arbeit, die in diesem Jahre von den fortschrittlichen Kräften in der sowjetischen Besatzungszone mit Unterstützung der Besatzungsbehörden geleistet worden ist. Es ist kein Zweifel, daß dieser große Fortschritt auch im übrigen Deutschland seine Auswirkungen findet und dort das werktätige Volk anspornt, ein gleiches zu tun.

Es sind gewiß große Fortschritte, die in diesem einen Jahr erreicht worden sind, und doch können sie in Anbetracht der Größe der Katastrophe und der vor unserem Volke stehenden Aufgaben nur erst als ein Anfang, wenn auch als ein vielversprechender, bezeichnet werden. Es darf nicht übersehen werden, daß an der geleisteten Arbeit ein relativ kleiner Teil des deutschen Volkes aktiv beteiligt ist und daß die Fortschritte sich hauptsächlich auf das sowjetische Besatzungsgebiet erstrecken. Vieles muß noch getan werden, um diese Ungleichheit zu beseitigen. Das gilt vor allem auch für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, die die Voraussetzung für die Gesundung unseres Volkes ist. Es muß alles darangesetzt werden, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei in der sowjetischen Besatzungszone über das gesamte deutsche Land auszudehnen. Schon das immer frechere Vorstoßen der Reaktion erfordert die einheitliche und geschlossene Front der Arbeiterschaft und aller Antifaschisten und Demokraten. Die Gefahr ist offensichtlich, daß die reaktionären Kräfte versuchen, ihr verbrecherisches Spiel von 1918 zu wiederholen. Der jetzt vom Parteivorstand der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten gerichtete Offene Brief stellt die große Aufgabe der Zusammenarbeit und Vereinigung, um den Frieden, die Demokratie und den Aufbau der Wirtschaft zu sichern.

Eine besonders dringliche Aufgabe ist die demokratische Umerziehung unseres Volkes, damit dieses selbst zum Garanten gegen jede weitere Aggression von deutscher Seite und zur Sicherung des Friedens wird. Hier ist noch eine sehr große Arbeit auch in der sowjetischen Besatzungszone zu leisten. Die Erkenntnis der Schuld und der Verantwortung des deutschen Volkes und die sich daraus ergebenden Lehren für die Zukunft sind noch sehr schwach entwickelt. Die demokratische Umerziehung ist von der größten Bedeutung für die vorzunehmenden Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften. Die Ergebnisse der bisherigen Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone haben deutlich das Fehlen der demokratischen Umerziehung der Volksmassen zum Ausdruck gebracht, wobei die Reaktion in diesen Wahlen die große Möglichkeit zur Wiedererlangung alter Machtpositionen sieht. Die demokratische Umerziehung wird auch die beste Sicherung gegen die separatistischen und föderalistischen Bestrebungen der Reaktion sein, die auf die Zerstörung der Einheit Deutschlands gerichtet sind. Sie sind der Versuch der Reaktion, sich der Kraft zu entziehen, die in einem einheitlichen Deutschland durch die Einheit der Arbeiterbewegung geschaffen wird.

Die Ergebnisse des verflossenen Jahres zeigen beachtliche Fortschritte im Leben unseres Volkes auf und eröffnen ihm den Ausweg aus dem fürchterlichen Chaos, das Hitler ihm hinterlassen hat. Aber diese Fortschritte sind erst ein Anfang. Es bedarf der großen Anstrengungen aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, auf dem begonnenen Wege weiterzugehen. Es geht um die Errichtung eines neuen demokratischen und friedlichen Deutschlands. Es geht darum, dem deutschen Volke wieder volle Freiheit in der Gestaltung seines wirtschaftlichen, staatlichen und politischen Lebens zu verschaffen.

Die erste Friedensparade der Arbeit

(Fortsetzung von Seite 1)

naturgemäß die erste Aufgabe. Aber die Aufteilung Deutschlands in mehrere Besatzungszonen macht auch die Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich ohne die Entwicklung des Interzonen-Güterverkehrs. Die Ingangsetzung dieses Verkehrs ist wiederum eine notwendige Voraussetzung für den Export, denn die Industrien jeder Zone sind wiederum Lieferanten für die Exportlieferungen der anderen Zonen. Jedoch hängt das Tempo der Entwicklung des Interzonalen Güteraustausches von einigen Voraussetzungen ab. Als solche Voraussetzungen des Interzonenverkehrs nannte Dr. Buschmann die Aufhebung der Transportschranken, die Erleichterung der geschäftlichen Voraussetzungen zwischen den Zonen, die Schaffung des freien deutschen Zahlungsverkehrs und die Einbeziehung der für den Interzonenverkehr bereitzustellenden Waren in die Industrieplanung.

Deutschland — eine wirtschaftliche Einheit

Es wäre aber einseitig, auf der führenden Exportmesse Deutschlands allein vom Interzonenverkehr zu sprechen und Gedanken zu entwickeln, die vor mehr als hundert Jahren zur Schaffung des deutschen Zollvereins geführt haben. So wenig Deutschland auf die Dauer in vier einzelne Volkswirtschaften eingeteilt bleiben kann, deren Zollwarenaustausch sich auf die elementarsten Lebensbedürfnisse und einen Tiefpunkt wirtschaftlichen Verkehrs beschränken würde, so wenig läßt sich die Notwendigkeit des internationalen Güteraustausches etwa nur auf dringenden Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln beschränken. Der vom Interalliierten Kontrollrat angenommene Industrie- und Exportplan, der für das Jahr 1949 mit einer deutschen Ausfuhr im Werte von 3 Milliarden Mark rechnet, legt uns schwere Beschränkungen auf, aber wir wissen, daß jetzt noch eine schwere Entscheidung für uns nur ein Anlaß sein darf, das beste daraus zu machen, indem man den Teil der Entscheidung trifft, der sich konstruktiv für den Neuaufbau verwenden läßt. Diese Idee ist real, denn es ist wiederholt betont worden, daß Deutschland auch im Rahmen dieses Planes als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden und eine Entwicklung der Landwirtschaft und jener Industrien vorgesehen wird, die friedlichen Zwecken dienen, und die es uns ermöglichen sollen, uns selbst ohne Hilfe von außen zu erhalten. Diesen Plan gilt es in bezug auf die festgesetzte Erzeugungsmenge wie in bezug auf die erzeugten Waren auszuführen. Dieser Arbeit dient auch die erste Friedensmesse.

Im Namen der Messestadt Leipzig begrüßte dann Oberbürgermeister Dr. Zeigner die in- und ausländischen Gäste und gab der Versicherung Ausdruck, daß, so wie in Leipzig, in der ganzen sowjetischen Besatzungszone mit festem Willen an die Aufgaben gegangen worden sei, durch friedlichen Aufbau auf demokratischer Grundlage wieder ein geachtetes Glied der Völkergemeinschaft zu werden. Die erste Friedensmesse in Leipzig soll ein Fenster sein, das sich Deutschland zur Welt hin geöffnet hat.

Im Anschluß an die feierliche Eröffnung der deutschen Friedensmesse in Leipzig begaben sich die in- und ausländischen Gäste zu einem ersten Rundgang in die Messehalle.

Dönitz im Zeugenstand

Nürnberg, 8. Mai (SNB — Eigener Bericht). Nachdem der Gerichtspräsident die Entscheidung des Gerichts über die zugelassenen Dokumente der Verteidigung bekanntgegeben hat, ruft der ehemalige Flottenrichter K r a n z b ü h l e r den Angeklagten D ö n i t z in den Zeugenstand.

Der Angeklagte schildert kurz seine militärische Laufbahn. Der Anwalt wendet sich sodann mit der Frage an den Angeklagten: „Haben Sie die U-Boote auf einen Handelskrieg vorbereitet?" Dönitz antwortet: „Jawohl". — Er schildert, wie er die U-Bootbesatzungen ausbildete. Ein konkretes Kriegsziel sei ihm angeblich nur ein einziges Mal, und zwar im Jahre 1936 oder 1937 bekanntgegeben worden. Die Frage, ob die Anklage recht hat, wenn sie die U-Bootwaffe als eine Aggressivwaffe bezeichnet, b e j a h t der Angeklagte. Er selbst habe, so behauptet Doenitz, niemals Vorschläge über einen Krieg gegen bestimmte Gegner gemacht. Der Angeklagte erklärt weiter, daß er zu Beginn des Krieges den Handelskrieg nach der Prisenordnung geführt habe, sehr, sehr bald aber seien Verschärfungen eingetreten. Er habe diese Verschärfungen „gebilligt und für richtig befunden".

Dönitz versucht, auch warnungslose Angriffe gegen neutrale Handelsschiffe zu rechtfertigen, indem er behauptet, daß sie nur in den ausdrücklich als Operationsgebiete erklärten Gebieten angegriffen wurden. Diese Behauptung dürfte im Kreuzverhör noch ein große Rolle spielen. Da die deutschen U-Boote den Befehl hatten, bei derartigen Versenkungen Minentreffer vorzutäuschen. Doenitz kann es nicht bestreiten, daß „Befehlsüberschreitungen" vorgekommen sind. Den Vorwurf der Anklage, daß er sich in meisterhafter Anpassungsfähigkeit den politischen Bedingungen anzugleichen verstand, und seine Haltung den Neutralen gegenüber mit dem kältesten Zynismus regulierte, versucht Dönitz von sich zu weisen und die ganze Schuld auf die „politische Führung" abzuwälzen.

Stimmen aus dem Reich

BADENER TAGBLATT

Zentrifugale Tendenzen in Baden

Wie stark die Tendenzen zur Zerstückelung unseres deutschen Vaterlandes auch in Baden sind, zeigt der folgende Auszug aus dem Leitartikel der Zeitung:

„Das Deutschland von morgen baut sich, unter dem Gesetz der Aufteilung in Zonen, nicht mehr vom Zentrum, sondern vom Rande, von den das bisherige Zentrum umlagernden Ländern auf: vom Süden, vom Westen, von der Seeseite. Eine unitaristische, eine föderalistische Bewegung liegt vor."

Wir glauben nicht, daß der Verfasser das Recht hat, für die Badensche Bevölkerung zu sprechen.

WIESBADENER KURIER
vom 27. April 1946

Jüdisches Komitee zum Zwischenfall in Stuttgart

Unter dieser Ueberschrift gibt die Zeitung eine Verlautbarung des jüdischen Komitees in Stuttgart über den Zusammenstoß zwischen Polizei und Juden, die seinerzeit von den Nazis dorthin verschleppt wurden, wieder. Das jüdische Komitee erklärt:

„Es entspricht nicht der Wahrheit, daß auf die deutsche Polizei geschossen wurde. Die jüdischen Einwohner hatten keinen einzigen Schuß abgegeben. Dagegen hat die bis auf die Zähne bewaffnete und von Hunden begleitete Polizei das Feuer auf die schutzlosen Einwohner eröffnet . . . Auch die Art der Vorbereitungen zur Aktion deutete viel eher auf eine Strafexpedition, als auf eine gewöhnliche Suchaktion. Absperrgürtel und Lautsprecher verstärkten noch die Empörung der jüdischen Einwohner, die ähnliche Aktionen in den Ghettos und KZ-Lagern mitgemacht haben."

Nach diesen Feststellungen des jüdischen Komitees dürfte die demokratische und fortschrittliche Bevölkerung an einer strengen Untersuchung und Ueberprüfung der Stuttgarter Polizei interessiert sein.

MAIN POST
vom 27. April 1946

Schafherde wollte auswandern

Unter diesem Titel bringt die Zeitung aus Rappershausen folgende Meldung:

„In der Nähe der Zonengrenze wurde ein Schäfer mit einer Herde von über 100 Schafen und Lämmern beobachtet, der nach der russisch besetzten Zone wollte. Der Schäfer wurde festgenommen und die Herde sichergestellt . . . Im Amtsgerichtsgefängnis Mellrichstadt wartet nun der Schäfer auf die zuständige Entscheidung und Zukunft seiner Herde."

Wo es keine gegenseitige Bauernhilfe gibt

Die Kölner Zeitung „Volksstimme" berichtet über die Lage der Landwirtschaft der westlichen Zone.

Eine Kreisbauernschaft hat einer Behörde, die aus ihrem Besitz Land verpachtete empfohlen, dieses Land nur an solche Landwirte zu verpachten, die über Saatgut, Zugtiere, Zugmaschinen und andere Geräte in ausreichender Menge verfügen. Die Behörde hat daraufhin einem Gutsbesitzer mit mehr als 150 Hektar (gleich 600 Morgen) Land, weitere 24 Morgen dazu verpachtet!

Während in der sowjetisch besetzten Zone die deutschen Behörden für die Einrichtung von Maschinenausgleichstationen gesorgt haben, gibt es dergleichen im Westen nicht. So bemühte sich z. B. ein Landwirt seit dem Herbst vergeblich um einen Traktor; von der zuständigen Kreisbauernschaft wurde ihm keiner zugeteilt, da sie Traktoren nur an Landwirte mit mehr als 300 Morgen (!) vergibt. Dies ist kein Einzelfall.

Auszeichnung eines Neubauern

Greifswald, 8. Mai (SNB). Das erste Erzeugnis der Greifswalder Möbelindustrie, eine K ü c h e, die auf der Verkaufsausstellung in Schwerin ausgestellt war, wurde dem besten Neubauern, Franz G o s s o w in Peterswalde (Kreis Ueckermünde), von der Stadt als Preis für hervorragende Arbeit zuerkannt.

Die Unschuldsengel von Nürnberg

Zur Lage in den westlichen Zonen

Ernährungsschwierigkeiten und ihre Ursachen

Völlig überraschend für die „Fachleute", die sich in ihren Amtsstuben in Hannover so wohlfühlten und in Papieren fast ertranken, wurden die Rationen herabgesetzt. Der Schreibtischbeamte, der dem Hitlerregime zwölf Jahre lang dienstbar war, sich heute aber mit Nachdruck „unpolitisch" zu nennen beliebt, verfiel in Panik und wußte nichts anderes zu tun, als vor den Schwierigkeiten den Kopf in den Sand zu stecken. Er hat nur eine Sorge: bloß nicht so viel Naziaktivisten aus dem Verwaltungsapparat hinausreinigen, weil sie ihm als Fachleute „unersetzlich" erscheinen.

Neben dem nazistisch durchseuchten Verwaltungsapparat existiert auf dem Lande der Reichsnährstand mit seinen Kreis- und Ortsbauernführern. Mit ihnen versippt sind die reaktionären Junker auf den Gütern, die zahlreichen Zuzug aus dem Osten erhalten haben. Sie haben kein Interesse an der Sicherung der Volksernährung, sondern sie sabotieren und schädigen den demokratischen Aufbau. Ihre Aufgabe sehen die ortseingesessenen Junker darin — wie nach 1918 —, die reaktionären stellungslosen Offiziere und die enteigneten Junker des Ostens zu sammeln.

In Pattensen bei Hannover halten sich zur Zeit etwa 65 Barone, Freiherren und Baronessen auf, die ihre Zeit mit Reiten und anderem Sport vertreiben. In Bredenbeck ist die Sammelstelle, wo der Gutsbesitzer Herr Knigge sie unterbringt. Einem Pächter in Kirchrode wurde das Gut Knigge nach 49 Jahren Pacht gekündigt, weil der Herr Gutsbesitzer es an einen dieser Adligen übergeben will. Das gehört also in Hannover jetzt zum guten Ton.

In Gestorf, im Kreise Springe, sind auf dem Iltenschen Gut sogenannte Flüchtlinge untergebracht. Aber was sind das für Flüchtlinge? Wiederum geflüchtete, Junker aus dem Osten, Grafen und Barone und dazu höhere Militärs. Sie bummeln den ganzen Tag über im Dorf herum, haben aber als Deputatlandarbeiter ein Scheinarbeitsverhältnis. Dadurch können sie Lebensmittel auf Karten beziehen und außerdem haben sie noch das Recht zu schlachten. Mit Hilfe ihrer einheimischen Standesgenossen und der mit ihnen versippten reaktionären Verwaltung haben sie die Absicht, sich wieder seßhaft zu machen und Landbesitz zu erwerben. Wie kann das geschehen? Man muß einfach die Bauern von ihren Höfen vertreiben und die großen Flugplätze und alles Militärübungsgelände den zugereisten Junkern übergeben, anstatt diese riesigen Flächen den Bauern, ihren ehemaligen Besitzern, zurückzuerstatten.

Wie man die Bauern legt

Das willige Werkzeug dieser Politik ist Herr Baron von Rheden, der an der Spitze der Ernährungswirtschaft der Provinz Hannover steht. Von Rheden ist der Untergebene des Herrn Schlange-Schöningen. Mit seiner Preispolitik macht er die Bauern bankrott und zwingt sie schließlich, ihr Land zu verkaufen, auf das die Ostjunker schon wie hungrige Hyänen warten.

Das Bauernlegen hat bereits begonnen. Im Kreise Fallingbostel, Regierungsbezirk Lüneburg, liegt der Truppenübungsplatz Ostenholz. Hier sind Bauern und kleine Pächter auf je 10—20 Morgen angesiedelt. Der Präsident des Landeskulturamtes, Herr Düsterberg, engster Mitarbeiter des Barons von Rheden, hat im Einverständnis mit der Regierung in Lüneburg diesen Pächtern den Pachtvertrag gekündigt. Polizei wurde eingesetzt, um die Pächter, die das jahrelang mit ihrem Schweiß gedüngte Land nicht verlassen wollten, zu vertreiben.

Die Versorgung der geflüchteten Ostjunker mit Grund und Boden scheint überhaupt die Spezialaufgabe des Herrn Düsterberg zu sein. Ein Herr von Frieling hat einen Bauernhof mit Gasthaus durch Vermittlung des Herrn Düsterberg erhalten. Herr Rechtholz erhielt den Meierhof in Ostenholz, Dr. Scholz-Dawitsch den Metjenhof, von Tilk den Stütebruchhof, beide ebenfalls in Ostenholz. Ein Herr von Brockhausen, der angeblich ein Neffe Hindenburgs ist, wurde mit dem Hof Heyersmühlen in Ostenholz bedacht, Baron von Zitzewitz bekam den Hammbruch-Hamshof in Oberhode. Der Ostjunker Herr Röders erhielt nicht nur den Tankenhof in Eitenbostel, sondern wurde zugleich Bürgermeister und Ortsbauernführer.

Im Ostenholzer Moor hat die Gutsbesitzerin Peters, die in Mecklenburg enteignet wurde, zwei Staatsgüter mit rund 8000 Morgen Land übernommen. Pro Morgen zahlt sie nicht mehr als 80 Pfennige Pacht. Ebenso billig kommt sie bei der Entlohnung ihrer Gutsarbeiter weg. Sie beschäftigt Flüchtlinge und Evakuierte. Den Männern zahlt sie 52 Pfennig Stundenlohn, den Frauen 37 Pfennig und den Jugendlichen 32 Pfennig. Von diesen Hungerlöhnen gehen aber noch 12 Pfennig pro Stunde für Deputat ab.

So sieht es im Hannoverschen aus, und es ist verständlich, daß die Bevölkerung mit Bangen in die Zukunft blickt.

Bergarbeiter fordern Verstaatlichung der Gruben

Penzberg. Im Oberbayerischen Bergbaugebiet fand eine Konferenz aller Betriebsräte der oberbayerischen Kohlengruben statt. Die Betriebsräte nahmen einstimmig eine Entschließung an, in welcher folgende Forderungen erhoben wurden:

1. Verstaatlichung der oberbayerischen Kohlengruben.
2. Besetzung der durch die Entnazifizierung und aus anderen Gründen freigewordenen leitenden Stellen im Bergbau durch einheimische Bergleute.
3. Gewährung von Staatszuschüssen für junge Bergarbeiter zum Besuch von Bergschulen.
4. Verwendung von aktiven Bergleuten für die Grubensicherheitsdienste.
5. Verhinderung der beabsichtigten Senkung der Lebensmittelrationen.

Die oberbayerischen Bergarbeiter werden ihre Forderungen um so eher durchsetzen können, je schneller es ihnen gelingt, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Zusammen mit den Gewerkschaften müssen sie unablässig für ihre gerechten Forderungen kämpfen, denn am allerwenigsten in Bayern wird den Arbeitern etwas geschenkt.

Defizit in Wuppertal

Wuppertal. — Der soeben für das Rechnungsjahr 1496 aufgestellte Haushaltsplan der Stadt Wuppertal schließt nach einer DPD-Meldung mit einem Fehlbetrag von 54 Millionen Reichsmark ab. Besonders hohe Ausgaben verursachten das Fürsorgewesen, die Betreuung der Umquartierten und Flüchtlinge und der Wohnungsbau. Wie der Finanzdezernent der Stadt mitteilte, müssen auf Grund einer Anordnung der Militärregierung die Gesamtausgaben um 20 Prozent gesenkt werden.

Jedes fünfte Kind ein Buch

Dortmund. — Die Versorgung der Volksschulen Westfalens mit Lese- und Rechenbüchern steht, wie DPD meldet, vor dem Abschluß. Infolge der Papierknappheit entfällt nur auf jedes fünfte Kind ein Buch.

Noch eine reaktionäre Partei in Hamburg

Die erste Kundgebung der sogenannten „Radikal-Sozialen-Freiheitspartei" in Hamburg nahm — wie der „Neue Hannoversche Kurier" berichtet — einen stürmischen Verlauf. Der Referent Werner Otto, Bremen, richtete scharfe Angriffe gegen die Kommunistische und gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Es gab stürmische Zwischenrufe.

Mehr Sterbefälle als Geburten

Hamburg. — Dem Hamburger Rundfunk zufolge betrug in Wuppertal die Zahl der Geburten im ersten Vierteljahr 1946 nur 644 gegenüber 1376 Sterbefällen.

*

● **Hamburg.** Der Hamburger Rundfunk meldet, daß vom 1. Mai ab von der Militärregierung in der amerikanischen Zone ausgedehnte Razzien durchgeführt werden, durch die die Träger verbotener Uniformen ermittelt werden sollen.

● **München.** — Obwohl die Industrieproduktion der amerikanischen Zone, wie DANA meldet, sich nach Angabe der amerikanischen Militärregierung im ersten Vierteljahr dieses Jahres ungefähr verdoppelt hat, erreichte sie Ende März nur etwa 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit oder ein Drittel der nach den Reparationsbestimmungen verbleibenden Kapazität.

● **Greifswald (SNB).** — Ein „Haus der Einheit" wurde jetzt in Greifswald eingerichtet. In ihm werden sämtliche Dienststellen der SED untergebracht. Auch Lehr- und Unterrichtsräume stehen für die Parteiarbeit zur Verfügung.

● **Leipzig.** — Um die Schutt- und Trümmerhaufen bis zum Beginn der Messe aus der inneren Stadt zu beseitigen, hatte die Stadt Leipzig drei Trümmer-Transportbahnen eingesetzt, die den Schutt nach dem Johannistal abführen. Nachdem diese Aufgabe nun zum größten Teil durchgeführt ist, gibt der Magistrat der Stadt auch den Grundstückseigentümern Gelegenheit, diese Transportbahn zur Schuttbeseitigung von ihren Grundstücken gegen eine entsprechende Gebühr zu benutzen.

● **Frankfurt am Main.** General McSherry gab, einer DPD-Meldung zufolge, bekannt, daß die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften in der amerikanischen Zone sich jetzt auf 600 000 beläuft.

● **Frankfurt am Main.** Hans Rinn, ein Angestellter der Dresdner Bank, wurde, wie DANA meldet, durch ein amerikanisches Militärgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Rinn, der selbst von 1933—1944 Angehöriger der Nazipartei gewesen war, hatte angeordnet, alle Post in seiner Geschäftsstelle zu erfassen, während er jedoch als Direktor der Gießener Zweigzentrale der Dresdner Bank in seinem Amt blieb.

● **Lüneburg.** Britische Militärpolizei und deutsche Polizisten sperrten, wie DPD meldet, den Zugang zum Bahnhof Lüneburg für 24 Stunden ab, um dem immer größer werdenden Ansturm von Kartoffelhamsterern zu begegnen.

● **Hamburg.** Drei Angestellte der Nordland-Fischindustrie G.m.b.H., Hamburg, haben sich laut DANA vor einem alliierten Kriegsgericht wegen Mißhandlung polnischer Arbeiterinnen in den Kriegsjahren 1940 bis 1945 zu verantworten.

Auseinandersetzungen und wachsende Erkenntnis bei den Spaltern

Berlin, 7. Mai. Am 25. April fand im Bezirk W e d d i n g eine Versammlung der Zehlendorfer Sozialdemokraten statt. Auf der Versammlung waren etwa 120 Personen anwesend. Der Sozialdemokrat Klinge trat in seinem Bericht der Einheit der Arbeiterklasse und der SED entgegen. In der nachfolgenden Diskussion ergriff ein altes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei das Wort und erklärte, daß die nunmehr entstandene Spaltung die gleiche wie die im Jahre 1918 ist. Wenn das so weiter geht, fuhr er fort, werden wir von neuem von der Reaktion versklavt werden. Die Ausführungen dieses Sozialdemokraten wurden durch Zwischenrufe unterbrochen. Der Vorsitzende brach die Diskussion ab und erklärte die Versammlung für geschlossen.

Am 27. April fand im Bezirk K r e u z b e r g eine Versammlung der Sozialdemokraten des 48. Unterbezirks statt, die von Anhängern der Einheit einberufen war. Zu Beginn der Versammlung griffen die Gegner der Einheit den neuen Bezirksleiter der SPD — einen Anhänger der Einheit —, Karl Heinzmann, an. Als Heinzmann den Gegnern der Einheit zu beweisen versuchte, daß ihre Einstellung falsch sei, verließen diese, etwa 70 Personen, demonstrativ die Versammlung.

Bei jeder Gelegenheit drohen die Gegner der Einheit den Anhängern der Einheit mit Einmischung der Polizei und Besatzungsbehörden der westlichen Alliierten in die innerparteilichen Angelegenheiten. So wäre z. B. die erste Sitzung der Anhänger der Einheit im Bezirk Kreuzberg auf Grund einer Anzeige der Gegner der Einheit von der Polizei geschlossen worden, wenn die Sitzungsteilnehmer nicht rechtzeitig in ein anderes Lokal umgezogen wären.

Die Gegner der Einheit, die zu Versammlungen der Anhänger der Einheit eingeladen werden, drohen oftmals, daß sie bei der Polizei über die Versammlung eine Anzeige erstatten werden.

Vor Bournemouth

Um die Einheit der britischen Arbeiterbewegung

G. B. Die Begrüßungsadresse von führenden Funktionären der britischen Arbeiterbewegung an den letzten Sozialdemokratischen Parteitag in Berlin ist noch in aller Erinnerung. Feinde der Einheit der Arbeiterklasse suchten ihre Bedeutung durch die Feststellung abzuschwächen, daß die 27 Parlamentsmitglieder, die sich unter den Unterzeichnern befanden, nur sieben Prozent der Abgeordneten der Labour Party (Arbeiterpartei) ausmachen. Eine Berliner Zeitung versuchte, daraus Schlußfolgerungen für den Stand der Einheitsbewegung in England zu ziehen. Sie erklärte, der erwähnte Prozentsatz sei bezeichnend für das Verhältnis, das innerhalb der Arbeiterpartei in der Frage der Verschmelzung mit den Kommunisten herrsche. Diese Berechnung mag den Gegnern der Einheit ein Trost sein. Aber sie ist vorzeitig und entspricht nicht der Wirklichkeit.

Worum geht es? Wie schon einige Male während der letzten Jahre hat die Kommunistische Partei neuerdings den Antrag auf Aufnahme in die Labour Party gestellt, damit er auf dem Pfingstkongreß der letztgenannten Partei in Bournemouth verhandelt werde. Die Exekutive der Arbeiterpartei beantwortete diese auf die Schaffung der Einheit der britischen Arbeiterbewegung gerichtete Initiative der Kommunisten damit, daß sie beschloß, dem Parteitage die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Die britische Arbeiterpartei ist nicht eine Partei im kontinentalen Sinne des Wortes, sondern hat den Charakter und die Struktur einer Föderation von Arbeiterorganisationen. Sie besteht aus ihren in lokalen Organisationen zusammengefaßten individuellen Mitgliedern, ferner aus den Gewerkschaften, Genossenschaften, der Cooperative Party (Genossenschaftspartei), der Fabian-Gesellschaft und verschiedenen anderen Organisationen, die ihr als Kollektivmitglieder angehören. Würde die Kommunistische Partei aufgenommen, so entspräche das durchaus der organisatorischen und politischen Struktur der Labour Party.

Leider ist bis dahin noch ein langer Weg. Die Führer der Arbeiterpartei wehren sich heftig gegen den Anschluß (affiliation) der Kommunistischen Partei und verwenden Argumente der verschiedensten Art, um die Mitgliedermasse für ihren Standpunkt zu gewinnen. So erklären sie, die Kommunistische Partei sei so unbedeutend und einflußlos, daß die politische Einheit der britischen Arbeiterbewegung auch ohne und gegen sie bestehe. Wollen die Kommunisten in die Arbeiterpartei eintreten, so sollen sie ihre „bedeutungslose" Partei auflösen und individuell um Aufnahme ansuchen. Nun ist die KP mit ihren 60 000 Mitgliedern zwar viel schwächer als die Arbeiterpartei, aber sie ist viel stärker als eine ganze Reihe von Organisationen, die der Labour Party angehören, ohne daß ihre Auflösung gefordert wurde. Uebrigens ist ihr politischer Einfluß weit größer, als er in der Mitgliederzahl zum Ausdruck kommt.

Das bestätigte kürzlich Lord Strabolgi, der Führer der Labour Party im House of Lords (dem britischen Oberhaus). In einem Interview erklärte er, daß die KP zwar zahlenmäßig klein sei, aber einen sehr bedeutenden politischen Einfluß ausübe, und daß ihre Aufnahme in die Labour Party wenn auch nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre mit größter Wahrscheinlichkeit erwartet werden könne. Harry Pollitt, der kommunistische Generalsekretär, konnte das Argument von der „Bedeutungslosigkeit" seiner Partei damit widerlegen, daß er öffentlich mitteilte, wie er wiederholt von den Wirtschaftsministern der Labourregierung um die Unterstützung der Kommunistischen Partei bei der Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen ersucht wurde.

Die Gegner der Einheit machen weiter geltend, daß zwischen der Kommunistischen Partei und der Labour Party so fundamentale Unterschiede in der Weltanschauung bestünden, daß eine aufrichtige Zusammenarbeit unmöglich wäre. Darauf antworteten die Kommunisten, daß die in den Programmen der beiden Parteien niedergelegten Ziele der britischen Arbeiterbewegung einander durchaus nicht widersprechen. Jeder einzelne Punkt des Programms der Arbeiterpartei werde von ihnen akzeptiert. Die Aufnahme der KP aber würde die Erreichung dieser Ziele erleichtern, da die Partei ihre Theorie und Praxis auf die Prinzipien des Marxismus gründet und darum der Arbeiterbewegung helfen könnte, die für den Kampf um die Erreichung ihrer Gegenwarts- und Zukunftsziele notwendige Strategie und Taktik herauszuarbeiten. Zugleich erklären die Kommunisten, daß sie auch das Organisationsstatut der Labour Party vorbehaltlos anerkennen und ihre Tätigkeit innerhalb der Partei seinen Regeln anpassen würden.

Ein weiterer Einwand gegen die Einheit besteht darin, daß die Aufnahme der KP viele Wähler der Labour Party abstoßen würde. Die Kommunisten können jedoch mit Recht darauf verweisen, daß alle Wahlen seit Kriegsende gerade das Gegenteil bewiesen haben. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1945 hat die große, auf engste Zusammenarbeit mit den Organisationen der LP gegründete Aktivität der Kommunisten nicht unwesentlich zum Siege der Arbeiterpartei beigetragen. Eine ganze Reihe von Labourabgeordneten, die mit kommunistischer Unterstützung gewählt wurden, hat das öffentlich bestätigt.

Die Frage der Einheit der britischen Arbeiterbewegung wird schon in wenigen Wochen zur Entscheidung stehen. Welches sind die Aussichten? Es ist eine Tatsache, daß der Gedanke der Einheit nicht nur von namhaften Labourabgeordneten und Gewerkschaftsführern, sondern auch von weiten Kreisen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten wird. Dennoch ist es unmöglich, das Ergebnis der Abstimmung auf dem Parteitage von Bournemouth vorherzusagen. Im Januar war die Lage etwa so: die Organisationen, die beschlossen haben, für die Aufnahme der KP einzutreten, repräsentieren auf dem Parteitage 800 000 Stimmen. Andere Organisationen mit ebenfalls etwa 800 000 Stimmen hatten sich dagegen ausgesprochen. Ebenso viele hatten noch keine Entscheidung getroffen. Die Lage ist also keineswegs so, daß die Gegner der Einheit den Sieg schon in der Tasche haben. Es ist auf Kongressen der Labour Party schon oft vorgekommen, daß wichtige Fragen mit kleinen Stimmenmehrheiten entschieden wurden. Auf jeden Fall würde die Aufnahme der Kommunisten in die Labour Party nicht nur die britische Arbeiterbewegung stärken, sondern die Sache der Einheit der Arbeiterklasse in der ganzen Welt um ein großes Stück nach vorwärts bringen.

Daten der politischen Entwicklung

10. Juni 1945: Marschall Shukow erläßt den Befehl über die Zulassung von politischen Parteien, der es den antifaschistisch-demokratischen Kräften ermöglichte, sich zusammenzuschließen.

11. Juni: Das Zentralkomitee der wieder legal amtierenden Kommunistischen Partei wandte sich mit einem Aufruf an das schaffende deutsche Volk in Stadt und Land. Aus der Vergangenheit die Lehren ziehend, zeigte dieses historisch gewordene Dokument dem verzweifelnden deutschen Volk den allein möglichen Ausweg aus dem Zusammenbruch und schuf die Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit aller aufbauwilligen antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

12. Juni: Vertreter der 4 antifaschistisch-demokratischen Parteien traten zusammen, um sich für eine enge Zusammenarbeit auszusprechen.

15. Juni: Ein Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin ruft zur Bildung neuer freier Gewerkschaften auf. Mit der hierdurch eingeleiteten Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation wurde der erste praktische Schritt zur Ueberwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse getan.

19. Juni: Die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei schloß eine Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses.

8. Juli: Durch die sowjetische Militärverwaltung wurden Provinzial- und Landesverwaltungen für Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen bestätigt und damit eine weitere bedeutsame Voraussetzung für den Aufbau demokratischer Selbstverwaltungen geschaffen.

14. Juli: Die Vertreter der bestehenden 4 antifaschistischen Parteien unterzeichneten eine Vereinbarung zur Herstellung einer festen antifaschistischen demokratischen Einheit.

31. Juli: Die Sowjetmilitärverwaltung in Deutschland gab die Erlaubnis zur Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees.

12. August: Im Funkhaus in Berlin fand die erste große gemeinsame Einheitskundgebung der 4 antifaschistischen Parteien, mit einer Erklärung zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz, statt.

9. September: Die antifaschistische Bevölkerung demonstrierte zum ersten Male nach dem Zusammenbruch in Groß-Kundgebungen zum Gedenken der Opfer des Faschismus.

14. September. Große zentrale Funktionärkonferenz der SPD in Berlin. Otto Grotewohl umreißt in grundlegenden Ausführungen Weg und Ziel der Sozialdemokratischen Partei und bekennt sich zur Arbeitereinheit.

9. Oktober: Bildung einer Arbeitsgemeinschaft KPD—SPD für Groß-Berlin. Auch in der Provinz entstehen überall gemeinsame Komitees der beiden Parteien.

19. Oktober: Die Anklageschrift des Alliierten Tribunals gegen die Hauptkriegsverbrecher wird veröffentlicht.

21. Oktober: Die Leitungen der beiden Arbeiterparteien veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf zur Durchführung einer demokratischen Schulreform.

9. November: Zum Jahrestag der Revolution von 1918 fanden überall gemeinsame Einheitskundgebungen sozialdemokratischer und kommunistischer Mitglieder statt. Allein in Thüringen wurden an diesem Tage 1500 Einheitskundgebungen durchgeführt.

9. November: Aufruf des zentralen Frauenausschusses zur Bildung von Frauenausschüssen in allen Bezirken.

20. November: In Nürnberg wird der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eröffnet.

9. Dezember: Gemeinsamer Aufruf der vier Parteien zur Vorbereitung der ersten Friedensweihnacht für die Kinder.

23. Dezember: Veröffentlichung der Entschließung über die zweite Phase der Einheit, der gemeinsamen Konferenz der beiden Arbeiterparteien vom 20. und 21. Dezember.

3. Januar 1946: Zu Ehren des 70. Geburtstages des Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, fand eine Groß-Kundgebung für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse in der Deutschen Staatsoper statt.

30. Januar: In Berlin fand eine Groß-Kundgebung der vier antifaschistischen Parteien für die Einheit Deutschlands statt.

Im Monat Januar entfaltete sich in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone eine machtvolle Bewegung für den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien. Große gemeinsame Funktionärkonferenzen schaffen überall die Voraussetzung für die Vereinigung. Im Bundesland Sachsen wird das erste Einheitsbüro KPD—SPD gebildet.

1. Februar: In Mecklenburg erscheint die erste von SPD und KPD gemeinsam herausgegebene Zeitung.

27. Februar: Veröffentlichung der Grundsätze und Ziele und des Entwurfs der Statuten der Sozialistischen Einheitspartei, die auf einer gemeinsamen Konferenz der Leitungen der beiden Arbeiterparteien am 26. Februar beraten und einmütig angenommen worden waren.

In den Betrieben schreiten die Arbeiter überall zur Verwirklichung der Arbeitereinheit. Auch in den westlichen Besatzungszonen entfaltet sich immer stärker der Wille zur Arbeitereinheit.

2./3. März: In Berlin fand eine zentrale Parteikonferenz der Kommunistischen Partei statt, die sich für die Vereinigung mit der SPD aussprach.

8./9. April: In Land und Provinz Sachsen, in Thüringen, Mecklenburg und Brandenburg wurde die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vollzogen.

13./14. April: Die Parteitage der KPD und SPD Groß-Berlins beschlossen den Zusammenschluß der beiden Parteien.

19./20. April: In Berlin tagen die letzten Parteitage der SPD und KPD und sprechen sich einmütig für die Vereinigung aus.

21./22. April: Der Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien vollzog in feierlicher Form den Zusammenschluß der beiden Parteien und die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

1. Mai: In Berlin und allen Städten und Dörfern demonstrierte die schaffende Bevölkerung unter den Losungen der Sozialistischen Einheitspartei für die Einheit, für Frieden und Freiheit und für ein neues demokratisches Deutschland.

Ein Jahr erfolgreicher Aufbauarbeit

Von **Dr. h. c. Friedrichs**, Präsident der Landesverwaltung Sachsen

Vor den Toren unserer Landeshauptstadt Dresden nahm der verbrecherische Hitlerkrieg in den ersten Maitagen 1945 sein Ende. Als Ergebnis blieb ein Trümmerhaufen zurück. Der Zusammenbruch des öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens war total. Bei der besonderen Struktur des Landes Sachsen mit seiner überwiegenden Industrie-Bevölkerung, seiner dichten Besiedlung und seinem engmaschigen Verkehrsnetz waren die Folgen besonders schwer, zumal unsere Großstädte durch Kriegseinwirkungen zum größten Teil zerstört waren. Verheerend waren die Auswirkungen im Verkehrs- und Transportwesen. Zerstört waren über 250 Brücken der Reichsbahn, 155 Brücken des Straßennetzes, 29 Autobahnbrücken, ferner rund 1500 Kilometer Fahrbahndecken der Reichs- und Landstraßen, sowie über 4000 Quadratmeter Fahrbahndecken der Reichsautobahnen und rund 1100 Kilometer Schienenwege für Eisenbahnen. Die Verwaltung des Landes stand still. Als wir im Mai vorigen Jahres die Verwaltung übernahmen, standen wir vor Aufgaben und Problemen, die nie zuvor in der Geschichte unseres Volkes eine Regierung vor sich sah. Der Bevölkerung erschien die Lage hoffnungslos. In diesen entscheidenden Stunden übernahmen im ganzen Lande die aktiven Antifaschisten die Gestaltung der Dinge. Mit diesen neuen Menschen und ihrer Entschlußkraft, Initiative und Arbeitsfreudigkeit gelang das Unmögliche.

Erst jetzt wird mir so recht die Schwere der damals übernommenen Aufgaben bewußt und ich gedenke dankbar all derer, die damals den Mut zur schwersten Verantwortung aufbrachten und ihre ganze Persönlichkeit einsetzten, um den Neuaufbau zu beginnen. Als Dresden in der ersten Maihälfte 1945 ein Selbstverwaltung erhielt, wurde ich zum Oberbürgermeister dieser Stadt berufen. Bald ergab sich die Notwendigkeit zur Schaffung einer zentralen Verwaltung für das Bundesland Sachsen. Ende Juni 1945 trat diese als Landesverwaltung Sachsen zusammen.

Im Vordergrund der umfangreichen Aufbauarbeiten standen die Sicherung der Volksernährung, die beschleunigte Ingangsetzung des Verkehrs und der Aufbau der Wirtschaft. Große Sorgen bereiteten uns die Flüchtlings- und Umsiedlerfragen. Aus Tausenden wurden einströmten. Rund 2 Millionen Umsiedler verblieben zunächst im Lande, bis sich ihnen die den Hunderttausende, die ins Land Sachsen anderen Zonen öffneten. Neben dem Aufbau einer neuen sozialen Fürsorge und eines gegen alle Seuchengefahren wirksamen Gesundheitswesens galt unser Hauptaugenmerk dem Aufbau von Industrie und Handwerk, in denen fast 60 Prozent unserer Werktätigen beschäftigt sind. Die Grundlage der Wirtschaft bildet ein umfassender Produktionsplan, an dessen Erfüllung alle Teile der Bevölkerung mit Eifer und Begeisterung arbeiten. Auf wichtigen Gebieten, zum Beispiel im Bergbau, war es dank der Einsatzbereitschaft der Belegschaften möglich, die Planziffern zu erreichen und sogar zu überschreiten. Nach der Zerschlagung der Konzerne und Syndikate ist das Sächsische Industriegefüge noch mehr als früher mittelbetrieblich orientiert. Zu seiner Betreuung wurde unter Ablösung der früheren Organisationen der Unternehmer die Industrie- und Handelskammer Sachsen mit ihren 30 Kreiskammern auf demokratischer Grundlage geschaffen. Das gesamte Bankwesen wurde in der Sächsischen Landesbank zusammengefaßt, das Finanz- und Steuerwesen den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßt.

Mit den anderen Ländern und Provinzen der Sowjet-Zone führten wir in kürzester Frist die Bodenreform durch. 287 000 Hektar Großgrundbesitz kam in die Hände von über 53 000 Neubauern.

Zur Neuformung des Schulwesens wurden rund 7000 Neulehrer ausgebildet und in Dienst gestellt. Weitere 8000 sind noch in der Ausbildung begriffen. Ein Markstein war die Eröffnung der Leipziger Universität. Das gesamte Kulturleben Sachsens erhielt dadurch einen beachtlichen Auftrieb.

Ein schwerer Winter ist durch Zusammenfassung aller Kräfte überwunden. Das gibt berechtigte Hoffnung, die weiteren vor uns liegenden Aufgaben zu meistern.

Unmögliches möglich gemacht

Von **Dr. Karl Steinhoff**, Präsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

Mark Brandenburg 1945: Kampfzone, Notland, Grenzland. Die Aecker durchpflügt von Granaten, gedüngt von Blut und Leichen. Die Dämme durchwühlt von Schützengräben, Bunkern und Geschützständen. Die Felder vermint, das Vieh vertrieben, Geräte verschleppt, die Bauern aus der Kampfzone geflüchtet, ganze Dörfer nur noch auf dem Papier. Die Gruben ersoffen, Industrien verlagert, die Brücken gesprengt.

Und dennoch! Das Chaos wurde überwunden. Völlig neu wurde ein demokratischer Verwaltungsapparat aus dem Nichts geschöpft. Aus Improvisation wurde Ordnung, wuchs Planung. Stadt und Land arbeiteten eifrig, die Ernte zu bergen. Knirschend fingen die Räder der Wirtschaft — durch die Initiative der Arbeiter — an zu rollen. Die Rechtssicherheit wurde gewonnen. Brandenburg schulte beispielgebend Volksrichter. Alle Kinder können wieder in die Schule gehen. Landwirtschaftliche und Fachschulen sowie Lehrerausbildungsstätten mannigfaltigster Art öffnen ihre Pforten. Das Vertrauen der Brandenburger ist erwacht. In Banken und Sparkassen sammelt sich schwimmendes Geld, bereit, dem Aufbau zu dienen.

Schwer ist die Durchführung der einheitlichen Versorgung mit Lebensmitteln in allen Teilen der Provinz gewesen, denn unser Autopark ist um ein vielfaches kleiner als der unserer Nachbarländer. Und dennoch! Heute wissen wir: der Anschluß an die neue Ernte ist gesichert.

Endlose Trecks von Flüchtlingen strömten über die Grenzen, Heimkehrer, Rückwanderer — noch will der Strom der Heimatlosen nicht abreißen. Alle müssen ärztlich betreut, versorgt, aufgenommen oder weitergeleitet werden. Und dennoch! Allen wird geholfen. Es gelang, die eingeschleppten Seuchen auf ihren Herd zu beschränken. Eine schöpferische Bodenreform setzte mehr als 85 000 Siedlerfamilien an, die aus eigenem Antrieb mit dem Einsatz ihrer ganzen Familie der eigenen Scholle mehr Erträge abgewinnen werden, als Landarbeiter es in Junkerfron je konnten. 1946 werden in der Mark Brandenburg 150 000 Hektar mehr beackert als im Vorjahr. Mit der Bodenreform wird gleichzeitig einer der Grundsteine für den Aufbau der neuen Demokratie gelegt.

Was soll man mehr anerkennen? Die Leistungen der Bergknappen, die trotz allem das Kohlenprogramm einhundertprozentig erfüllen? Die Initiative der Belegschaften, die die Fabriken in Gang brachten, welche ihre Eigentümer im Stich gelassen hatten? Die Tuchmacher in der Lausitz, die mit angelernten Kräften Friedensleistungen erreichen? Die Brückenbauer, die die ersten Notbrücken spannten? Die heroischen Taten jener Frauen, die im Kampfgebiet auf verminten Feldern die Ernte schnitten und die Garben auf den Armen nach Hause trugen. Frauen, die selbst den Pflug zogen? Oder das stille tägliche Ringen jeder Hausfrau in Stadt und Land, um Stockungen in der Nahrungsmittelversorgung zu überwinden.

Wem soll man mehr danken? Dem Einsatz jedes Einzelnen, der Gemeinschaftsarbeit, den Patenschaften, der Nachbarhilfe, der gegenseitigen Bauernhilfe, der Volkssolidarität, der reibungslosen Zusammenarbeit mit den Parteien und Gewerkschaften, den Organen der Selbstverwaltungen, den Vereinigungen der Kulturschaffenden, den Organisationen der Frauen und der Jugend? Zuletzt aber, doch nicht am wenigsten, muß man besonders danken der stets einsatz- und hilfsbereiten Roten Armee.

In zähem Ringen wurde im ersten Jahre nach dem Zusammenbruch Unmögliches möglich, Unglaubliches Wirklichkeit. Unübersehbares fordert die Umstellung auf den Frieden, der Neubau unseres Vaterlandes. Gemessen an dem, was war, als vor einem Jahr die Nazibanditen den totalen Trümmerhaufen zurückließen, ist viel geschehen. Aber es ist keine Zeit, zurückzuschauen. Wer noch einen langen und schwierigen Weg vor sich hat, muß ausschreiten und den Blick weit vorausrichten. Seit in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ein neuer Helfer auf den Plan erschienen ist, wird vieles leichter gehen, da dadurch der antifaschistische Block noch fester gefügt wird. Wir werden es schaffen, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Rastloser Wille und harte Arbeit verbürgen den Erfolg.

Gewerkschaften, der Motor in der Wirtschaft

Von **Roman Chwalek**

Wenn wir heute die Bilanz unserer Tätigkeit seit dem Zusammenbruch ziehen, so muß am Anfang die Tatsache vermerkt werden, daß vor allem die aufbauwilligen Kräfte auch das Gerippe für den Aufbau der Freien Gewerkschaften bildeten. Wir blicken mit berechtigtem Stolz auf die vergangenen elf Monate unserer Tätigkeit zurück. Auf allen Gebieten unserer Arbeit sind beachtliche Erfolge erzielt worden.

Die Freien Gewerkschaften entwickelten sich zum stärksten Motor des wirtschaftlichen Lebens. Die Einheit der Gewerkschaften und die konsequente Durchführung der inneren Demokratie waren Voraussetzungen unseres Erfolges. Getragen von dem Vertrauen der Massen war es uns möglich, die Schaffenden Berlins zur gestaltenden und führenden Kraft zu machen, klar im Ziel und entschlossen in der Tat.

Die Reaktion hat sich von dem ersten Schrecken erholt und unternimmt nun Anstrengungen, den Werktätigen das eroberte Terrain streitig zu machen. Sie spekuliert auf das Erlahmen der Massenaktivität, versucht auftretende Schwierigkeiten ihren Zwecken dienstbar zu machen. Wir lassen uns aber weder einschüchtern noch von dem eingeschlagenen Weg, der sich als richtig erwiesen hat, abbringen. Wer sich nicht taub stellte, vernahm am 1. Mai den Marschtritt der Hunderttausende Berlins. Sie schlagen den Takt und weisen die Richtung für die künftige Entwicklung.

Während in den westlichen Zonen die Gewerkschaftsbewegung zum Teil sich erst entwickelt, zählt der Berliner FDGB bereits über 350 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl in der sowjetischen Zone hat die Zahl von zwei Millionen überschritten. Auch die Entwicklung des Organisationsaufbaus schreitet voran.

Nach den durchgeführten Delegiertenkonferenzen, auf denen grundlegende Fragen und Aufgaben behandelt wurden, schreiten wir zur Verselbständigung der einzelnen Industriegewerkschaften. Es werden Verbandstage mit Delegierten, die auf demokratischer Grundlage in den Betrieben von den Mitgliedern gewählt sind, in den nächsten Wochen stattfinden. Auf diesen Tagungen werden nicht nur die Leitungen gewählt, sondern es werden auch die Aufgaben für den Neuaufbau der Wirtschaft in den einzelnen Industriezweigen festgelegt werden.

Auch die Betriebsrätetätigkeit wird nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes eine Belebung erfahren. Die bis jetzt abgeschlossenen betrieblichen Vereinbarungen, die gestützt auf die Kraft der Gewerkschaften erfolgten, erhalten durch das Betriebsrätegesetz eine gesetzliche Fundierung.

In den Betrieben wird unter Führung der Gewerkschaften das neue Arbeitsrecht geschaffen, in dem auch die Betriebsräte als Stützen der neuen demokratischen Ordnung ihren Platz erhalten.

Die Tätigkeit der neuen Freien Gewerkschaften hat bereits die Zustimmung der Weltgewerkschaftsföderation gefunden.

Damit ist es den Gewerkschaften gelungen, den ersten Kontakt mit den übrigen Völkern herzustellen. Die Arbeit der Gewerkschaften in der weiteren Entwicklung stellt ein Ringen um das Vertrauen der anderen Völker dar. Von der Arbeit der Gewerkschaften wird es im wesentlichen abhängen, welche Kräfte das wirtschaftliche und politische Gesicht Deutschlands in Zukunft formen.

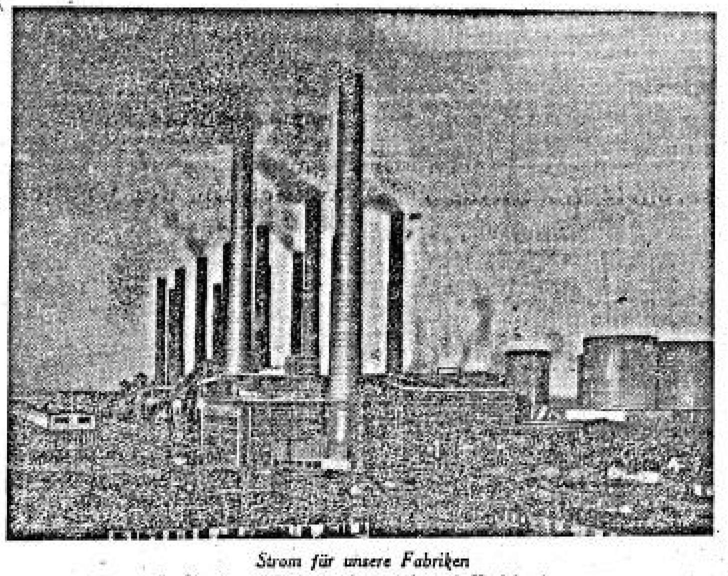
Metallarbeiter helfen Notstandsgebiet

Der Notruf der Umsiedler aus dem Oderbruch hat den Verband der Metallarbeiter erreicht. Sehr schnell hat der Verband darauf geantwortet und in einer Vorstandssitzung Stellung genommen und einheitlich beschlossen:

1. Sofort eine Gerätesammlung einzuleiten, das heißt Pflügen, Eggen, Drillmaschinen, Kleingeräte und Haushaltsgegenstände zu sammeln und sie nach dem Oderbruch zu leiten.

2. Sich bei der Ingangsetzung von reparaturbedürftigen Traktoren durch die Hinaussendung von Reparaturkolonnen zu beteiligen.

Der Vorstand hat besondere Kollegen des Vorstandes und der Bezirksverbandsleitungen mit der Erfüllung dieser Aufgaben betraut. An der Hilfsaktion werden sich unter anderem beteiligen: Wittenauer Maschinenfabrik, Borsigwalde, AEG Hennigsdorf, Schmiedemeister Raukopf, Berlin NW, Am Westhafen, mit Pflügen; Vereinigte Werkstätten Wittenau, Dürener Metallwerke, Magat, Tegel, mit Eggen; Kabelwerk Oberspree mit Sensen; die Firmen Schröder und Tschierschke mit Drillmaschinen und Pumpen; die Firma Weber & Co., Lukas und Zeiß mit Kleingeräten. Diese Geräte werden am 9. Mai mit der Bahn nach dem Oderbruch befördert und dort vom Landrat zweckmäßig eingesetzt werden.



Strom für unsere Fabriken
Großkraftwerk Zschornewitz arbeitet mit Hochdruck — Foto: Illus

Was wird aus den Betrieben der Kriegstreiber?

Von **Bruno Leuschner**

Deutschland ist das Land, in dem die Wirtschaft mit dem faschistischen Staatsapparat verwachsen war und die Herren der großen Konzerne, Banken und Syndikate zu Faschisten mit oder ohne Mitgliedsbuch wurden. Der deutsche Imperialismus sah in der nazistischen Politik die Herrschaftsmethode, mit der er seine Welteroberungspläne verwirklichen und die Unterdrückung des Volkes im eigenen Lande durchführen konnte. Aus dieser Tatsache ergeben sich für die weitere Entwicklung wichtige Folgerungen.

Wir können nicht einfach die Wirtschaftspolitik und die Methoden anderer Länder für Deutschland übernehmen. Ebensowenig wie der gegenwärtige Aufbau unserer Wirtschaft sozialistisch ist, ebensowenig können wir die Beispiele anderer kapitalistischer Länder auf Deutschland übertragen. Das Verwachsen der aggressivsten imperialistischen Kräfte mit dem faschistischen Machtapparat ist eine Besonderheit, die uns zwingt, die großen Probleme des Neuaufbaus in Deutschland nach besonderen Gesichtspunkten zu lösen.

Wir müssen den Faschismus bis zu Ende liquidieren. Die Kräfte, die die wirtschaftliche Grundlage des Faschismus bildeten, sind in Deutschland viel breiter als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Diejenigen, die dem Faschismus zur Macht verhalfen, ihn unterstützt, die faschistische Politik bis zu Ende durchgeführt und somit den Krieg verlängert haben, müssen nun die Folgen tragen. Wir sind im nationalen Interesse Deutschlands gezwungen, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, also die ihnen früher gehörenden Betriebe zu säubern und sie im Einvernehmen mit den Besatzungsbehörden in die Hände der Landesverwaltungen zu überführen. Diese Betriebe erhalten damit staatlichen Charakter.

Das deutsche Volk soll selbst entscheiden

Das deutsche Volk darf den Vorschlag der Landesverwaltung Sachsen begrüßen, der die Uebereignung der Betriebe der Kriegsinteressenten an die Landesverwaltung durch einen Volksentscheid rechtlich zur Entscheidung bringen soll. Damit wird auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Unternehmungen gefördert werden. Dieser Vorschlag ergibt sich aus den politischen und ökonomischen Besonderheiten unserer deutschen Gegenwart und ist der Ausdruck einer demokratischen Entwicklung.

Doch schon erheben die reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals, die Herren der Königspartei, der alten Deutschnationalen Volkspartei, die der Harzburger Front, ihr Haupt, um vom deutschen Imperialismus zu retten, was zu retten ist. Aehnlich wie nach dem ersten Weltkrieg glaubt man, die günstigen Erfahrungen von 1918 noch einmal unter den Bedingungen der neuen Demokratie auswerten zu können. Heute tarnen sich die gleichen Kräfte als Hitlergegner. Sie versuchen noch einmal das alte Spiel von damals und schlagen vor, die Großbetriebe der aktiven Nazis wieder in private Hände, das heißt in die Hände des Monopolkapitals, zu geben. Dieser verhängnisvolle Weg darf nicht noch einmal beschritten werden! Diese Herren haben nun jahrzehntelang bewiesen, daß sie nur für den Krieg, aber nimmer für den Frieden arbeiten können.

Wir errichten eine demokratische Wirtschaft, und es ist deshalb richtig, die kleinen und mittleren Betriebe sowie die Handwerksbetriebe den privaten Unternehmern zu überlassen.

Das deutsche Volk hat seine Erfahrungen bitter bezahlen müssen. Es will künftig keine Marionette mehr in Händen von Kriegsinteressenten sein. Diese weitsichtige Schlußfolgerung ist das deutsche Volk sich selbst, seinen Kindern und den anderen Völkern schuldig. Deshalb wird der Volksentscheid als demokratischer Akt den Königsrufern und anderen reaktionären Kriegsinteressenten die entsprechende Antwort erteilen.

Es ist jetzt Aufgabe der örtlichen Gewerkschaften und Selbstverwaltungsorgane in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone, eine genaue, überprüfte Liste derjenigen Betriebe aufzustellen, die den Landes- und Stadtverwaltungen übereignet werden sollen. Diese Uebersicht wird ein Großteil der Industriebetriebe und anderen Unternehmungen enthalten. Später ist dann die Prüfung möglich, welche Unternehmen die Form der landes- bzw. provinzialeigenen Betriebe annehmen oder privaten Unternehmern überlassen werden.

Die neue Form der landeseigenen Betriebe

Es ist nicht angebracht, daß die übereigneten Betriebe auf der Grundlage einer GmbH oder AG firmieren, sondern es wird zweckmäßig sein, daß sie unter eigener Rechnungslegung mit landeseigenem Kapital selbständige landes- bzw. stadteigene Unternehmen werden. Für die Leitung des Betriebes muß der von der Landes- bzw. Stadtverwaltung eingesetzte Direktor, oder bei größeren zusammengefaßten Unternehmungen das Direktorium, bestehend aus zwei bis drei Mitgliedern, voll verantwortlich sein.

Neben dem Direktor bzw. dem Direktorium soll noch ein Verwaltungsausschuß bestehen, in dem die besten Kräfte des Betriebes vertreten sind. Der Direktor hat natürlich alle Angelegenheiten von entscheidender Bedeutung mit dem Verwaltungsausschuß zu beraten. Aus diesen Beratungen werden sich dann die endgültigen Entscheidungen ergeben. Verantwortlich für den Betrieb kann nur einer sein; deswegen wäre es falsch, die Hauptverantwortung einem Betriebsausschuß zu übertragen. Die Betriebsräte müssen dem Direktor bei der Durchführung der Plan- und Produktionsaufgaben helfen und den Verwaltungsausschuß veranlassen, Fehler zu korrigieren und entsprechende Aenderungen und Verbesserungen vorzunehmen. Somit ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Fragen des Betriebes voll gesichert. In den Plan- bzw. Produktionskommissionen müssen die fähigsten Kräfte des Betriebes vertreten sein, um mit den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zusammenzuarbeiten. Diese Kommissionen sorgen für die Durchführung der Produktionsaufgaben und der aufgestellten Wirtschaftspläne. Unter diesen Voraussetzungen ist eine gesunde Zusammenarbeit aller Kräfte und die Möglichkeit der demokratischen Entwicklung gegeben.

Es wird jetzt notwendig sein, in den Betrieben, die in der sowjetischen Besatzungszone auf Grund des Befehls 124 zwangsverwaltet werden, die eingesetzten Treuhänder auf ihre Fähigkeit, Bewährung und Sauberkeit in ihrer Haltung zu überprüfen. Dabei wird sich herausstellen, welche Betriebsleiter bleiben und welche durch neue Kräfte ersetzt werden müssen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte müssen den Wirtschaftsabteilungen der Selbstverwaltungsorgane bei der Ueberprüfung behilflich sein und Gutachten abgeben.

Die Schulung der neuen Betriebsleiter

Die besten Kräfte der Gewerkschaften gehören an die Spitze des Betriebes. Der Einwand, die Arbeiter hätten keine Plan- oder Produktionsschulung, ist nichtig. Haben die Arbeiter und Techniker ihr Können nicht unter Beweis gestellt und Tausende von Betrieben, deren Besitzer oder Direktoren geflüchtet waren, wieder in Gang gebracht? Das war der erste Schritt zur Produktionsschulung. Dieselben Kräfte, die in den verlassenen Betrieben die Produktion wieder anlaufen ließen und die Leitung des Betriebes übernahmen, werden täglich ihre Arbeiten überprüfen und korrigieren, bis sie die richtige Methode gefunden haben. Sie werden lernen und ihre Erfahrungen untereinander austauschen.

Dabei müssen alle fortschrittlichen Kräfte, die technischen und kaufmännischen Angestellten, die Ingenieure und Chemiker und andere Spezialfachleute, herangezogen werden. Neue Kräfte werden lernen, andere Arbeitsweisen zu studieren. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Gewerkschaften überall eine entsprechende Schulung durchführen, die die Elementarlehren der Betriebswirtschaft vermittelt und demokratisches Denken fördert. Die besten Betriebsräte müssen sich in diesen Kursen für höhere Aufgaben vorbereiten und als neue tüchtige Betriebsleiter aus den Schulen hervorgehen.

Kalender des Wirtschaftsaufbaus

Mai-Tage 1945: Die Rote Armee gibt aus ihren Beständen Brot zur Linderung der Not der Berliner Bevölkerung.

Intensive Arbeiten zur Instandsetzung der Verkehrswege mit Unterstützung von Pionieren der Roten Armee.

11. Juni: Aufruf der KPD an das schaffende Volk in Stadt und Land. Aufzeigen der dringendsten Aufgaben: Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit; Liquidierung des Großgrundbesitzes; Uebergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

14. Juni: Aufforderung in der Presse, den Gemüseanbau sofort vorzunehmen.

15. Juni: Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses und Stellung der Erstaufgaben: Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, raschmöglichste Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel.

24. Juni: Berliner Presse veröffentlicht Aufruf: Sichert das tägliche Brot!

1. Juli: Neuregelung der Ablieferungspflicht der Bauern. Abschaffung der nazistischen Zwangsablieferung.

3. Juli: Appell der Freien Gewerkschaften für Erntehilfe.

12. Juli: Wannseebahn in Berlin fährt wieder.

19. Juli: Genosse Wilhelm Pieck spricht in der „Neuen Welt" über den Weg zum Wiederaufbau Deutschlands.

21. Juli: Aufruf des Berliner Magistrats: Gebt den Bauern Sensen, Sicheln und Harken!

25. Juli: Aufruf der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien: Alle Kräfte für die Ernte!

Anfang August: Kleinbauern und Landarbeiter fordern Landzuteilungen.

4. August: Veröffentlichung des Dokumentes der Berliner Konferenz mit wirtschaftlichen Grundsätzen für Deutschland.

Ende August: Die Forderungen der Bauern und Landarbeiter nach Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes werden immer stärker. Die Presse veröffentlicht ungezählte Zuschriften dieser Bauern.

2. September: Genosse Wilhelm Pieck spricht vor märkischen Bauern und Landarbeitern in Kyritz: Schnellste Durchführung der Bodenreform.

5. September: Aufruf der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien zur sofortigen Durchführung der Bodenreform.

6. September: Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen. Die anderen Provinzen und Länder der sowjetischen Besatzungszone schließen sich an.

12. September: Aufruf der KPD zur demokratischen Bodenreform.

13. September: Errichtung von deutschen Verwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone, zum Beispiel für die Industrie, Verkehr, Brennstoffindustrie, Handel und Versorgung, Finanzen, Land und Forstwirtschaft usw.

Befehl Marschall Shukows für die Wirtschaft: Ingangsetzung der Industrie.

Befehl Marschall Shukows über einen Kredit von 200 Millionen RM an die neuerrichteten deutschen Banken.

15. September: Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bodenreform: Bodenreform — eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und entscheidender Schritt zur friedlich-demokratischen Erneuerung unseres sozialen Lebens.

17. September: Erste große Konferenz von 600 Betriebsvertretern für das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften.

20. Oktober: Provinzialregierung Mark Brandenburg erläßt Ausführungsverordnung über die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe.

21. Oktober: Befehl Marschall Shukows: Verbesserung der Lebensmittelzuteilung.

4. November: Befehl Marschall Shukows über die Aufstellung von Wirtschaftsplänen für das Jahr 1946 sowie eines Landwirtschaftsplanes.

15. November: Beschluß der Landesverwaltung Sachsen: Enteignung des Kriegsverbrechers Frick und Ueberführung dieser Betriebe in das Eigentum des Landes.

17. November: Sachsens Kohlenbergbau in staatlicher Verwaltung.

5. Dezember: Genosse Edwin Hörnle meldet die Verteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes auf Grund der Bodenreform als im wesentlichen für beendet.

7. Dezember: Veröffentlichung der Leitsätze des Zentralausschusses der SPD für den Wirtschaftsaufbau und das Wohnungsbauprogramm.

8. Dezember: Aufruf der KPD, SPD und LDP: Helft den Neubauern!

20. Dezember: Befehle Marschall Shukows über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der landwirtschaftlichen und Konsum-Genossenschaften.

29. Dezember: Große Beratung über das Wirtschaftsprogramm der KPD im Hause der Zentralverwaltungen in Berlin.

17. Januar 1946: Vorschläge des Wirtschafts-Ausschusses des ZA der SPD für die Bekämpfung der Monopole und Konzerne zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

2. Februar: Zusammentritt der Groß-Berliner Konferenz der freien Gewerkschaften.

7. Februar: Aufruf der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien: „Hilfe bei der Frühjahrsbestellung — eine Lebensfrage des ganzen Volkes."

9. Februar: Eröffnung der großen Gewerkschafts-Delegiertenkonferenz für die sowjetische Besatzungszone, die sich zu einem begeisterten Bekenntnis für die Einheit der Arbeiterklasse gestaltet.

26. Februar: Kontrollratgesetz über die neuen Steuern.

6. März: Die vier antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Frage der Sparguthaben.

12. März: Veröffentlichung des Wohnungsprogramms der KPD.

29. März: Alliierter Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft.

4. Mai: Getreidebestellung in der sowjetischen Besatzungszone beendet.

Universitätsreife für Arbeiterkinder

In Neudietendorf wurde durch Landesdirektor Wolf eine Aufbauschule eröffnet. Die Schule gibt begabten thüringischen Arbeiterkindern die Möglichkeit, in zwei Jahren die Universitätsreife zu erwerben. (SNB)

Holzpantoffeln ohne Nägel und Drähte

Schwerin, 8. Mai (SNB). In einem Selliner Unternehmen, das monatlich viele hunderte Paare von Holzpantoffeln herstellt, wurde eine Methode ausgearbeitet, nach der man Holzpantoffeln ohne Verwendung von Nägeln und Drähten herstellen kann. Dieses Verfahren soll jetzt geschützt werden.

Friedrich Schiller und die nationale Frage

Friedrich Schiller ist von allen Klassikern uns Deutschen am meisten bekannt. In Volks-, Mittel- und Hochschulen hat im Deutschunterricht von allen Dichtern in deutscher Sprache Schiller die größte Rolle gespielt. Daß die „Glocke" und „Wilhelm Tell" Dichtungen von Friedrich Schiller sind, das weiß heute jeder. Daß dieser große deutsche Dichter aus Marbach in Schwaben stammt, eine grausame Unterdrückung bis zu seiner Flucht aus Mannheim unter der Despotie des Herzogs von Württemberg erlitt, daß sein weiteres Leben nicht so heiter verlief wie das Goethes, daß er am 9. Mai 1805, knapp sechsundvierzig Jahre alt, starb und ein unvergängliches, großes Werk hinterließ, wer wüßte das nicht.

Aber es gehört zur Erneuerung der deutschen Kultur und zur Wiedererweckung der deutschen Klassik, daß neben anderen geistigen Größen Deutschlands besonders Schiller von den Schlacken befreit wird, die sein Name und sein Werk durch über hundertjährigen Mißbrauch angesetzt haben. Schillers Sendung in unserer Zeit besteht nicht im Wiederlebendigmachen seines philosophischen Idealismus, der auf eine kurze Formel gebracht heißt: den unlösbar scheinenden Problemen des Lebens auszuweichen in die reine Sphäre der Kunst. Wir haben in einer hundertfünfzigjährigen Entwicklung gesehen und erfahren, daß die Probleme des einzelnen und des gesellschaftlichen Geschehens eine Lösung haben. Hegel leitete diesen Prozeß ein, er ging über Ludwig Feuerbach und fand in Karl Marx und Friedrich Engels seine Reife. Es sei aber betont, daß Schillers philosophischer Idealismus der Ausdruck höchster menschlicher Gesinnung war, die ihren Ausdruck vielleicht in seinem Gedicht fand:

„Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elysium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmlische, dein Heiligtum.
Deine Zauber binden wieder,
Was die Mode streng geteilt,
Alle Menschen werden Brüder,
Wo dein sanfter Flügel weilt.
Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuß der ganzen Welt!
Brüder — überm Sternenzelt
Muß ein lieber Vater wohnen."

Was uns an Schiller bindet, was ihn wieder wirksam werden lassen wird, das ist sein freiheitlicher Geist, sein glühendes Herz für die Sache der Freiheit. Es gibt wohl kein dramatisches Werk Schillers, das nicht erfüllt wäre von diesem Geist. „In Tyrannos" heißt sein Untertitel zu den „Räubern". „In Tyrannos" ist die Hauptüberschrift für sein gesamtes dramatisches Schaffen und seine historischen Betrachtungen.

Der geniale junge Schiller — *Foto: Archiv ND*

Aber Schiller heute auf der Bühne ohne eine Klärung der nationalen Frage für das ganze deutsche Volk hieße eine Wiederholung der Schillerverfälschung.

Es muß im deutschen Volk begriffen werden, daß das Wort national einen neuen Inhalt bekommen hat, daß es grundverschieden ist von dem, was es neulich, unter Hitler, noch bedeutete, wo es gleichbedeutend mit imperialer Eroberungslust war; national war da jeder, der „die Hacken zusammennehmen konnte", der beim Ertönen von Marschmusik mindestens bis Paris und Moskau marschieren wollte.

Heute gibt es Ueberkluge, die Worte wie Vaterland, national, Deutschland, abschaffen wollen, nur deshalb, weil die Worte jahrzehntelang mißbraucht waren; ja, sie gehen soweit, die Menschen, die die alten Worte mit dem neuen Inhalt gebrauchen, zu verdächtigen und sie mit den Nazi-Kriegsverbrechern zu vergleichen, wie sie einzig in der Weltgeschichte dastehen.

Das Wort national ist auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt und schließt die Errungenschaften ein, auf die ein Land und ein Volk stolz sein kann und soll; ein Stolz, der niemanden verletzt; Stolz und kein Uebermut; Stolz auf die Kräfte und Höhen seines Volkes, die es selbst und die Welt auf dem Wege des Fortschritts beeinflußt hat. Dazu gehört auch Schiller, gelöst von dem Wagen der imperialistischen Eroberer.

Schillers erster und entscheidender Antrieb zum Kampf für Freiheit stammt aus seinem ganz persönlichen Erleiden der Tyrannei. Einher ging selbstverständlich der Einfluß des Geistes der französischen Revolution, die die Menschenrechte verkündete und die Geburt der Nation als eine ihrer größten Errungenschaften heraufführte. In Schillers Dramen, speziell im „Don Carlos", der „Jungfrau von Orleans" und „Wilhelm Tell" spiegeln sich die beiden Impulse für persönliche und nationale Freiheit wider. Er konnte sich dem Geist des Jahrhunderts nicht entziehen, auch wenn er gegen die Revolution kämpfte. Die Schillerschen Dramen sind nicht geschrieben, wie man es den Deutschen jahrzehntelang eingeredet hat, um nationale Leidenschaften für die Führung eines imperialistischen Krieges zu entfachen, sondern sie waren und sind Ausdruck des Willens des Menschen und der Menschen zur Freiheit, wie sie seit Bestehen einer gesellschaftlichen Ordnung von den unterdrückten Menschen erstrebt wurde.

Nur so kann heute Schiller verstanden werden.

Heute bekommen seine so oft mißbrauchten Worte wieder den von ihm gemeinten Sinn:

„Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen.
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft",

weil heute dies Vaterland alle umschließt, die in ihm leben und weil sich das Volk der starken Wurzeln seiner Kraft bewußt wird, die in seinen fortschrittlichen Kräften, in Vergangenheit und Gegenwart liegen.

Unter dieser Voraussetzung ist Friedrich Schiller heute der wirkliche Rufer zur nationalen Einheit Deutschlands. Euno Kind

Die Kohlsuppe / Von Iwan Turgenjew

Einer Witfrau starb ihr zwanzigjähriger Sohn fort, der beste Arbeiter im ganzen Dorfe.

Die Gutsherrin des Dorfes erfuhr von dem Kummer der Witwe und ging am Tag der Beerdigung zu ihr hin, um sie zu trösten.

Sie fand sie zu Hause. Mitten in der Hütte an einem Tisch stand sie und begann gerade, die leere Kelle in der rechten Hand (die linke ließ sie herabhängen), mechanisch, ohne sich zu übereilen, aus einem verrußten Topf Kohlsuppe zu löffeln, immer einen Löffel nach dem anderen.

Das Gesicht des Weibes war abgemagert und düster, die Augen gerötet und verschwollen . . . aber sie hielt sich steif und gerade wie in der Kirche.

„Gott im Himmel", dachte die Gutsherrin, „sie kann essen in solch einem Augenblick. Was für eine Gefühlsroheit steckt doch in ihnen allen."

Und dabei fiel der Gutsherrin wieder ein, wie sie vor vielen Jahren ihr neun Monate altes Töchterchen verloren hatte — wie sie da vor Gram abgelehnt hatte, ein schönes Landhaus in der Nähe von Petersburg zu mieten, und den ganzen Sommer in der Stadt verbracht hatte. — Und das Weib hier aß immer weiter ihre Kohlsuppe.

Die Gutsherrin hielt es schließlich nicht mehr aus. „Tatjana!" sagte sie. „Um Himmels willen! Ich muß mich wirklich wundern. Es ist doch nicht möglich, daß du deinen Sohn nicht geliebt hast? Wie, hast du denn da deinen Appetit nicht verloren? Wie kannst du nur jetzt Kohlsuppe essen?!"

„Mein Wasja ist gestorben", sagte das Weib leise — und schmerzliche Tränen liefen ihr von neuem über die eingefallenen Wangen. „Also geht es auch mit mir zu Ende. Bei lebendigem Leib hat man mir den Kopf abgerissen. Aber die Suppe darf doch nicht umkommen. Sie ist ja schon gesalzen."

Die Gutsherrin zuckte nur die Achseln — und ging fort. Ach, dieses Salz war billig zu haben.

Mai 1878.

(Aus „Gedichte in Prosa" von Iwan Turgenjew)

Die Perspektiven der deutschen naturwissenschaftlichen Forschung

Von Professor Dr. Robert Rompe

Am Vorabend des Tages, an dem vor einem Jahr die totale Kapitulation der faschistischen Machthaber Deutschlands erfolgte, hat der Alliierte Kontrollrat ein Gesetz zur Regelung und Ueberwachung der wissenschaftlichen Forschung erlassen. Alle, denen die Sache der Forschung am Herzen liegt, haben seit einem Jahr dieser früher oder später zu erwartenden allgemeinen Regelung mit einem gewissen Bangen entgegengesehen. Die Rolle der deutschen Forschung während der Nazizeit war derart, daß man für die Zukunft keine großen Hoffnungen hegen durfte. Es gab viele Forscher, die sich des Unheils, das von einem Teil der deutschen Forschung ausgegangen war, bewußt waren und demgemäß mit einem langjährigen Verbot jeder wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland rechneten. Diese Pessimisten aus Gerechtigkeitsgefühl wurden bereits anläßlich der Wiedereröffnung der Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone insofern angenehm enttäuscht, als die von Marschall Shukow unterschriebenen Befehle eindeutig im vollen Verständnis für die Notwendigkeiten der geistigen Entwicklung unseres Landes die für die akademische Lehrtätigkeit unbedingt erforderliche wissenschaftliche Forschung gleichzeitig zuließen.

Naturgemäß ist der Umfang der Universitätsforschung nicht übermäßig groß und keinesfalls in der Lage, vor allem auf dem Gebiete der Anwendung der Forschung, selbst bei bescheidensten Ansprüchen den Erfordernissen unseres Wiederaufbaues Rechnung zu tragen. Die überaus zahlreichen Probleme, die unmittelbar aus den Aufgaben des Tages resultieren, alle die wissenschaftlichen Fragen, die mit den Stichworten „Bodenreform" und „Erneuerung der Städte" und „Lösung des Transportproblems" verknüpft sind, können in dem genannten Rahmen nicht befriedigend behandelt werden.

Durch das am 7. Mai 1946 verkündete Gesetz wird nun allen Zweifeln ein Ende gesetzt. Von diesem Termin ab, den wir als einen historischen bezeichnen möchten, ist die deutsche naturwissenschaftliche Forschung wieder legalisiert worden; und zwar unter Bedingungen, die bei aller Strenge hinsichtlich der Verhinderung des militärischen Mißbrauchs sowohl der reinen wie auch der angewandten Forschung noch ein weites Gebiet frei lassen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß diejenigen, die dem militärischen Mißbrauch der Forschung durch die Nazis mit äußerster Ablehnung gegenüberstanden, dieses Gesetz mit einem tiefen Gefühl der Erleichterung begrüßen werden. Es hat doch eine große Anzahl von Wissenschaftlern bei uns gegeben, die nur mit einer gewissen Beschämung daran denken konnten, daß so viele Verbesserungen der Kriegstechnik auf die Arbeiten deutscher Wissenschaftler zurückgingen, anfangend beim Gaskrieg und aufhörend bei der Panzerfaust. Diese unselige Tradition, der viele deutsche Forscher huldigten, alle ihre Erkenntnisse und Entdeckungen unter dem Gesichtswinkel der Brauchbarkeit für den Krieg zu sehen, wird offenbar durch dieses Gesetz beendet. Dieses Gesetz gibt uns endlich die moralische Berechtigung, dem jungen Deutschen den Beruf eines naturwissenschaftlichen Forschers zu empfehlen.

Es entspricht diesem Sinn, wenn das Gesetz zur Verhinderung militärischer Ausnützung einige wesentliche Gebiete der angewandten Forschung gänzlich verbietet. Dazu gehören vor allem die „angewandte Atomphysik"; in der heute in der Physik üblichen Terminologie dürfte damit wohl ausschließlich die „angewandte Kernphysik" gemeint sein, eine Interpretation des Wortgebrauches, die auch in dem kürzlich von Akademiker Professor I. Tamm in der „Täglichen Rundschau" veröffentlichten Artikel benutzt wird. Hingegen ist Forschung auf dem Gebiete der Radioaktivität auch für andere als medizinische Zwecke nach Genehmigung gestattet. Des weiteren ist grundsätzlich verboten die angewandte Forschung auf dem Gebiet der elektrischen, optischen und akustischen Ortungsgeräte.

Ein sehr wesentlicher und hervorzuhebender Bestandteil des Gesetzes ist die klare und eindeutige Präzisierung der in ihm verwandten Begriffe. So wird zum Beispiel „grundlegende wissenschaftliche Forschungsarbeit" definiert als „reine Forschungsarbeit auf jedem Gebiet, welche die Entdeckung neuer Erkenntnisse, Theorien, Grundsätze oder Naturgesetze, sowie neuer Stoffe oder Zusammensetzungen anstrebt". Die grundlegende, wissenschaftliche Forschungsarbeit ist, sofern sie nicht „rein oder wesentlich militärischer Natur ist", im Rahmen eines genehmigten Forschungsinstitutes statthaft. Aehnlich gründlich ist auch die Definition des Begriffes der angewandten wissenschaftlichen Forschung. Bei aller Freude über die neu gewonnenen Möglichkeiten darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß das Gesetz auch eine Reihe von schwerwiegenden Verboten enthält, von denen zahlreiche namhafte Gelehrte und deren Mitarbeiter schwer betroffen werden. Doch läßt das Gesetz wiederum einen so weiten Spielraum, daß allen Betroffenen eine Umstellung nicht allzu schwer fallen wird. Es wäre nur zu hoffen, daß die Initiative derjenigen Gelehrten, deren Arbeit das Gesetz nicht einschränkt, ihren weniger glücklichen Kollegen die Umstellung auf ein anderes Gebiet erleichtern wird.

Das neue Gesetz steckt den Umfang ab, innerhalb dessen sich die deutsche wissenschaftliche Forschung abspielen kann. Was von diesen Möglichkeiten realisiert wird, hängt sehr wesentlich von unserer eigenen Tatkraft, unserem Können und von den Mitteln ab, die die Gesamtheit des Volkes für die naturwissenschaftliche Forschung aufzubringen in der Lage ist. Angesichts der ungeheuren Armut, in die uns das Hitlerregime gestürzt hat, wird uns wohl zunächst kaum möglich sein, mehr als einen bescheidenen Bruchteil der Möglichkeiten auszunutzen. Hierbei soll der Forscher niemals vergessen, daß diese Mittel einzig und allein von den schaffenden Menschen des Volkes aufgebracht werden müssen, vor allen Dingen von den Arbeitern und Bauern. Er soll daraus für seine Forschertätigkeit jene gesellschaftliche Verpflichtung herleiten, die seine Arbeit zu einer im höchsten Sinne moralischen macht: zum Wohle des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit.

Die künftige deutsche Schule

Von Dr. Heinrich Deiters

Vor einigen Tagen hat ein Berliner Blatt die Grundzüge des hannoverschen Schulplanes bekanntgegeben. Vergleichen wir ihn mit den Plänen zur Schulreform, deren Durchführung in den Ländern und Provinzen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands bevorsteht!

Der hannoversche Plan sieht drei Hauptformen vor: die Volks- und Berufsschule, die Mittel- und Oberschule und das Gymnasium. Dieser Dreiteilung steht hier in der Sowjetzone der Plan eines einheitlichen Schulsystems entgegen. Die Grundschule soll statt der bisherigen vier Jahresklassen, die in dem hannoverschen Plan beibehalten werden, in Zukunft acht Jahresklassen umfassen. Alle Kinder werden also in Zukunft vom sechsten bis 14. Lebensjahre die allgemeine Volksschule besuchen. Die Oberstufe der neuen Grundschule wird vom 5. Schuljahr ab eine moderne Fremdsprache im Lehrplan haben, vom siebenten Schuljahr ab eine zweite als Wahlfach. Außerdem werden im 7. und 8. Schuljahr Mathematik, Physik und Chemie als wahlfreier Unterricht gelehrt werden. Die geplante Reform der Lehrerbildung wird dafür Sorge tragen, daß fachlich vorgebildete Lehrkräfte namentlich in der Oberstufe der Grundschule zur Verfügung stehen. Die Einführung der achtklassigen Grundschule wird die allgemeine Schulbildung um ein großes Stück heben, und das ist das wichtigste Ziel der Reform. Innerhalb dieser einheitlichen Schulform ist die Förderung aller individuellen Begabungen eine wichtige Aufgabe, deren Lösung durch die bisherige frühzeitige Abtrennung der höheren Schule von der Volksschule mehr verhindert als gefördert wurde.

Der hannoversche Plan gesteht die Konfessions- und die Simultanschule zu. Im Unterschied davon geht die Schulreform der sowjetischen Zone von dem Grundsatz der Trennung von Schule und Kirche aus. Die Schule wird dadurch eine ausschließliche Angelegenheit des Staates, während der Religionsunterricht den Religionsgesellschaften überlassen bleibt. Auch darin kommt der Grundgedanke einer einheitlichen allgemeinen Schulbildung für alle Kinder in Deutschland zu entschiedenem Ausdruck.

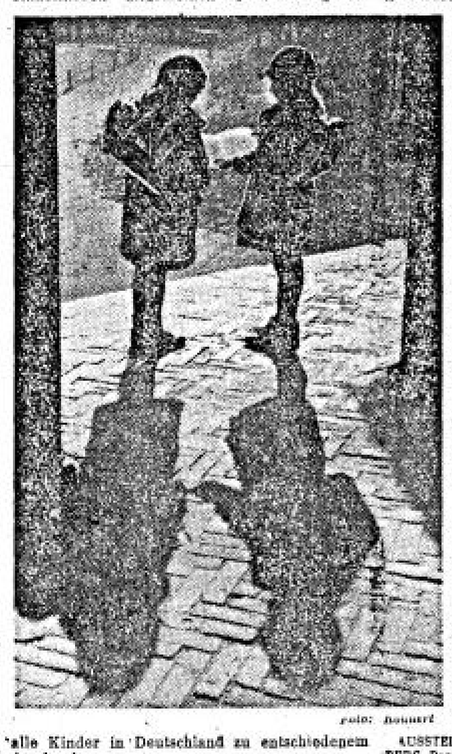


Foto: Bonnert

Auf die achtjährige Grundschule folgt nach den Plänen der Schulreform in der sowjetisch besetzten Zone die Mittelstufe des einheitlichen Schulsystems, und zwar gegliedert in die vierjährige Oberschule und die dreijährige Berufsschule. Die Differenzierung im Unterricht, die in den letzten beiden Jahresklassen der Grundschule bereits begann, setzt sich in der Oberschule fort. Diese wird dort, wo sie vollständig ausgebaut ist, vier Unterrichtszüge umfassen, zwischen denen der Schüler wählen muß, einen muttersprachlich-historischen, je einen altsprachlichen und neusprachlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen. In dieser Form der Aufgliederung findet der Gedanke der Ausbildung für bestimmte Berufsgruppen auch in der Oberschule seinen Ausdruck. Ein Grundbestand an Unterricht, der zur Allgemeinbildung erforderlich ist, wird aber allen Schülern gemeinsam sein. In der Berufsschule soll der Anteil der allgemein bildenden Unterrichtsfächer gegenüber dem reinen Fachunterricht vergrößert werden.

Der Weg zur Hochschule soll in der Sowjetzone künftig nicht nur über die Oberschule führen, sondern auch über die Berufs- oder Fachschule und über die Bewährung im Beruf selbst. Besondere Vorkurse verschiedener Art werden die dafür begabten Männer und Frauen, besonders aus der Masse der Werktätigen, deren allgemeine Schulbildung mit der achtjährigen Grundschule in der Hauptsache abgeschlossen war, zur Hochschulreife vorbereiten.

Wir müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß der hannoversche Schulplan in hohem Maße von reaktionären schulpolitischen Gedanken beeinflußt ist. Indem die Grundschule von neuem auf vier Jahre begrenzt ist, bleibt man dort auf dem Punkte stehen, der schon unter der Weimarer Republik erreicht war. Krasser treten die vorherrschenden Tendenzen des hannoverschen Planes in der Vorzugsstellung hervor, die dem altsprachlichen Gymnasium bei der Vorbereitung für das Hochschulstudium wieder eingeräumt wird. Diese Schulform soll der Absicht nach wieder das Privileg zur Vorbereitung zur Universität haben, ein Zustand, der seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts überwunden war. Indem der hannoversche Plan an dem konfessionellen oder christlich-simultanen Charakter der Grundschule festhält, bringt er die Eltern, die aus der Kirche ausgeschieden sind, in eine schwierige Lage. Da der bekenntnismäßige Charakter des Unterrichts sich ja nicht auf den Religionsunterricht beschränken soll, stellt er die Volksschule und mit ihr die Lehrerschaft unter die Kontrolle der Geistlichkeit und führt die Gefahr der Schulkämpfe wieder herauf, die unter der Weimarer Republik eine gründliche und umfassende Reform des deutschen Schulwesens nicht zustande kommen ließen.

In einem Punkte geht allerdings der hannoversche Plan über den bisherigen Zustand hinaus, aber in einer sehr bedenklichen Richtung. Die alte höhere Schule war zwar ihrem Wesen nach eine bürgerliche Einrichtung, aber als solche doch in sich geschlossen. Der hannoversche Plan will nun die bisherige Mittelschule, die im Schulaufbau doch nur einen bescheidenen Raum einnahm, zu einer besonderen Schulform für die mittleren Berufe ausgestalten. Wenn diese Absicht Wirklichkeit würde und sich auf ganz Deutschland ausdehnte, so hätten wir künftig im deutschen Volk drei verschiedene Bildungsschichten, die Masse, den Mittelstand und das höhere Bürgertum.

Wir sind aber überzeugt, daß sich diese Pläne überhaupt auf die Dauer nicht durchsetzen werden, daß vielmehr umgekehrt die in der sowjetischen Zone vertretenen Reformgedanken auch die übrigen Teile Deutschlands für sich gewinnen und damit die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens wiederherstellen werden. Sie entsprechen der Demokratisierung der Gesellschaft in unserem Lande und dem Bedürfnis nach innerer Vereinheitlichung unserer Jugenderziehung.

AUSSTELLUNG BILDENDE KUNST IM PRENZLAUER BERG. Das Künstlerkollektiv im Volksbildungsamt Prenzlauer Berg veranstaltet vom 12. Mai bis 31. Mai eine Ausstellung von Malerei und Graphik, die über den bezirklichen Rahmen hinausgeht. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 12. Mai um 10.30 Uhr im Metropol-Theater, Berlin N 58, Schönhauser Allee 123, eröffnet. Besuchszeit täglich von 11 Uhr ab bis zum Beginn der Vorstellungen.

Das war im Monat Mai

Ein zeitgemäßes Märchen

Die Geschichte, die ich euch erzählen will, ereignete sich nicht etwa am Ende der Welt, in fernen Landen, jenseits der silbernen Meere, wo die Urwälder rauschen und die reißenden Ströme brausen, nein, sie spielte sich in einem grünen, schönen Walde ganz in unserer Nähe ab.

Mitten in einem leuchtenden, blumenumsäumten Rasen stand dort eine Gruppe hoher Bäume. Schön waren sie, wenn auch keineswegs schöner als die anderen Bäume des Parkes. Derselbe gut gepflegte Boden nährte ihre weitauslaufenden Wurzeln. Dieselben Tautropfen glitzerten des morgens auf ihrem Laube — Kronen, Aeste und Zweige mit einem schimmernden Silbermantel umgebend. Dieselben Strahlen der aufgehenden Sonne küßten dann diesen Tau von den Blättern weg und verwandelten den Silbermantel in einen verschwenderisch leuchtenden Schleier. Zusammen mit den buntgefiederten, singenden Vöglein suchte auch die liebe Sonne gerne diese Baumgruppe auf, wie sie übrigens auch alle anderen gesunden Bäume des schönen Waldes reichlich mit ihrem Golde beschenkte.

Nur wenn die Strahlen der Sonne auf einen kranken, ausgehöhlten Baum trafen, wurde ihr Gold zu häßlichen braunen Flecken auf einem kahlen Stamm mit dürren Zweigen und morschen Wurzeln, denen selbst Mutter Erde ihre lebenspendenden Säfte versagte.

Und das böse Schicksal wollte es, daß sich solch ein Baum in unsere schöne Baumgruppe verirrte.

Statt einer herrlichen schattenspendenden Krone hing eine dunkle Strähne wirren Laubes über seinem Scheitel. Die Aeste waren unbeblättert. Nur zwei kleine Zweiglein waren noch von etwas Moos überzogen und sahen wie ein seltsam zugestutzter Schnurrbart aus. Wurzellos stand er mitten unter den herrlichen Bäumen da, nur mit deren Hilfe, sich aufrecht haltend.

Seine Nachbarn bemitleideten ihn und glaubten, der leiseste Wind könnte ihn schon heute oder morgen zu Boden werfen. Doch der hohle Baum machte sich nichts daraus. Im Gegenteil. Er hielt sich für etwas ganz Besonderes.

Gewiß, eine reichbelaubte Krone besaß er nicht, dafür sah er aber die Sonne unmittelbar, vom Laube unbehindert, während die anderen dichtbekronten Bäume ihre Gegenwart nur ahnten. Ihnen war die Sonne die Quelle ihres Lebens, die sie mit allen Zweigen und Blättern in sich aufnahmen. Er jedoch sah sie nur als eine weißglühende runde Scheibe auf vorgeschriebener Bahn an einem unendlich weiten Himmel ihre Kreise ziehen. Und er bildete sich noch etwas darauf ein, daß diese Bahn über ihn verlief, jawohl, senkrecht über ihn und über der Baumgruppe, zu der er sich eigenmächtig zählte.

„Schaut doch", sprach er zu seinen Nachbarn, „wie riesengroß der Himmel ist, und doch scheint die Sonne nur über uns, wohl deshalb, weil wir ihre Auserwählten sind. Wir sind die edelste Baumrasse, unsere Stammbäume wuchsen einst im Paradiese, unser Stück Rasen ist noch der Rest jenes alten verschwundenen Götterhaines. So laßt uns würdige Nachkommen jenes Baumgeschlechtes sein."

Nur die Sterne ärgerten ihn. Sie waren über den ganzen Himmel zerstreut und spendeten ihre goldene Lichtfülle allen Baumgruppen des Waldes ohne Unterschied:

„Darum sind sie ja so klein und mickrig! Und weil sie selbst nichts sind, wollen sie das Große nicht anerkennen. Für sie sind alle gleich. — Wir aber sind die Lieblinge der Sonne. Die Sonne, die selbst groß ist, würdigt nur das Große, darum zieht sie ihre Bahnen nur über uns."

Nichts ist bekanntlich verfänglicher als Lob aus fremdem Munde zu hören, und sei dieser Mund noch so gering. Wer auf dem Instrument der Eitelkeit spielt, wächst bald in den Augen seiner Zuhörer zum genialen Virtuosen. Viele Bäume fühlten sich geschmeichelt und schenkten um so williger ihr Ohr dem hohlen Redner, der überdies auch ihre Habgier reizte:

„Schaut", fuhr er fort, „wir sind die Auserwählten der Sonne, die Edlen. Alle Güter der Erde kommen von ihr, darum sind sie auch nur für uns da. Was wollen da die anderen Baumgruppen, von den Sträuchern und Gräsern ganz zu schweigen? Sie nehmen uns den Platz nur weg. Wir brauchen Raum zur Entfaltung des Edlen. Weg mit dem Gesindel! Wir dulden sie nicht in unserer Mitte. Höchstens gestehen wir ihnen das Recht zu, als Dung für uns zu dienen."

Mancher weise Baum schüttelte das Kronenhaupt. „Wo soll denn das nur hinführen?" Die meisten aber unterlagen den verführerischen Reden des hohlen Baumes, und so kam es, daß unsere Baumgruppe allen anderen Bäumen den Kampf ansagte.

Das friedliche Leben im schönen Walde war dahin. Ein unterirdischer Krieg der Wurzeln begann. Es wisperte und knisperte überall.

Ein junger, schmächtiger und verkrüppelter Sprößling unserer Baumgruppe, kaum aus den Windeln, unterstand sich sogar, alten, fest verwurzelten Bäumen aus anderen Gruppen den Platz streitig zu machen:

„Was habt ihr hier im schönen Walde zu suchen? Der Wind hat euren Samen nur zufällig zu uns verweht. Raus mit euch!"

Der hohle Baum schmunzelte nur so:

„Recht, mein Junge! Erst wenn diese Bäume zu Boden sind, werden wir den reichsten Segen genießen. Ihre toten Leiber werden unseren Boden doppelt bereichern, die Sonne wird nur uns, nur uns alleine scheinen. Das goldene Zeitalter wird anbrechen, das tausendjährige Reich ewiger kraftstrotzender Jugend, ewiger Macht! Auch das dumme Geschwätz von Liebe, Gleichheit und Frieden auf Erden wird verstummen. Friede auf Erden! Wie lächerlich! Kampf war die Parole unserer Ahnen im Götterhain. Krieger waren diese Heldengötter, ein kriegerisches Heldengeschlecht laßt auch uns werden!"

Und in der Tat, ein stiller, zäher und verbissener Krieg begann im Walde — Wurzel gegen Wurzel, Stamm gegen Stamm, Baumkrone gegen Baumkrone. Selbst das Unterholz, die Gräser und Sträucher wurden von diesem stillen Kampf erfaßt.

„Was geht in unserem Walde vor?" dachte besorgt die kleine Euridike, ein liebes, niedliches Mädchen, das in dem grünen, schönen Walde so gerne spielte. Sie kannte dort jeden Baum, jeden Strauch, jedes Blumenbeet. Sie alle waren ihre Lieblinge, ihre vertrauten Spielgenossen. Mit den Blumen lächelte sie zu den Schmetterlingen, mit dem grünen Rasen sog sie den Duft der Gräser ein, mit den hohen Stämmen sah sie zur goldenen Sonne hinauf — mit dem ganzen Walde sang sie das hohe Lied der Schöpfung und freute sich des Lebens. Und nun war alles auf einmal wie ausgewechselt.

Euridikes Sorge um ihren geliebten schönen Wald nahm täglich zu. Denn immer spürbarer wurde der anfangs noch stille zähe Krieg der Bäume.

Hier — verdächtiges Blätterrauschen, — da — dumpfes Knacken von Wurzeln, merkwürdiges Geflüster der Gräser, gebrochene Aeste, zerzauste Rosenblätter... Sie versuchte auf ihre kindliche Art zu helfen. Immer von neuem ordnete sie die Blumen auf den Beeten, immer von neuem verband sie geknickte Stengel, richtete sie die niedergetretenen Gräser auf... Doch der verbissene Kampf ging ohne Pause weiter.

Eines Tages, als sie gerade ihr Samariterwerk verrichtete, tauchte plötzlich eine gewaltige schwarze Wolke über dem Walde auf. Und gleich ging es los. Blitz auf Blitz, Donnerschlag auf Donnerschlag. Immer häufiger, immer heftiger. Bald war der ganze Himmel — ein einziger Brand, die ganze Erde — ein einziges Beben. Die rote Sonne verkroch sich vor Scham und Schreck hinter dem Horizont, aber die goldenen Sterne lösten sie diesmal nicht ab. Auch sie konnten das Elend nicht mit ansehen und versteckten sich hinter den Rauchwolken. Euridike rang die Hände. „O Gott, o Gott", rief sie in einem fort —, „was soll aus meinem Walde werden?"

Ratlos, fassungslos stand das schöne Kind mitten im tobenden Ungewitter und ahnte nicht, daß man schon längst ihre Schreckensrufe vernommen hatte.

Der gute Geist des Waldes, der Geist der Liebe, des Friedens und der Gleichheit wurde durch Euridikes verzweifelte Schreie wachgerüttelt und eilte nun ihr und ihrem schönen Walde zu Hilfe.

Schnell befahl er dem mächtigen Ostwind und den brausenden Westwinden zur Stelle zu sein und die wahnsinnig gewordene Baumgruppe zu gewinnen. Und nun ging erst recht der Teufel los. Der ganze Wald bebte und krachte, als hätte die Hölle alle bösen Geister auf ihn losgelassen. Denn diejenigen, die sich dem hohlen Baume verschworen hatten, wußten, was ihnen blüht, und kämpften mit jener Verbissenheit, zu der nur Teufel fähig sind. Doch schließlich konnten sie dem gemeinsamen Ansturm der mächtigen Winde nicht länger standhalten. Sie stürzten einer nach dem anderen zu Boden, noch in ihrem Tode Unheil weit um sich stiftend. Aber es half ihnen nichts. Die Winde siegten — und holten die liebe Sonne wieder zurück.

Und von neuem strahlt der Frühling über der Erde. Ein Mai geht durch die Lande, wie man ihn herrlicher zuvor nie sah, — ein Mai des Sieges des Guten, ein Mai der Freude und der Liebe. Freier schlagen die Amseln, freier rauschen die Bäche, freier strömen die Düfte des Flieders und der Maiglöckchen.

Und unsere Euridike heilt jetzt die Wunden ihres Waldes und rottet die letzten Spuren der wild gewordenen Bäume aus. Mit leuchtenden Augen verfolgt sie das Sprießen und Wachsen des neuen Lebens um sich. Jeder Baum, jeder Strauch, jedes Gräslein kann sich nun frei entfalten, kann den gleichen Segen der Erde und des Himmels genießen, saugt die gleichen Säfte des Bodens, die gleichen Strahlen der Sonne in sich ein, bereit, dafür zu kämpfen, daß der Albtraum vom hohlen Baume und seinen wüsten Gesellen sich nie mehr wiederhole.

Aus dem Musikleben

„Hoffmanns Erzählungen" umbesetzt

Karl August Neumann singt jetzt in Legals Hoffmann-Inszenierung die vier Baritonpartien an Stelle von Prohaska. Was ihm an stimmlichem Volumen fehlt, macht er mehr als wett durch die geistige Intensität, die seine Darstellung beherrscht. Seine Teufelsgestalten sind mehr als nur singende Opernbösewichte; sie bezwingen ihren Gegner mit der blanken Waffe des bösen Geistes, der nicht Gewalt braucht, sondern, einem Florettfechter vergleichbar, seine Treffer mit fast eleganter Ueberlegenheit anbringt. So wird bei Neumann nicht die Spiegelarie Gipfelpunkt, sein Doktor Mirakel vielmehr gesteigert mit einer derart beängstigenden Gewalt durch den dritten Akt, daß über Offenbachs Opernbezirke hinaus die phantastische Welt E. T. A. Hoffmanns als geistiges Zentrum sichtbar wird. Legals von der gleichen Intention geleitete Inszenierung feiert weiterhin Triumphe; dem Lobe des bereits bewährten Premieren-Ensembles braucht nichts hinzugefügt zu werden; Johannes Schüler ist nach wie vor musikalischer Spiritus rector und die Staatskapelle klingendes und schwingendes Fundament. — Nur die vor den drei Akten hinter wallenden Schleiern auftauchenden Großphotos von Streich-Olympia, Goerlich-Giulietta und Lemnitz-Antonia dünken uns fehl am Ort; Offenbach besorgt die jeweiligen Einleitungen ganz allein besser und kann des filmischen Vorspanns durchaus entraten. — hs.

Großer Tag der Berliner Staatsoper

Kaum je ein Symphoniekonzert der Berliner Staatsoper hat einen solchen Erfolg gefunden, wie der Abend unter Johannes Schüler, der sein Programm auf die Namen Stefan Stefanoff, Brahms und Tschaikowsky abgestimmt hatte. Wir verdanken diesem hervorragenden Dirigenten die Bekanntschaft mit dem als Uraufführung herausgebrachten Werke von Stefan Stefanoff, einem 1881 in Gabrowo geborenen Bulgaren, dessen musikalisch-geistiges Rüstzeug er seinen Lehrern Nowak, Komposition, und Nikisch, Dirigieren, verdankt. Sein hier zu Gehör gebrachtes „Bulgarisches Volkslied mit Variationen" schöpft seine stärksten Anregungen aus den volksverbundenen Klängen der Heimat des begabten Tondichters. Hier spiegelt sich der slawische Charakter der Musik in slawisch-melancholischen Stimmungen im Wechsel mit leidenschaftlichen Capricien wider. Das Werk in der hervorragenden Wiedergabe erlebte einen glänzenden Erfolg, für den der anwesende Komponist persönlich danken konnte.

Als Solistin spielte Janka Weinkauff das d-moll-Klavierkonzert von Brahms, ohne jedoch weder im Technischen noch in der Verinnerlichung die große tragische Linie nachzeichnen zu können.

Der Abend fand seine Krönung mit dem letzten symphonischen Werk des großen Russen Tschaikowsky, der, seinen Tod vorahnend, noch einmal alles, was in seiner Seele schlummerte, wachrief und sowohl Leidenschaft, Schwung, Weihe in ein ewiges Strömen bannte, das nicht einmal in der Totenklage des letzten Satzes übertönt werden konnte. Wenn Johannes Schüler, der ausgezeichnete Dirigent der Staatsoper, schon in den vorhergehenden Werken ganz groß war, so wuchs er in dieser Symphonie noch über sich hinaus. Wir können uns nicht erinnern, diese geniale Komposition jemals so vollendet gehört zu haben, wie unter Schüler und dem herrlichen Orchester der Berliner Staatsoper. B—s

★

PROFESSOR HANS MAHLKE gibt am Sonntag, dem 19. Mai, um 10.30 Uhr in der Film-Bühne Wien, Kurfürstendamm 26, ein Konzert mit dem Symphonie-Orchester Berlin. Solist ist Rudolf Schulz (Violine). Programm: K. M. von Weber, Freischütz-Ouvertüre, H. Wieniawsky, Violin-Konzert d-moll, J. Brahms, Symphonie Nr. 1 c-moll. Karten an der Kasse der Film-Bühne Wien, Kurfürstendamm 26, und den angeschlossenen Theaterkassen.

Drei Berliner — ein Jahr später

Ein Lokalbericht von Fritz Wanderer

Als alles vollbracht war, und sich die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in Berlin mit den Schritten eines sowjetischen Leutnants ankündigte, der die Treppen eines Bunkers hinabschritt, um die schwere Eisentür zur Gas-Schleuse zu öffnen, erhob sich der Magistratsbeamte Dr. W. mit einer müden Geste und fragte in die Stickluft des überfüllten Bunkers: „Braucht jemand Rasierklingen?" Es antworteten nur zwei: seine Frau und seine Tochter. Heute, ein Jahr später, leben sie immer noch. Die Sieger waren großmütig und der Dr. W., seine Frau und Tochter legten die Rasierklingen wieder beiseite.

„Dieser Mann", berichtet Frau Else F., „wollte mich am Tage vorher noch an einen Baum binden lassen. Bisweilen sehe ich ihn auf der Straße. Aber er ist kein Mann mehr, nur ein Häufchen Unglück." Kein Lokalreporter hat es je unternommen,

die letzte Einkaufsstunde einer Berliner Hausfrau

aus den Tagen des Zusammenbruches zu beschreiben. So mögen die ungeschminkten Worte der Frau F. diesen nie geschriebenen Bericht ersetzen: „Als der letzte Fliegeralarm über die Dächer Berlins heulte, dem nie mehr eine Entwarnung folgte, strömten die Mütter mit ihren Kindern mit ein paar dürftigen Habseligkeiten in die Bunker und Keller. Sie ahnten in dieser Stunde nicht, daß viele von ihnen acht Tage lang keinen Sonnenstrahl mehr sehen sollten. Als die Brüste der Mütter versiegten, begannen die Säuglinge elend zu schreien. Als keine Krume Brot mehr da war, weinten auch die Sechsjährigen. Als die letzte Handvoll Haferflocken aufgezehrt war, bekamen die Zwölfjährigen die Augen verhungerter Wölfe. Und keine Kanne Wasser, um den quälenden Durst zu stillen."

Unbekannte Mutter mit Säugling

Frau F. erzählt jetzt von einem Marsch ohnegleichen: „Müttern schneidet es ins Herz, wenn ihre Kinder hungern. So stand die erste auf und ging hinaus, um irgendwo eine Tasse Milch aufzutreiben. Damit der Säugling, der schon blau war vom Schreien, endlich schwieg. Aber diese Frau kam nie wieder. Draußen tobte die Orgie der Straßenschlacht. Als sie an den Häuserwänden entlang von Flur zu Flur sprang, quoll plötzlich aus einem U-Bahnschacht ein letzter Haufe deutscher Soldaten, die irgendwo eine Straßenecke halten sollten. Maschinengewehrgarben fegten über die Straße. So sank eine unbekannte Mutter, die ihren Säugling hatte stillen wollen, leblos zusammen. Wir fanden sie später. So ging eine nach der anderen in den Tod."

„Und warum wollte Sie der Mann mit den Rasierklingen an den Baum knüpfen lassen?" kamen wir noch einmal auf den Dr. W. zurück. „Ich hatte meiner Erregung über den Skandal der „Eisernen Portionen" Luft gemacht. Die Händler benahmen sich wie alberne Tröpfe. Als die Dächer bereits brannten, weigerten sie sich zu verkaufen, weil sie nicht wußten, auf welchen Abschnitt und wie die Abrechnung sein sollte. Da kam dieser Mann und verlangte von uns Frauen, die nichts wollten als eine Handvoll Mehl für unsere Kinder, daß wir uns in Reih' und Glied anstellen sollten. Mitten im schwersten Granatfeuer, wo schon die Mauern um uns barsten. Sie kannten eben nur Reih' und Glied. Als ich schimpfte, wollte er mich hängen lassen. Aber es war wohl das letzte, was er zu sagen hatte."

In die U-Bahn-Schächte getrieben . . .

So lebten Berlins Frauen vor einem Jahr: Glücklich, wer einen Kamm hatte, um sich schnell das Haar zu glätten — seit acht Tagen hatte sich niemand mehr gewaschen — reich, wer eine Kiste zum Schlafen erwischt hatte, die anderen standen acht Tage lang auf den Beinen, „aber erzählt Frau F., „dann stieg im Tiefbunker des Alexanderplatzes Stunde um Stunde das Grundwasser. Dann kamen sie und ließen den Bunker räumen. Wie Herden verängstigter Tiere wurden Frauen und Kinder in die U-Bahnschächte getrieben. Etliche überkam eine Ahnung des Todes und sie stiegen hinauf. Sie hatten Glück, oben war die Schlacht vorüber. Die anderen jedoch, die bis zuletzt im großen S-Bahnschacht der Nord-Süd-Bahn ausharrten, kamen nicht mehr zurück. Als die Fluten der Spree in die S-Bahn brachen, ertranken sie.

„Ich werde Tomaten pflanzen"

Ich war auch vorher schon in meine Wohnung gegangen. Das Leben war wieder ganz einfach geworden: Ich hatte etwas Holz gesammelt und auf einer Schutthalde die ersten jungen Brennesseln gepflückt. Ich machte Feuer im Herd und kochte meinen Kindern eine Brennesselsuppe. Als einige Tage später die Ueberlebenden der Bunker zurückkamen, sehen sie aus wie lebende Leichname. Fahl, fast grün im Gesicht, verhungert, und mit Augen, die das Grauen spiegeln." „Was treiben Sie heute?" fragten wir Frau F. Sie lachte: „Ich werde Tomaten pflanzen. Und den Erbsen mit Reisig einen Halt geben." Dazu duftete betörend ein Strauß Flieder. Der Mai 1945 lag für Frau F. fern, ganz fern. Aber unvergessen.

General Weidling kommt aus dem Bunker zur Kapitulation. (Aus dem sowjetischen Dokumentarfilm „Berlin".) Foto: Archiv ND.

Ein Arbeiter kam in den Bunker

In jenen Tagen kam ein Arbeiter in den Bunker. Er hatte sich für ein paar Stunden von seinem Werk weggestohlen und suchte verzweifelt seine Frau. Es war der Maschinenschlosser R. aus Siemensstadt. Da er seine Adresse bei der Frau F. hinterlassen hatte, konnten wir ihn jetzt aufsuchen. Er erzählt:

„Am 20. April 1945 wurde in Berlin die Verkehrsstufe III angeordnet. Die Stufe II hat es nie gegeben, am Mittwoch vorher war Stufe I angeordnet worden, die zweite Stufe hatte man einfach übersprungen. Stufe III bedeutete die fast völlige Stillegung der Verkehrsmittel. Nur noch das notwendigste Personal kam mit besonderen Karten in die Betriebe. Auf den S-Bahnhöfen gab es wüste Szenen, da man die Anordnung der Stufe III geheimgehalten hatte und die meisten Berliner gar nichts davon wußten. Die Kopflosigkeit begann. Bis auf die wenigen Stunden, da ich meine Frau suchte, sollte ich von jenem Freitag ab den Betrieb bis Mitte Mai nicht mehr verlassen. Ich wurde der Gefangene von Siemens."

Am folgenden Sonnabend wurde für Berlin die höchste Alarmstufe ausgegeben. Die russischen Vorausgruppen hatten den Stadtrand bei Frohnau erreicht. In dieser Stunde starb die Siemensstadt. Zwei Jahre hatten an der Hundertjahrfeier gefehlt, als der alte Wilhelm Siemens 1847 in der Schöneberger Straße 18 seine Telegraphenbau-Werkstatt eröffnet hatte. Nur ein paar Luftschutzgruppen blieben im Werk. Die übrige Belegschaft wurde nach Hause geschickt. Kein Motor lief mehr.

„Waldkater" in der Jungfernheide

Es blieb noch ruhig bis Dienstag. Ich weiß nicht, ob Sie den „Waldkater" in der Jungfernheide kennen." Ich bejahte. Ich kannte diese alte Kneipe am Wege von Tegel nach Spandau, die früher große Tage um die Jahrhundertwende gesehen hatte. „Von diesem Waldkater her kam eine Polizeiabteilung in Siemensstadt an. Sie hatte ein Gefecht mit einer sowjetischen Panzergruppe gehabt. Die Panzer waren durchgebrochen. Die Polizisten waren müde und ausgebrannt. An diesem Dienstag nun legte sich das erste Artilleriefeuer auf Siemensstadt. Es kam von Tegel herüber. Die Siedlung am Kanal nach Spandau brannte. Bei Fürstenbrunn lag die letzte deutsche Artilleriestellung. Sie war das Ziel von Luftangriffen. Wir gingen wieder in die Keller, während über uns die Schlacht entbrannte.

Der letzte deutsche Luftangriff

Auf dem Damm der Stichbahn nach Gartenfeld lag ein Zug deutscher Soldaten. Sie befanden sich bald auf einer Insel, denn rings um die Siemensstadt hatte man alle Brücken gesprengt; nur eine war übersehen worden, die nach Charlottenburg. Es war zwecklos gewesen, noch am Dienstag setzten die ersten sowjetischen Panzer über den Spandauer Kanal; in ein paar Stunden hatten sie an Stelle der gesprengten Hinkeldey-Brücke eine Notbrücke geschlagen. Sie zogen sofort Artillerie nach, um die Widerstandsnester im Westen Berlins niederkämpfen zu können. Nun waren wir mitten drin: **Der letzte deutsche Luftangriff, den Berlin erlebte, galt dieser vorgezogenen Artilleriestellung in Siemensstadt.** Es war sehr schwer. In der Mitternachtsstunde des Mittwoch endlich schlug unsere Erlösung: Ein russisches Kommando nahm das Verwaltungsgebäude des Siemenskonzern in Besitz.

Weiße Armbinden

Wir wurden zusammengerufen und ein Sowjetoffizier hielt eine Ansprache. Wir bekamen weiße Armbinden und ich wurde einem Arbeitstrupp zugeteilt. Das Verwaltungsgebäude wurde zu einem Lazarett eingerichtet. Ich war Krankenpfleger, Kartoffelschäler, Mädchen für alles. Es war ein großes Kommen und Gehen. Am 30. April kam ich das erstemal auf die Straße. Wir mußten aus dem Schering-Haus am Bahnhof Jungfernheide Medikamente holen. Charlottenburg brannte. Tote lagen am Straßenrand. Durch dieses Bild der Zerstörung rollten ununterbrochen Panzer, LKWs und Kübelwagen der Sowjets. Dann folgte ein fast endloser Zug deutscher Kriegsgefangener. Sie marschierten in Achterreihen zu einem Sammellager: Luftwaffe, Heer, Polizei, Flakhelfer und Volkssturm. Die Reste einer geschlagenen Armee."

„Wie lange waren Sie bei Siemens tätig?" — „Damals 20 Jahre." — „Nun war alles vorbei. Erinnern Sie sich noch an Ihre Gedanken aus jenen Tagen?" — „Wir dachten eigentlich gar nicht mehr," berichtet der Maschinenschlosser R. „Wenn wir morgens erwachten, waren wir zufrieden, daß wir lebten.

Wir schaffen wieder!

Das ging so 14 Tage lang. Dann kamen wir wieder zur Besinnung. Am 16. Mai 1945 gaben wir die Nachricht aus: Siemens startet wieder. Noch am gleichen Tage meldeten sich die ersten, um sich in die Liste der Aufbaupioniere einzuzeichnen, die wir ausgelegt hatten."

„Und heute?" — „Wir schaffen wieder!" erklärt strahlend der Maschinenschlosser R., der uns den Bericht vom Ende der alten Siemensstadt gab, und der sich nicht von der Verzweiflung übermannen ließ, sondern am 16. Mai 1945 seinen Hammer nahm und wieder anfing.

Eine Büchse mit Leberwurst

Dies ist der Bericht über eine Wiese, eine kleine Tegeler Wiese, und sein Hauptakteur ist ein munterer zwölfjähriger Junge. „Wissen Sie was, bei der Brachlandaktion hat ein Siedler sechs Büchsen mit Leberwurst ausgebuddelt!" Wie ein Lauffeuer hat er diese für sein kleines Erleben tolle Nachricht unter seinen Spielkameraden verbreitet. „Wie kam denn die Leberwurst dahin?" erkundigten wir uns. Nun erzählt der kleine Junge die Geschichte dieser Wiese vom Mai 1945. „Hier waren Schützengräben. Ich selber habe sie noch mit schippen müssen. Als sie besetzt wurden, nur für einen Tag, da hat wahrscheinlich ein Soldat die Wurstbüchsen neben sich gestellt. Dann konnte er sie nicht mehr mitnehmen. Als ich halbverhungert nach vier Tagen aus dem Keller kam, sah es schrecklich auf der Wiese aus. Ueberall lagen tote Soldaten. Vor unserem Haus lag ein schwerverwundeter Deutscher. Er weinte. Er sagte, nun sei er von Stalingrad bis Tegel marschiert. In Mariendorf sei er zu Hause. Nur noch 20 Kilometer. Ihm war ein großes Stück Fleisch aus dem Oberschenkel gerissen. Da wir ihn nicht verbinden konnten, starb er. Wir haben ihn und die anderen dann auf der Promenade begraben. Ich ging zu den Schützengräben, die jetzt verlassen waren. Sie waren übersät mit Naziuniformen, Munition, Gasmasken und Pistolen. Die Nazis hatten alles weggeworfen. Als ich nach Hause kam, schimpfte meine Mutter mit meiner kleinen Schwester. Sie hatte auf der Straße Parteiabzeichen der Nazis gesammelt. ‚Wirst du mal die verfluchten Bonbons wieder wegwerfen!' sagte meine Mutter."

Und nun blüht der Frühling

„Was machst du heute?" fragten wir den Jungen. „Ich lerne. Gestern hatte ich in meinem Aufsatz über Grammatik nur einen Fehler. Dazu Schrift ‚2', Gesamturteil ‚II'. Da habe ich mich sehr gefreut." Dann gingen wir mit ihm noch ein Stück Weg gemeinsam. Sich verschwendend, blühte der Frühling. Sicher wird der kleine Junge das trübe Gesicht von dem Sterbenden, der Mariendorf nicht mehr erreichte, vergessen. Und all die anderen Toten, die im Mai 1945 aufgedunsen auf der Wiese lagen, dazu. Er wird fleißig lernen und ein tüchtiger Mann werden.

Frauen mit der Maurerkelle beim Wiederaufbau Berlins Foto: Cürlis

Ein Jahr Arbeit am Recht

Von Rechtsanwalt Dr. H. Würzburg

Als vor Jahresfrist durch den Sieg der Alliierten der Weg der Rückkehr zu rechtsstaatlichen Methoden für das deutsche Volk wieder freigelegt wurde, ergaben sich für die praktische Arbeit der Wiederaufrichtung eines deutschen Rechtslebens, insbesondere einer demokratischen, die Interessen des schaffenden Volkes vertretenden Rechtspflege, unvorstellbare Schwierigkeiten. Die Hinterlassenschaft des Hitlerregimes war auch auf diesem Gebiete des öffentlichen Lebens grauenvoll. Der geistige Schutt war nicht geringer als der äußere Schutt zerstörter Städte. Er äußerte sich in Gestalt von Rechtsscheu, Furchtsamkeit und Mißtrauen, in Gestalt von Kadavergehorsam gegenüber allem, was Obrigkeit heißt oder sich obrigkeitliche Befugnisse anmaßt, in Gestalt von subalterner Gesinnung, von Mißachtung des Rechts und Denkfaulheit. Hier ergaben sich für den Wiederaufbau die denkbar schwierigsten Aufgaben. Das Problem war ein dreifaches: ein sachliches, ein personelles, ein gesinnungsmäßiges.

Das sachliche Problem lag darin, daß zunächst niemand wußte, welche Gesetze von den vorhandenen als Bausteine beim Aufbau zu verwenden waren. Die Nazis hatten das deutsche Volk zwar in steigendem Maße ohne Recht regiert, aber doch nicht ohne Gesetze. Im Gegenteil. Die Jahrgänge des Reichsgesetzblattes waren seit 1933 zu immer aufdringlicherer Dickleibigkeit angeschwollen. Sollte man alles, was seit 1933 an Gesetzen verkündet war, in Bausch und Bogen verwerfen? Sollte man nur das gelten lassen, was vordem bestanden hatte?

Das personelle Problem war die Besetzung der Richter- und Staatsanwaltsstellen mit einwandfreien antifaschistischen Persönlichkeiten. Ein beschämend hoher Prozentsatz der deutschen Richter und Staatsanwälte hatte sich zu Hitler und seinem System der Rechtlosigkeit bekannt. Ihre Wiederverwendung verbot sich von selbst.

Auf gesinnungsmäßigem Gebiete lag das Problem darin, daß das Hitlerregime mit seinem System von Volksgerichtshof und Sondergerichten eine unüberbrückbar erscheinende Kluft zwischen Volk und Justiz aufgerissen hatte. Der Mann aus dem Volk wollte von dem gelehrten Richter, der sich so bedenkenlos hinter Hitler gestellt hatte, nichts mehr wissen. Er blickte auf Justiz und Rechtsleben mit unverhohlenem Mißtrauen.

Fragen wir uns heute, nach Ablauf eines Jahres, was inzwischen zur Wiederaufrichtung der Idee des Rechts im deutschen Volke geleistet worden ist, so müssen wir feststellen, daß in allen drei geschilderten Richtungen ein ermutigender Anfang gemacht worden ist. Vieles ist erreicht, was vor einem Jahr noch unvorstellbar erschien, wenngleich längst nicht alle Wünsche erfüllt worden sind.

Auf materiellem Gebiete hat der Alliierte Kontrollrat die Justizhoheit mit fester Hand ausgeübt und durch Schaffung einer großen Zahl grundlegender Gesetze dem deutschen Volk in diesem kritischen Jahr der Ueberleitung vom Krieg zum Frieden wieder sicheren Boden unter seinen Füßen gegeben. Durch eine erste Verordnung des Alliierten Kontrollrats vom 20. 9. 45 wurden zunächst einmal die Grundgesetze des Hitlerregimes aufgehoben. Alsdann wurden durch die Proklamation Nr. 3 vom 20. 10. 45 die Grundsätze einer demokratischen Rechtspflege mit dem Postulat der Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Unabhängigkeit der Gerichte verkündet.

Nach gewissen Uebergangsmaßnahmen während des Sommers 1945 wurde das deutsche Gerichtswesen in seiner alten Verfassung aus der Zeit vor 1933 mit dem dreigliedrigen Aufbau (Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht) wiederhergestellt. Für die sowjetische Besatzungszone wurde eine Zentralverwaltung Justiz geschaffen, von der aus Gesetzgebung und Rechtspflege in dieser Zone einheitlich gelenkt wird. Im übrigen erließ der Kontrollrat in schneller Folge bisher 25 Gesetze von größter Tragweite, die heute die Grundlagen der Rechtsprechung der deutschen Gerichte bilden. Als die wichtigsten seien hervorgehoben: das Gesetz über die Kriegsverbrecher, das Gesetz über die Säuberung des Strafrechts, die Steuergesetze, das neue Ehegesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Betriebsrätegesetz.

Auf personellem Gebiete ließ sich zwar eine Ueberalterung des Richterstandes nicht vermeiden. Es ist klar, daß mit Richtern von 60 bis 70 Jahren auf die Dauer eine demokratische Rechtspflege, die zur Ueberwindung des allerorten noch schlummernden Gedankengutes der Nazizeit gewisse revolutionäre Impulse dringend nötig hat, nicht aufgebaut werden kann. Deswegen war es begrüßenswert, daß im Anfang zur Bildung der neuen Gerichte bisweilen Personen herangezogen wurden, die auf Grund ihrer bisherigen Verbundenheit mit der Rechtspflege für einen Richterposten in Frage kamen, ohne daß sie die große juristische Staatsprüfung abgelegt hatten. In der gleichen Weise ist man dazu übergegangen, Staatsanwaltposten mit derartigen Persönlichkeiten zu besetzen. Bei dem neuen Arbeitsgericht ist im Gesetz ausdrücklich gesagt, daß die Vorsitzenden keine Fachjuristen zu sein brauchen. Darüber hinaus hat man in der sowjetischen Besatzungszone sechsmonatige Ausbildungskurse für Volksrichter eingerichtet, um bei dem gegenwärtigen großen Mangel an Richtern gewisse Posten schon jetzt, ohne unnötige Zeit zu verlieren, mit geeigneten Laienrichtern besetzen zu können.

Schließlich läßt sich schon jetzt feststellen, daß die neue Justiz auf dem besten Wege ist, das Vertrauen der breiten Massen des Volkes zurückzugewinnen. Wenn es darüber hinaus gelingt, im Volke ein neues Rechtsdenken wachzurufen, dann ist die Entwicklung des neuen Deutschlands zu einem wahren Rechtsstaat gesichert.

Bauernfänger am Werk

Die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone teilt uns mit:

Kürzlich auftauchende Klagen von Bodenbewerbern veranlaßten uns, Nachforschungen nach angeblichen Nachweisstellen für Siedlungsbewerber anzustellen.

Dunkelmänner sind am Werk. Ihre Nebengeschäfte anläßlich der Bodenreform zu tätigen, indem sie Siedlungslustigen die Nachweisung einer Siedlerstelle versprechen. Für Unkosten und Bemühungen lassen sie sich, je nach Lage der Dinge, Lebens- und Genußmittel, bzw. Kleidung oder Geld, geben.

Wir bitten Bodenbewerber, denen eine derartige Zumutung gestellt wird, die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Berlin W 8, Karlstraße 29, zu benachrichtigen, damit den Schwindlern, die im Trüben fischen wollen, das Handwerk gelegt wird.

Unterm Birnbaum

von Theodor Fontane

(13. Fortsetzung)

Und wirklich, Line trat infolge dieser Aufforderung an den Gendarmen heran und sagte, tief aufatmend, wie wenn sie mit einer plötzlichen und mächtigen Sinnenerregung zu kämpfen hätte: „Laß nu, Mutter Jeschke. Herr Geelhaar wird schon wissen, was er zu tun hat. Und wir werden es auch wissen. Das versteht sich doch von selbst. Nicht wahr, Herr Geelhaar?"

Dieser nickte zutraulich und sagte mit plötzlich verändertem und wieder freundlicher werdendem Tone: „Werde schon machen, Mamsell Line. Schulze Woytasch läßt ja, Gott sei Dank, mit sich reden und Vowinkel auch. Hauptsach is, daß wir den Fuchs überhaupt ins Eisen kriegen. Un is dann am Ende gleich, wann wir ihn haben, und ob ihm der Balg heut oder morgen abgezogen wird."

Elftes Kapitel

Vierundzwanzig Stunden später kam — und zwar auf die Meldung hin, die Geelhaar, gleich nach seinem Gespräche mit der Jeschke, bei der Behörde gemacht hatte — von Küstrin her ein offener Wagen, in dem außer dem Kutscher der Justizrat und Hradscheck saßen. Die Luft ging scharf und die Sonne blendete, weshalb Vowinkel, um sich gegen beides zu schützen, seinen Mantel aufgeklappt, der Kutscher aber seinen Kopf bis an die Nas' und Ohren in den Pelzkragen hineingezogen hatte. Nur Hradscheck saß frei da, Luft und Licht, deren er seit länger als vier Wochen entbehrt hatte, begierig einsaugend. Der Wagen fuhr auf die Dammhöhe, von der aus sich das untenliegende Dorf bequem überblicken und beinah jedes Haus in aller Deutlichkeit erkennen ließ. Daß da, mit dem schwarzen, teergestrichenen Gebälk, war das Schulhaus, und das gelbe, mit dem gläsernen Aussichtsturm, mußte Kunickes sein, Kunickes „Villa", wie die Tschechiner es spöttisch nannten. Das niedrige, grad gegenüber aber, das war seins, das sah er an dem Birnbaum, dessen schwarzes Gezweig über die mit Schnee bedeckte Dachfläche wegragte. Vowinkel bemerkte wohl, wie Hradscheck sich unwillkürlich auf seinem Sitz erhob, aber nichts von Besorgnis drückte sich in seinen Mienen und Bewegungen aus, sondern nur Freude, seine Heimstätte wiederzusehen.

Im Dorfe selbst schien man der Ankunft des justizrätlichen Wagens schon entgegengesehen zu haben. Auf dem Vorplatz der Igelschen Brett- und Schneidemühle, die man, wenn man von der Küstriner Seite her kam, als erstes Gehöft zu passieren hatte (gerade so wie das Ortlische nach der Frankfurter Seite hin), stand der alte Brett- und Schneidemüller und fegte mit einem kurzen, storrigen Besen den Schnee von der obersten Bretterlage fort, anscheinend aufs eifrigste mit dieser seiner Arbeit beschäftigt, in Wahrheit aber nur begierig, den herankommenden Hradscheck eher als irgendein anderer im Dorf gesehen zu haben. Denn Schneidemüller Igel, oder der „Schneidigel", wie man ihn kurzweg und in der Regel mit absichtlich undeutlicher Aussprache nannte, war ein Topfgucker. Aber so topfgurkrig er war, so stolz und hochmütig war er auch, und so wandte er sich in demselben Augenblicke, wo der Wagen an ihm vorüberfuhr, rasch wieder auf sein Haus zu, bloß um nicht grüßen zu müssen. Hier nahm er, um seine Neugier, deren er sich schämen mochte, vor niemandem zu verraten, Hut und Stock mit besonderer Langsamkeit vom Riegel und folgte dann dem Wagen, den er übrigens bald danach schon vor dem Hradscheckschen Hause vorfahren sah.

Frau Hradscheck war nicht da. Statt ihrer übernahm es Kunicke, den sie darum gebeten haben mochte, den Wirt und sozusagen die Honneurs des Hauses zu machen. Er führte dann auch den Justizrat vom Flur her in den Laden und von diesem in die dahinter befindliche Weinstube, wo man einen Imbiß bereitgestellt hatte. Vowinkel nahm aber, unter vorläufiger freundlicher Ablehnung, nur ein kleines Glas Portwein und trat dann in den Garten hinaus, wo sich bereits alles, was zur Dorfobrigkeit gehörte, versammelt hatte: Schulze Woytasch, Gendarm Geelhaar, Nachtwächter Mewissen und drei bäuerliche Gerichtsmänner. Geelhaar, der zur Feier des Tages seinen Staatstschako mit dem armlangen schwarzen Lampenputzer aufgesetzt hatte, ragte mit Hilfe dieser Paradezutaten um fast drei Haupteslängen über den Rest aller Anwesenden hinaus. Das war der innere Zirkel. Im weiteren Umkreis aber standen die, die bloß aus Neugier sich eingefunden hatten, darunter der schon stark gefrühstückte Kantorsohn und Dorfdichter, während einige zwanzig eben aus der Schule herangekommene Jungens mit ihren Klappantinen auf das Kegelhaus geklettert waren, um von hier aus Zeuge zu sein, was wohl bei der Sache herauskommen würde. Vorläufig indes begnügten sie sich damit, Schneebälle zu machen, mit denen sie nach den großen und kleinen Mädchen warfen, die hinter dem Gartenzaun der alten Jeschke standen. Alles plapperte, lachte, reckte den Hals, und wäre nicht Hradscheck selbst gewesen, der, die Blicke seiner alten Freunde vermeidend, ernst und schweigend vor sich hinsah, so hätte man glauben können, es sei Kirmes oder eine winterliche Jahrmarktsszene.

Die Gerichtsmänner flüsterten und steckten die Köpfe zusammen, während Woytasch und Geelhaar sich umsahen. Es schien noch etwas zu fehlen, was auch zutraf. Als aber bald danach der alte Totengräber Wonnekamp mit noch zwei von seinen Leuten erschien, rückte man näher an den Birnbaum heran und begann den Schnee, der hier lag, fortzuschippen. Das ging leicht genug, bis statt des Schnees die gefrorene Erde kam, wo nun die Pickaxt aushelfen mußte. Der Frost indessen war nicht tief in die Erde gedrungen, und so konnte man den Spaten nicht nur bald wieder zur Hand nehmen, sondern kam auch rascher vorwärts, als man anfangs gehofft hatte. Die herausgeworfenen Schollen und Lehmstücke wurden immer größer, je weicher der Boden wurde, bis mit einem Male der alte Totengräber einem der Arbeiter in den Arm fiel und mit der seinem Stande zuständigen Ruhe sagte:

„Nu giw mi mool; nu kümmt wat." Dabei nahm er ihm das Grabscheit ohne weiteres aus der Hand und fing selber an zu graben. Aber ersichtlich mit großer Vorsicht. Alles drängte vor und wollte sehen. Und siehe da, nicht lange, so war ein Toter aufgedeckt, der zum großen Teil noch in Kleiderresten steckte. Die Bewegung wuchs, und aller Augen richteten sich auf Hradscheck, der, nach wie vor, vor sich hinsah und nur dann und wann einen scheuen Seitenblick in die Grube tat.

„Nue hebben se'n", lief ein Gemurmel den Gartenzaun entlang, unklar lassend, ob man Hradscheck oder den Toten meine; die Jungens auf dem Kegelhäuschen aber reckten ihre Hälse noch mehr als vorher, trotzdem sie weder nah noch hoch genug standen, um irgend was sehn zu können.

Eine Pause trat ein. Dann nahm der Justizrat des Angeklagten Arm und sagte, während er ihn dicht an die Grube führte: „Nun Hradscheck, was sagen Sie?"

Dieser verzog keine Miene, faltete die Hände wie zum Gebet und sagte dann fest und feierlich: „Ich sage, daß dieser Tote meine Unschuld bezeugen wird."

Und während er so sprach, sah er zu dem alten Totengräber hinüber, der den Blick auch verstand und, ohne weitere Fragen abzuwarten, geschäftsmäßig sagte: „Ja, der hier liegt, liegt hier schon lang. Ich denke zwanzig Jahre. Und der Polsche, der es sein soll, is noch keine zehn Wochen tot."

Und siehe da, kaum, daß diese Worte gesprochen waren, so war ihr Inhalt auch schon bewiesen, und jeder schämte sich, so wenig kaltes Blut und so wenig Umsicht und Ueberlegung gehabt zu haben. In einem gewissen Entdeckungseifer waren alle wie blind gewesen und hatten ungeachtet gelassen, daß ein Schädel, um ein richtiger Schädel zu werden, auch sein Stück Zeit verlangt und daß die Toten ihre Verschiedenheiten und ihre Grade haben, gerade so gut wie die Lebendigen.

Am verlegensten war der Justizrat. Aber er sammelte sich rasch und sagte: „Totengräber Wonnekamp hat recht. Das ist nicht der Tote, den wir suchen. Und wenn er zwanzig Jahre in der Erde liegt, was ich keinen Augenblick bezweifle, so kann Hradscheck an diesem Toten keine Schuld haben. Und kann auch von einer früheren Schuld keine Rede sein. Denn Hradscheck ist erst im zehnten Jahr in diesem Dorf. Das alles ist jetzt erwiesen. *Forts. folgt*

Kulturnotizen

800 Kalorien bei Viktor de Kowa

Das Maiprogramm des Renaissance-Theaters konnte trotz des verlockenden Hinweises auf den Wonnemonat das Herz des Publikums nur wenig erwärmen. Wer geglaubt hatte, in Michi Tanaka einer entzückenden kleinen Butterfly unter Maiblüten und Lampions zu begegnen, sah sich bitter enttäuscht einer äußerst mondänen Chansonsängerin internationalen Charakters gegenüber, wie sie alle Hafenstädte der Welt, ob sie nun Schanghai, Frisco oder Hamburg heißen, aufzuweisen haben. Warum begibt sich Michi Tanaka durch diese „Europäisierung" ihres größten Reizes? Sabine Reß' nicht sehr originelle Tanzschöpfungen entbehren trotz sehr schöner Kostüme durch ihre übertriebene „Stummfilm-Musik", die auch der Dümmste unter den Zuschauern begreifen mußte, all jener schwerelosen Leichtigkeit, Beschwingtheit und Anmut, die erst das wahre Ballett ausmachen.

Helmut Zacharias bewies mit seinem virtuos vorgetragenen Violinsolo von Hubay, daß er es gar nicht nötig hat, „seine" (sprich Jazz-)Musik am laufenden Band zu fabrizieren.

Der die einzelnen Darbietungen ansagende Franz Otto Krüger, der ohne Zweifel das Rüstzeug für einen guten politischen Ironiker mitbringt, wie einige schüchterne Ansätze bewiesen, versank mit seinen „7 Schleiern der Salome" in hoffnungslose Albernheit. Wahrscheinlich schätzte er das Kurfürstendammpublikum nicht höher ein.

Alles in allem ein in seiner Zusammenstellung etwas ermüdendes Programm, das mit „Mai" wenig und mit „wunderschön" schon gar nichts zu tun hat. Viktor de Kowa hat es sich wieder einmal sehr leicht gemacht; wahrscheinlich fürchtet er, bessere Kost könnte unserem bereits geschwächten Magen nicht mehr bekommen.

H. B.

★

SIEGESFEIER IN MOSKAU. Die besten Vertreter der Volkskunst der UdSSR werden am 9. Mai in Moskau zusammenkommen, um auf Einladung des unter dem Protektorat des Ministerpräsidenten stehenden Ausschusses der Künste an den Feierlichkeiten des Siegestages teilzunehmen. Unter ihnen werden sich Dichter, Improvisatoren, Erzähler, Sänger, Orchester von Volksinstrumenten, Bauerngesangvereine und andere befinden. Am Siegestage werden Vertreter der Volkskunst und dreitausend der besten Mitglieder der nicht professionellen Kunstkreise von Moskau Vorstellungen unter freiem Himmel auf den Hauptplätzen Moskaus geben.

WIEDERERÖFFNUNG DER MAILAENDER SCALA. Am 11. Mai wird die Mailänder Scala, die mit einem Kostenaufwand von siebenunddreißig Millionen Lire wieder aufgebaut worden ist, ihre Eröffnungsvorstellung geben. Arturo Toscanini wird zum erstenmal seit 1939 wieder in Mailand dirigieren.

LEO BLECH FUENFUNDSIEBZIG JAHRE. Der bekannte Dirigent und frühere Kapellmeister der Berliner Staatsoper, Leo Blech, vollendete in diesen Tagen das fünfundsiebzigste Lebensjahr. Als Komponist wurde Blech vor allem durch seine Oper „Versiegelt" bekannt. Die letzte Nachricht von ihm stammt aus Stockholm, wo er ungewöhnlich große Erfolge errang.

DER TENOR PAUL SCHMIDTMANN führt Regie in Bert Brechts Schuloper „Der Jasager" mit der Musik von Kurt Weill, die im Hebbel-Theater im Rahmen des Studio 46 Mitte Mai zur Aufführung kommt. Die musikalische Leitung hat Kurt Heuser.

DIE „KOMOEDIE" bringt als nächste Matinee am 12. Mai die zweite große diesjährige Neueinstudierung des Balletts der Deutschen Staatsoper. Die Ballettmeisterin Tatjana Gsovsky hat dafür eine Reihe von Tänzen vorbereitet, in denen die ersten Kräfte des Balletts mitwirken. Als musikalische Unterlage sind moderne Kompositionen gewählt, unter anderem von Skrjabin, Debussy, Rimsky-Korsakoff, Albeniz. Aus dem so erfolgreichen Ballett von Ravel „Daphne und Chloe" ist das Liebesduett übernommen worden. Wiederholung der Matinee am Sonntag, dem 19. Mai.

AUS DEM VERLAGSWESEN. In Frankfurt erhielten die Lizenz der Siegel-Verlag, der schöngeistige Literatur, ferner Kinder- und Märchenbücher herausbringen wird, der Verlag „Das Forum", der bisher Broschüren über den Wiederaufbau der Stadt Frankfurt und die Rede von Robert H. Jackson, dem Hauptankläger der USA in Nürnberg, gebracht hat, und der Verlag Heinrich Kindt, der Jugendbücher herausgibt, später aber Kunstschriften veröffentlichen will.

DIE HOCHSCHULE FUER MUSIK DER STADT BERLIN eröffnet Anfang Juni 1946 eine Opernchorschule. Anmeldungen werktäglich, außer Sonnabend, von 10 bis 13 Uhr, im Sekretariat, Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 1, Zimmer 14.

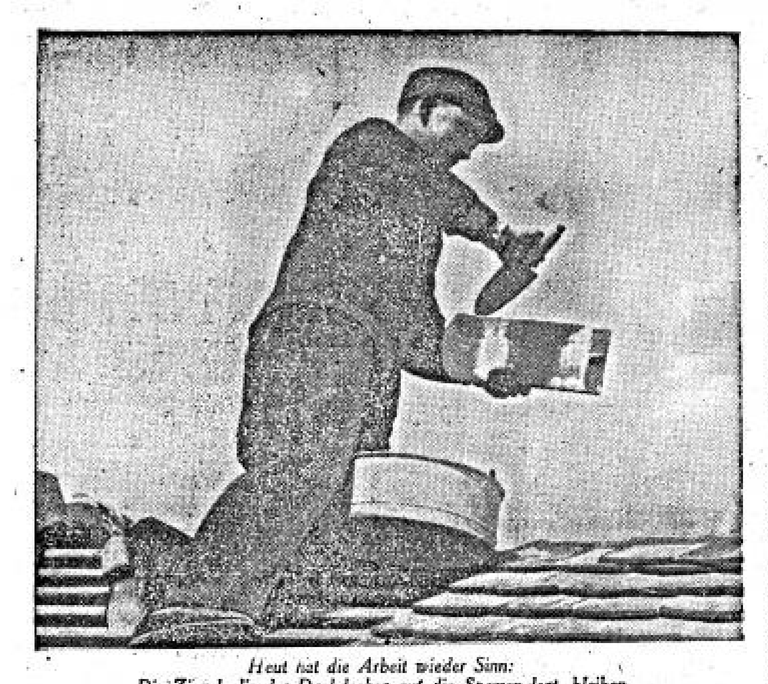
HOCHSCHULE FUER MUSIK. Unter der Leitung von Professor Bernhard Bennedik beginnt im Juni 1946 der erste Kursus „Methodik des Gesangunterrichts". An diesem Kursus können Sänger und Sängerinnen, Gesanglehrer und Gesanglehrerinnen sowie Studierende, auch von Privatgesanglehrern, teilnehmen. Anmeldungen werktäglich, außer Sonnabend, von 10 bis 13 Uhr, im Sekretariat, Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstraße 1, Zimmer 14.

Berliner Rundfunk

Mittelwelle 356,7 m = 841 kHz

Freitag, 10. Mai

6.20: Für den Landwirt / 6.50: Gymnastik / 8.00: Schulfunk / 9.30: Volkstümliche Musik / 10.00: Nachrichten für Länder und Provinzen / 11.15: Melodien aus Operette und Film / 12.00: Was wir wissen müssen / 13.45: Die tägliche Zeitungsschau / 15.00: Junge Welt / 15.15: Komponisten musizieren eigene Werke: Grete von Zieritz / 15.50: Die Stimme des Kulturbundes / 16.10: Tonfilmmelodien / 17.30: Stimmen fremder Völker in der deutschen Dichtung / 18.00: Was wir wissen müssen / 18.45: Stadtfunk / 19.00: Jugendfunk / 19.15: Zur Unterhaltung / 19.40: Zeitecho / 20.15: Meister der Oper: Wolfgang Amadeus Mozart. Szenen aus: „Bastien und Bastienne", „Die Gärtnerin aus Liebe", „Il re pastore", „Zaide", „Idomeneo", „Die Entführung aus dem Serail", „Die Hochzeit des Figaro", „Don Giovanni", „Cosi fan tutte", „Titus", „Die Zauberflöte" / 22.15: Tribüne der Demokratie / 22.40: Tausend Worte / 0.10—1.00: Richard-Wagner-Konzert. Vorspiel zur Oper „Lohengrin", Wesendonck-Lieder, Waldweben aus „Siegfried", Adagio für Klarinette und Streichorchester, „Siegfried-Idyll".



Heut hat die Arbeit wieder Sinn:
Die Ziegel, die der Dachdecker auf die Sparren legt, bleiben

Foto: Schirner

Das Schicksal des Anhalter Bahnhofs

„Zum Messezug nach Leipzig, Abfahrt 6 Uhr 50"

Am Anhalter Bahnhof herrscht Hochbetrieb. Auf allen Gleisen stehen Züge. Moderne stromlinienförmige Schnellzuglokomotiven fahren schnaufend in die Halle. Kleine Handkarren mit Erfrischungen, Zeitungen und Büchern werden von schreienden Händlern über den Bahnsteig geschoben. Aus den unzähligen Lautsprechern tönt es: „Zum Schlafwagenzug nach Bukarest bitte die Türen schließen und „von der Bahnsteigkante zurücktreten." Ueberall Händeschütteln mit den Zurückbleibenden. Dann gibt der Fahrdienstleiter das Abfahrtzeichen. Die Lokomotive stößt einen schrillen Pfiff aus und der lange Zug gleitet fast lautlos aus der durch zahllose Lampen erleuchteten Bahnhofshalle. Die kleinen roten Schlußlichter des Zuges sind noch nicht verschwunden, als durch den Lautsprecher bereits die Ankunft des nächsten Zuges verkündet wird . . .

Das war vor zehn Jahren . . .

Und vor einem Jahr? Fast ganz Berlin war von der Roten Armee besetzt. Nur die SS in den Flakbunkern kämpfte noch. Auch der Bunker, der in den Kriegsjahren wenige Meter neben dem Anhalter Bahnhof entstanden war, wurde von Wahnwitzigen noch verteidigt.

Rund 13 000 Berliner waren in den letzten Tagen des Kampfes um Berlin in diesen Bunker geflüchtet, Männer, Frauen und Kinder. Schon nach wenigen Tagen wurden Teile des Bunkers für ein Lazarett geräumt und die Zivilisten in den anderen Stockwerken zusammengepfercht. Unter Lebensgefahr mußte täglich Wasser heraufgeholt werden. Sämtliche Männer wurden, nachdem der Bunker vollkommen von der SS abgeriegelt war, herausgesucht und durch einen unterirdischen Gang zum Luftfahrtministerium transportiert und wenige Stunden später in den Kampf geworfen. Am 27. April fiel die einzige Wasserpumpe am Anhalter Bahnhof durch Artilleriebeschuß aus. Der Strom setzte ebenfalls aus. Die Lüftungsanlagen blieben stehen, und die Hitze in dem Bunker steigerte sich bis zu 60 Grad. Die Toten wurden unter die Bänke geschoben und auf den Toiletten gestapelt. Stündlich wurden neue Verwundete in den Bunker geschafft, und nur ganz dringende Operationen konnten bei Kerzenlicht durchgeführt werden. Die Aerzte entschlossen sich, den Bunker mit Roten-Kreuz-Fahnen zu beflaggen. Zu diesem Zweck wurden für die Fahnen Bettücher und Lippenstifte gesammelt. Doch wenige Stunden später mußten auf Befehl des Bahnhofskommandanten die Fahnen vernichtet werden. Am 1. Mai wurde der Bunker geräumt. Durch den S-Bahn-Schacht, in dem das Wasser an mehreren Stellen bereits meterhoch stand, flüchteten die Leute zum Stettiner Bahnhof. Dort sollte angeblich alles auf ihre Ankunft vorbereitet und Lebensmittel in ausreichender Menge verteilt werden. Als 6000 Menschen zwölf Stunden später endlich den Stettiner Bahnhof erreichten, mußten sie die Nacht auf dem Bahnsteig verbringen. Und erst zwölf Stunden später erhielten sie aus den Feldküchen der Roten Armee die erste Verpflegung seit langer Zeit.

Heute, ein Jahr nachdem die „Verteidiger Berlins" die bedingungslose Kapitulation unterschrieben, ist die Reichsbahndirektion Berlin in der Lage, aus Anlaß der ersten Leipziger Friedensmesse vier Sonderzüge einzusetzen. Das riesige halbrunde Dach der Bahnhofshalle ist beim Kampf um den Bunker zerstört worden. Die Träger wurden gleich in den ersten Mai- und Junitagen vorigen Jahres von den Eisenbahnern beiseite geräumt. Doch heute hat man den Anhalter Bahnhof besonders hergerichtet. Die Bahnsteige sind blitzsauber gefegt. Einige Eisenbahner sind damit beschäftigt, die ausgeglühten Koksstücke von den Schienen zu suchen und auf allen vier Gleisen stehen Züge. Wirklich ein fast friedensmäßiger Anblick.

Auch in der Fahrkartenhalle sind wieder einigermaßen normale Zustände eingekehrt. Als Neuerung hat man hier für jeden abfahrenden Zug einen Schalter eingerichtet. Die wiederhergestellten Fahrkartenmaschinen ermöglichen es, daß mindestens 70 Leute in der Stunde abgefertigt werden. Auch in der Bahnhofshalle ist wieder eine Lautsprecheranlage eingerichtet worden, und durch sechs Lautsprecher tönt es: „Zum Messezug nach Leipzig, planmäßige Abfahrt 6 Uhr 50, bitte einsteigen und die Türen schließen."

Als der große Zeiger der Bahnhofsuhr, die übrigens auch wieder in Betrieb ist, auf der Zehn steht, wird das Abfahrtzeichen gegeben. Pünktlich auf die Minute rollt der erste Sonderzug der Reichsbahndirektion Berlin aus der Bahnhofshalle.

Nach einem Jahr . . . **K. U.**

Verantwortung der Mütter

In einer Klasse einer höheren Schule im Nordwesten Berlins entstand das Gerücht vom Ausbruch eines neuen Krieges. Der Lehrer trat dem nicht entgegen, sondern erklärte einen Krieg sogar für wahrscheinlich. Die Schüler der Klasse stimmten daraufhin das Horst-Wessel-Lied an. Erst durch das energische Eingreifen eines anderen Lehrers wurde dem nationalsozialistischen Rummel ein Ende gemacht. —

Ein Lehrer versagte. Das kommt heute häufiger vor, denn die zwölf Jahre Naziherrschaft sind gerade an diesem Berufsstande nicht spurlos vorübergegangen, am wenigsten in den höheren Schulen, die auf Grund ihrer sozialen Struktur schon immer ein guter Nährboden für nationalistische Umtriebe waren.

Auch die Schüler versagten. Und ihnen ist es weniger zu verdenken, daß ihre jungen Hirne noch vom Nazinebel umfangen sind.

Nicht in allen Schulen zeigen sich die Blüten des nationalsozialistischen Unkrautes so klar wie im oben erwähnten Falle.

Das Unkraut muß heraus. Darüber darf keine Unklarheit bestehen, am wenigsten bei jenen, denen infolge ihrer besonderen Stellung im Volksleben die Erhaltung des Friedens ganz besonders am Herzen liegen muß: bei den Müttern.

Sie gebären das Leben. Sie nähren und erhalten es. Sie hegen und pflegen die jungen Menschenpflanzen, daß sie gesund und aufrecht wachsen. Das Leben der Menschheit nicht abbrechen zu lassen, ist die heilige Aufgabe der Mütter. Diesem ihrem Lebenszweck zuwider läuft alles, was auf Menschenvernichtung hinzielt. Es wäre widersinnig und lebenswidrig, wenn Mütter Menschen und Gesinnungen unterstützten, die den Krieg wollen und verherrlichen.

Und der Grund, warum ich den Vorfall an der Schule in Berlin erwähnte? Lehrer und Schüler versagten — und leider auch die **Mütter** der Jungen, die das Lied der braunen Kriegsverbrecher sangen, denen hunderte Millionen Menschen unsagbares Elend verdanken. Was sagen überhaupt alle Mütter zu solchen Vorfällen an unseren Schulen?

Eine Blutflut ist über die Erde gegangen. Millionen Mütter verloren in der kurzen Zeit, oft zwischen zwei Feldpostbriefen, was sie zwanzig und mehr Jahre lang von dem Tage, da sie es unter Schmerzen gebaren, gehegt und gepflegt und worum sie sich gesorgt hatten. Millionen von Müttern leiden heute zutiefst unter der durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufenen körperlichen und geistigen Not ihrer Kinder.

Soll das wiederkommen?

Wenn auch noch so viele versagen, denen die Erziehung unserer Kinder anvertraut ist — einen getreuen Ekkehart sollten sie haben, der darüber wacht, daß sie nicht wieder Schlachtvieh werden: die Mütter. **A. R.**

Berliner Notizen

Das Haus

Als die Stalinorgel keine fünfzig Meter entfernt von dem Haus aufgestellt worden war, saßen seine Bewohner noch immer im Keller, mit Brot von den russischen Soldaten versorgt, und horchten, wie das Haus in allen Fugen zitterte, wenn die Abschüsse die Rohre verließen. Es war einmal ein schönes Haus, das Eckhaus einer großen Wohnsiedlung, ganz nahe dem Zentrum Berlins und doch im Grünen gelegen, in der Nähe eines Parks, eines großen Planschbeckens und vieler Gärten. Die es bewohnten, hatten sich im letzten Jahre des Krieges das Essen, das Schlafen, das menschliche Wohnen abgewöhnt, und zuletzt sollten sie sich wie alle Berliner das Leben überhaupt abgewöhnen. Sie wehrten sich dagegen, und sie versuchten das Haus zu retten. Alles, was einst die tüchtigen Maurer, Zimmerleute, Klempner, Dachdecker sorgfältig an ihm gebaut und gearbeitet hatten, war zerstört. Es hatte an der Vorderfront keine Fensterkreuze mehr, das Dach war schon zum vierten oder fünften Male abgedeckt, in den Wohnungen zeigten die Wände große Risse oder waren eingestürzt, von den Decken der Zimmer hing das Rohrgeflecht aus großen Brandlöchern, und die einst so schönen Balkone hingen mit ihren zerrissenen Steinrändern nach vorn. Trotzdem: Man konnte noch die Treppen hinaufgehen, man konnte noch irgendwo hinter zerrissenen Türen eine Lagerstatt aufschlagen, man konnte da oder dort noch auf einem Herde kochen. Das Haus war noch nicht ganz zerstört.

Als die Stalinorgel neben ihm den Beschuß der Innenstadt Berlins begann, war in dem Hause keiner mehr von denen vorhanden, die noch vor ein paar Tagen die Bewohner zwingen wollten, sich das Leben abzugewöhnen. Die noch da waren, und darunter waren auch Frauen und Kinder, wollten leben, leben, und sie warteten Minute auf Minute und Stunde auf Stunde, daß sie endlich aufatmen könnten, daß endlich all der Qual ein Ende gemacht wurde. Viele Tage vergingen. Das Haus zitterte immer wieder in allen seinen Fugen. Die Bewohner fühlten im Keller, wie es schwankte, wie es rieselte und polterte, Türen die Treppen herunterflogen und die letzten Ziegelreste auf die Straße. Wenn sie sich ans Licht wagten, sahen sie Berlin brennen. Der Rauch der Feuersbrünste schlug ihnen auf der verwüsteten Straße entgegen.

Sie hatten das Haus in den letzten Monaten vier-, fünf-, sechsmal mühselig wieder soweit hergerichtet, daß sie weiter darin wohnen konnten; wann würde endlich der Tag da sein, an dem sie darangehen konnten, es für immer so wieder herzurichten, daß es wieder ein richtiges Haus würde, das nicht mehr Nacht für Nacht bis in die Grundfesten zu zittern brauchte?

Unzählige Berliner haben diese Sorge in den letzten Kampftagen ihrer Stadt gehabt. Aber Tausende hatten ihr Haus und ihre Wohnung freilich längst verloren. Aber dieses Haus, unser Haus, blieb von dem Letzten verschont. Am Tage der Kapitulation Berlins stand es noch, eigentlich nur noch ein Hausgerippe, aber es war noch da, in den Wohnungen waren noch Möbel, vielfach zerrissene und zerfetzte, aber doch eben noch Dinge, von denen aus das Leben irgendwie einen neuen Anfang nehmen konnte.

In diesem einen Jahre, das inzwischen vergangen ist, haben die Bewohner des Hauses zu seiner Ausbesserung getan, was sie konnten. Die Wohnungen sind wieder einigermaßen wohnlich geworden, wie in zahllosen anderen Berliner Häusern, die dasselbe Schicksal hatten, auch. Auf den Balkonen blühen sogar schon wieder Blumen. Und wenn die Bewohner heute immer noch, auch an den Sonntagen, klopfen und putzen und hämmern, so erscheint ihnen ihr gerettetes Haus manchmal wie ein Symbol der Heimat: und wie sie an seinem Neuaufbau unermüdlich gearbeitet haben und noch arbeiten, so werden sie auch an dem großen Neubau ihrer Heimat weiterarbeiten. **Hein**

Im Jähzorn erwürgt

Der 73jährige Rentner Karl Bogan, wohnhaft Berlin-Köpenick, Pestalozzistraße 19, konnte als der Mörder seiner Ehefrau Emma, 67 Jahre alt, entlarvt werden. B. gesteht, in einem Streit seine Ehefrau im Jähzorn erwürgt zu haben. Um seine Tat zu verschleiern, schüttete er seiner Ehefrau eine wahrscheinlich giftige Flüssigkeit in den Mund, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Am nächsten Tage erledigte er sämtliche Formalitäten, um die Bestattung seiner Ehefrau im Krematorium Baumschulenweg vorzunehmen. Bei der Vernehmung zeigte B. nicht die geringste Reue, auch nicht bei der Gegenüberstellung mit seinen Töchtern.

Aufbruch aus dem Chaos

Ein Jahr Wiederaufbau in Weißensee

Weißensee ist einer von zwanzig Berliner Bezirken. Wie er, kann jeder andere berichten, wie das Chaos von vor einem Jahre überwunden wurde. Es war überall das gleiche Bild und kostete überall die gleiche Anspannung aller Kräfte.

Wie sah es vor einem Jahre aus? Chaos auf allen Gebieten!, Die Straßen und Plätze mit Schutt und Trümmern bedeckt, Bombentrichter, wohin man blickte, Leichen lagen umher. Gas, Elektrizität und Wasser gab es nicht mehr. Alle Verkehrsmittel fielen aus. Handel und Wirtschaft waren lahmgelegt. Am 22. April wurde Weißensee kampflos übergeben, am 28. April übernahmen verantwortungsbewußte Männer und Frauen im Einvernehmen mit der Roten Armee die Leitung des Verwaltungsbezirks.

Die Versorgung der Kranken und Verwundeten war durch das Fehlen von Aerzten, Sanitätspersonal und Medikamenten unmöglich. Mit Fuhrwerken und in verschiedenen Behältern mußte Wasser herangeschafft werden, um die Krankenhäuser zu beliefern und Seuchen zu verhindern. Weißensee war der erste Bezirk in Groß-Berlin, der die Bevölkerung wieder mit Gas und Wasser und etwas später auch mit Elektrizität versorgen konnte. Zahlreiche Anlagen und der Umbau von Umschaltanlagen waren notwendig, um diese Versorgung sicherzustellen. Aber es klappte! Anfang Mai schon fuhr der erste Autobus von Weißensee nach dem Königstor. Nach erheblichen Schwierigkeiten gelang es, das Los der Wohnungslosen, Rentner und Flüchtlinge zu erleichtern.

Und heute:

Und im Mai 1946: 88 000 Einwohner, jeder hat ein Dach über dem Kopf — 80 000 Einweisungen in Wohnungen erfolgten — 2500 Wohnungen wurden instandgesetzt — über 200 Industrie- und Handelsbetriebe und 825 Lebensmittelhandlungen einschließlich Bäckereien wurden eröffnet bzw. in Gang gesetzt — 10 000 Kinder besuchen regelmäßig die Schulen — eine Schulspeisung sorgt für das leibliche Wohl — 4000 Rentner erhalten wieder ihre Rente — das Sozialamt betreut tausende Bedürftige, Kriegsversehrte und Opfer des Faschismus — den Umsiedlern und Rückkehrern steht das gut eingerichtete und geleitete Flüchtlingslager zur Verfügung — das Arbeitsamt hat 36 000 Männer, Frauen und Jugendliche in Arbeit gebracht — das Ernährungsamt sorgt dafür, daß jeder Einwohner regelmäßig seine Lebensmittel erhält — dem Gesundheitsamt unterstehen zwei Voll- und drei Hilfskrankenhäuser, außerdem gibt es im Bezirk zwei private Anstalten.

Aus dem Zusammenbruch vor einem Jahre sind wieder geordnete Verhältnisse auf allen Gebieten eingetreten. Weißensee geht nun mit frohem Mut in das zweite Jahr des Wiederaufbaues.

Letzte Berliner Neuigkeiten

Weitere Ausstellung von Zeitkarten

Die erste Ausstellung von Zeitkarten durch die BVG, welche aus betriebsbedingten Gründen in der Hauptverwaltung der BVG zusammengefaßt werden mußte, ist mit dem 4. Mai 1946 beendet worden. Für die neu noch hinzukommenden Zeitkarten kann die Ausstellung wieder wie früher dezentralisiert werden. Die Ausstellung von Monatskarten erfolgt nunmehr wieder auf allen Straßenbahnbetriebshöfen, und jeder U-Bahnhof nimmt Vorbestellungen von Karten gegen Abgabe des ausgefüllten Bestellvordruckes und Beifügung eines Lichtbildes sowie eines mit Name und Anschrift versehenen Briefumschlages entgegen.

Aushebung eines Spielklubs

Am 4. Mai gegen 20.40 Uhr wurde durch die Kriminalpolizei im Hause Berlin-Neukölln, Geusstraße 8, bei Gersdorf, ein Spielklub ausgehoben. Die Personalien von 28 Personen, die sich am verbotenen Glücksspiel beteiligt hatten, wurden festgestellt. Sichergestellt wurde Bargeld in Höhe von 3091 RM sowie zwei Rollen und zwei Streifen Schokolade.

Das Umsiedlerlager in der Fichtestraße wird nach wie vor stark in Anspruch genommen. In der vergangenen Woche wurden rund 13 000 Personen, darunter 3200 Kinder, eingewiesen. Der Betreuung der Kinder gilt die besondere Arbeit des Sozialamtes Kreuzberg. So wurde am 11. April ein Kindergarten eröffnet. Außerdem ist geplant, in der nächsten Zeit eine Schule zu eröffnen, da die meisten Flüchtlingskinder seit Jahren keinen Unterricht mehr genossen haben.

Die Badesaison beginnt. Der wasserreiche Bezirk Köpenick verfügt über eine Reihe von Strandbädern, die der Berliner Bevölkerung in diesem Jahr wieder zur Verfügung stehen, und zwar das Strandbad Müggelsee in Rahnsdorf, Strandbad Grünau, das Seebad Friedrichshagen, Müggelseedamm, das Volksbad Köpenick, Gartenstraße, und das Strandbad Wilhelmstrand in Oberschöneweide. Diese Bäder bieten täglich etwa 40 000 Berlinern Erholungsmöglichkeiten.

In ihrer Wohnung erdrosselt. Am 30. April 1946 wurde die 45 Jahre alte Elisabeth Sommerfeld in der Toilette ihrer Wohnung, Charlottenburg, Danckelmannstr., erdrosselt aufgefunden. Die Schränke waren geöffnet und völlig ausgeplündert. Nach Aussagen von Hausbewohnern sollen in der Nacht vom 29. zum 30. April 1946 zwei fremde Personen bei ihr gesucht haben.

Neue Zoo-Verwaltung. In der unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Werner stattgefundenen Aufsichtsratssitzung des „Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin" wurde der bisherige kommissarische Verwaltungsdirektor Werner Schröder einstimmig zum ordentlichen Verwaltungsdirektor und Vorstandsmitglied neben Frau Dr. Heinroth bestellt. Ferner wurde in den Aufsichtsrat neu aufgenommen der bekannte Afrikaforscher Hans Schomburgk.

Die Motorboote zwischen Grünau und Köpenick verkehren ab 8. Mai wie folgt: Ab Städt. Fährbrücke 7.30 Uhr, ab Loisenhain 8.00 Uhr, und jede halbe Stunde bis 18.00 Uhr bzw. 16.30 Uhr. An den Sonnabenden letzte Verbindung ab Städt. Fährbrücke 15.00 Uhr, Loisenhain 15.30 Uhr.

Die Schwimmhalle im Stadtbad Lichtenberg an der Hubertusstraße ist als Familienbad wieder geöffnet. Benutzungszeit von 12 bis 20 Uhr.

Die Entnazifizierungskommission Lichtenberg hat ihre ersten beiden öffentlichen Verhandlungstermine auf den 13. und 15. Mai, 9 Uhr beginnend, im Rathaus Lichtenberg, Zimmer 37, anberaumt. In beiden Terminen stehen insgesamt 14 Fälle zur Verhandlung.

Verbotener Eierraub. Der wald- und wasserreiche Bezirk Köpenick bietet dem Wildgeflügel auch heute noch vielfältige Nistgelegenheiten. Eine Anordnung der Militärkommandantur des Bezirks verbietet jetzt das Entnehmen von Eiern aus den Nestern von Wildenten, Fasanen und Rebhühnern.

Vom FDGB

Verband der kaufm. und Büro-Angestellten — Jugendbetriebsausschüsse. Lehrgang für Jugendfunktionäre beginnt Donnerstag, 9. Mai, 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wallstr. 61/65, Zimmer 207. Referent Kollege Gettkandt: „Wovon hängt der Wohlstand eines Volkes ab".

Metallarbeiter Mitte. Freitag, 10. Mai, 14 Uhr, im Großen Sitzungssaal in der Wallstr. 61—65: Funktionärkonferenz. Tagesordnung: 1. Das neue Betriebsrätegesetz; Referent: Kollege Trost. 2. Diskussion. 3. Organisationsfragen.

Spandau. Freitag, 10. Mai, 16 Uhr, Gewerkschaftshaus, Havelstr. 5, Zimmer 10, Bezirksverbandsvorstände-Konferenz.

Bezirksausschuß Lichtenberg. Funktionärversammlung. Freitag, 10. Mai, 15 Uhr, im SED-Haus, Mahlsdorf, Hönower Str. 78. Thema: 1. Die Planwirtschaft 1946 (Ref. Friedrich). 2. Aussprache. 3. Verschiedenes.

Baugewerbe Schöneberg-Friedenau. Freitag, 10. Mai, 8 Uhr, Schöneberg, Badensche Str. 52, II. Stock, kleiner Saal. Funktionärkonferenz aller Betriebsobleute, Bandelegierten und Vertrauensleute. Tagesordnung: Bauwirtschafts-, Organisations-, Tarif-, Lohn-, Akkord- und Urlaubsfragen. Referent Fritz Renter.

Wie wird das Wetter morgen?

Uebersicht: Nach der Heranführung kontinentaler Kaltluft ist eine Abnahme der Luftfeuchtigkeit eingetreten, welche die schwächere Bewölkung veranlaßte.

Aussichten für Berlin: Ueberwiegend heiter und trocken; in den Morgenstunden etwas dunstig. Die Tagestemperaturen bewegen sich zwischen 15 und 20 Grad; nachts um 5 Grad. Stärkere Niederschläge sind nicht zu erwarten.

9. Mai:

Sonnenuntergang	20.48 Uhr
Monduntergang	3.40 Uhr
— 1 Tag nach dem 1. Viertel —	
Dämmerungsdauer	52 Minuten

10. Mai:

Sonnenaufgang	5.22 Uhr
Mondaufgang	14.38 Uhr

—ert.

Chefredaktion: Sepp Schwab und Max Nierich

Verlag „Neues Deutschland", Berlin SW 68, Zimmerstraße 87/91. Bankkonto: Berliner Stadtkontor Nr. 96 111 Fritz Kroh — Postscheckkonto: „Neues Deutschland", Berlin Nr. 9680 — Sprechstunden der Redaktion nur von 11 bis 13 Uhr — Telefon: Sammel-Nr. 42 57 51 — Anzeigenannahme nur von 10 bis 14 Uhr (Anzeigenpreis: Die 8spaltige Millimeterzeile RM 5,—) — Druck: Berliner Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Schützenstraße 6 — 11 729

Theater-Varieté-Konzert

Ehemalige Staatstheater

Deutsche Staatsoper (Admiralspalast), Friedrichstr. 101–102. 9. 5., 17.30 Uhr: „Madame Butterfly".

Deutsches Theater, Schumannstrasse 13a. 9. 5., 18 Uhr: „Der Snob" v. Carl Sternheim.

STÄDTISCHE OPER Kantstrasse, am Zoo. 9. 5., 17 Uhr: „Verkaufte Braut".

Hebbel-Theater, Stresemannstr. 29. Telefon: 24 40 80. 17 Uhr: „Liliom" v. Molnar.

KOMÖDIE Kurfürstend. 206. Täglich 17 Uhr: „Kabale und Liebe" von Schiller. Am 10. 5., 18 Uhr, Premiere „Adrienne Ambrossat" von Georg Kaiser. Am 12. 5., 11 Uhr: Matinee, Neue Tänze des Balletts der Deutschen Staatsoper. Künstl. Ltg. u. Einstudierung Tatjana Gsovsky.

Metropol-Theater (U- u. S-Bahnhof Schönh. Allee). Tgl. 14 Uhr, ausser sbds. u. sigs.: „Pünktchen und Anton". Tgl. 17 Uhr, sigs. a. 13 Uhr: „Ein Walzertraum" v. Oscar Straus.

Renaissance-Theater, Hardenbergstrasse, am Knie. Täglich 17.30 Uhr (sigs. auch 15 Uhr): „Im wunderschönen Monat Mai" mit Michi Tanaka, Ballett Sabine Ress, Kapelle Zacharias, Franz Otto Krüger.

Tribüne Am Knie, Berliner Str. 37. Heute 18 Uhr: „Eine Frau ohne Bedeutung" (Ausverkauft).

Schlosspark-Theater Steglitz, Schlossstrasse 48. Telefon 24 09 66. Täglich 17.30 Uhr (sigs. auch 14.30 Uhr): „Wie es euch gefällt" v. Shakespeare.

Palast- Das Varieté der 2000 Am Bhf. Friedrichstr. Täglich 18 Uhr (sbds. u. sigs. auch 14.30 Uhr): 25 Alberti-Mädels und 10 weitere Attraktionen. Vorverkauf 12—18 Uhr (Telefon: 42 72 00) und bekannte Vorverkaufskassen.

Trauring-Wiese kauft Brillanten, Schmuck und Uhren aller Art. **Hermann Wiese** JUWELIER. Berlin N 4, Artilleriestr. 30. Geöffnet von 9—17 Uhr

Suche dringend zum Wiederaufbau 500 m Maschendraht für Geflügelauslauf (2 m hoch), sowie 100 m Maschendraht für Kaninchen-Stallungen, sowie 2000 m Spanndraht (1—2 mm stark). Preisangebote an H. Nikolaizig, Berlin N 58, Carmenstr. 12.

Film-Bühne Wien Kurfürstendamm 26. Tel. 32 26 41. Tägl. 14.30, 17 und 19.30 Uhr. Der große Eisrevue-Film „Der weiße Traum" mit Olly Holzmann, Wolf Albach-Retty, Lotte Lang, Oskar Sima, Hans Olden, Rudolf Carl. — Karl Schäfer mit seinem Eisballett. Regie: Geza v. Cziffra. Im Vorprogramm die neueste „Welt im Film"

Framo, ¼ t, offene Pritsche, **DKW-Luxus-39-Cabriolet**, beide tadelloser Zustand und fahrbereit, zu tauschen gegen 3—5 t Lkw. Holzgas oder Diesel. Angeb. u. P. N. 5490 an Kuhle-Reklame, Jerusalemer Str. 65/66.

Ankauf · Verkauf · Tausch **Leo Spicker** BRIEFMARKEN Berlin W 15, Brandenburgische Str. 28, am Kurfürstendamm

Photohaus PAUL FRANKE Berlin-Friedenau, jetzt Rheinstraße 46, Nähe Kaiserallee. Wir bitten unsere Kunden um ihre neue Anschrift.

Kochmaschinen sofort lieferbar. **Schlosserarbeiten** sowie Blechreparatur- und Instandsetzungsarbeiten jeder Art werden schnellstens in und außer Hause ausgeführt. G. Kromschröder, Aktiengesellschaft, Berlin-Charlottenburg 5, Danckelmannstr. 3 a—5. Tel. 43 40 67.

Berichtigung Herr Paul Jahn, Niederschönhausen, Rolandstr. 105, ist nicht Pg. gewesen. Paul Eichbaum.

Biete 1 PKW Hanomag Garant, 4sitz. Limousine, sehr gut bereift, fahrfertig. **Suche** Bauholz und Zement. Anruf 63 33 88

Radio selbst gebaut Bastler werden mit Einzelteilen, Chassis, Anleitung und Schaltvorschriften beliefert. **Wir helfen Ihnen!** Wir reparieren Ihr Rundfunkgerät und stellen neue her. Wir fertigen in kleinen Mengen Haushaltgeräte. **Helfen Sie uns!** Wir kaufen jed. Posten Radio-Zubehörteile und Elektromaterial, Werkzeuge jeglicher Art, Alu- und Eisenbleche, Bleche 0,8—2,0 mm, Asbest u. Isolierperlen. **DIPLING** Hugo Klein, Mechan. Werkstätten, Bln.-Niederschöneweide, Brückenstr. 9, und Annahmestellen: Bln.-Johannisthal, Kaiser-Wilh.-Str. 40, Berlin O 112, Samariterstr. 20.

Kaufe Schmuck, Uhren Silberauflage-Bestecke, Service, feine Porzellane, Figuren, Vasen (Dresden, Thüringen usw.). E. Vogt, Berlin-Buchholz, Zimbelstr. 71 (nahe Industriebahn)

Rentenhäuser Fabrik-, Geschäfts- u. Zweckgrundst. aller Art, Villen und Landhäuser, Terrains und Gartengrundstücke suchen für großzügige bar auszahl. schnellentschl. Käufer. Für Verkäufer kostenlos. Wollen Sie noch günstig verkaufen, bitten um Angebot. Auf Wunsch kann anderweitige Kapitalanlage nachgewiesen werden. **Berolina** Grundstücksvermittlung W. Salomon, Berlin W 15, Uhlandstr. 161/Kurfürstend.

Paul R. Schwerdtner Welthandelshaus für Briefmarken, Gegr. 1903. **Wir suchen** erste Seltenheiten von Deutschland, Europa, Uebersee, gepflegte Sammlungen. Berlin W 15, Fasanenstraße 42. Angebote nur an Wiederverkäufer. Tägl. außer Mittwoch u. Sonnabend von 9—13 und 15—17 Uhr

Verbindung zu einer leistungsfähigen Schleiflackmöbelfabrik gesucht. Meldungen unter Nr. 3267 an Berliner Annoncen-Expedition, W 15, Kurfürstendamm 196.

Nähmaschinen mit oder ohne Motor, für Wäschenäherei dringend gesucht, evtl. Tausch gegen gut erhaltenen dunklen Anzug, Gr. 1,75, für schlanke Figur. Poest, Berlin-Hohenschönhausen, Ueinersteig 1.

Haus-, Grundstück-Treuhand-Gesellschaft mbH. Berlin-Friedenau, Rönnebergstraße 15. Beratung und Uebernahme von Verwaltungen und Treuhandfunktionen.

Für **Finanzierung-Wiederaufbau** beschädigter Betriebe u. Häuser suche und habe anzubieten: Kapital aus Privathand für Beteiligungen, Betriebs-Kredite, II.-III. Hypotheken. Suche und habe anzubieten: Betriebe — Geschäfte, Fabrik-Geschäftshäuser, Zinshäuser, Landhäuser, Villen — Terrains, Berlin und Provinz. **Sieg** Immobilien, Hypotheken, Finanzierungen. Bln.-Zehlendorf-W., Bogotastr. 17. Unverbindl. kostenlose Beratung Mo. Mi. Fr. 14—17 Uhr. Kein Vorschuß

Suche dringend Fahrrad möglichst Damenrad. Möbelhaus Hilbrich, Berlin-Charlottenburg, Jebensstr. 1 (Am Zoo)

Meierei Westkreuz Charlottenburg 9, Halenseestr. 38—42, Tel. 97 67 11, gibt laufend Sägespäne ab.

Tausche: 2 Raupenschlepper Citroen 4 und 6 Zylinder, Motoren vollständig überholt, Imbertgeneratoren, gegen Lkw. 4—4½ t mit Anhänger. Außerdem 1 Reifen 44×10 komplett und 1 Reifen 250×20 gegen 70×18 und 650×16.

Wir fertigen sofort **Eisenschlüssel** für Patent- und Sicherheitsschlösser. Schlösser ab Lager lieferbar. Victor Lux, Berlin N 4, Strelitzer Str. 63.

Aufträge in **Hartholz-Paßteilen** nach Zeichnung, evtl. bei Anlieferung von Hartholz, vergibt Steglitz, Schließfach 53.

Handhebel-Blechschere fabrikneu, bis 7 mm Stärke unbegrenzt schneidend, zu verkaufen. Zuschriften unter P. H. 5491 an Kuhle-Reklame, Jerusalemer Str. 65/66.

Leitspindel-Drehbänke Spitzenhöhe mindestens 150 mm, 1—1,5 Meter Bettlänge, Revolverbänke, Schnellhobler, Exzenterpressen, Balancier, Kreissägen, auch wenn beschädigt, zu kaufen gesucht. Zuschriften unter P. J. 5492 an Kuhle-Reklame, Jerusalemer Str. 65/66.

Es sind lieferbar: Ampullen für medizinische Zwecke aller Art, Tablettengläser, Flaschen usw., Brennstoffampullen, Zigarettenspitzen aus Glas und sonstige Gebrauchsgläser. Großhandel f. Gebrauchs- u. med. Glaswaren Fa. Schönau, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 53.

Tische und Stühle für Kantine dringend zu kaufen gesucht. Berliner Bandlank, kaufm. Leitung, Berlin-Charlottenburg, Masurenallee 8-14

Achtung, Anzeigenvertreter! Vertreter, die sich für lohnende Objekte intensiv einsetzen wollen, reichen schriftliche Angebote ein an ND 186, Anzeigen-Gerlach, Halensee.

Wir kaufen jede Menge **Papier** Angebote erbittet Hadewe-Verlag, Bln.-Halensee, Kurfürstendamm 106.

Wir suchen **tüchtige Anzeigenvertreter.** Schriftliche Angebote erbittet Hadewe-Verlag, Bln.-Halensee, Kurfürstendamm 106.

Pachte oder kaufe Haus, 3 bis 3½ Zimmer, Garten. Gebe evtl. schw. eich. Schlafzimmer, Radio mit Plattenspieler und 100 Platten in Zahlung. Tauschwohnung vorhanden. Karl Borth, (1a) Neuenhagen bei Berlin, Rückertstr. 19.

Kaufe **Eisen-, Leichtmetall-** und Buntmetallbleche von 0,5—1,5 mm. Heinrich K. Sturm, Berlin N 4, Invalidenstr. 117, Postschließfach 73. Fernsprecher 42 19 57.

Grundbesitz jeglicher Art, auch in der Provinz, dringend gesucht. Für Verkäufer keinerlei Unkosten! **EWALD-K.G** IMMOBILIEN, BERLIN N 54, ELSÄSSERSTR. 1-2, U-BAHN ROSENTHALER PLATZ

Strebel-Kessel etwa 16 bis 20 qm Heizfläche, komplett, gegen **Drehbank** zu tauschen gesucht. Offerten erb. unt. 1140 an Commerz-Werbung, Berlin W 15, Pariser Str. 44

Suche Miethäuser, Landhäuser, Parzellen sowie Grundstücke jeder Art. Für Verkäufer keine Unkosten. **Kurtze** BERLIN N 4, CHAUSSEESTR.

45—50 PS Schleifringläufer-Motor, Drehstrom 380/660 Volt, etwa 900 Touren, sucht (evtl. geg. Tausch) Rud. Müller, Metallwarenfabrik, Berlin NW 40, Calvinstr. 16

Suchen Bereifung 7,00×20 bzw. 6,50×20 und 6,00×16 je 6 Decken mit Schläuchen gegen Werkzeugmaschine bzw. Elektromotoren nach Vereinbar. Antr. unt. N. 373 d. Annoncenbüro Gerstmann, Bln.-Lichterf.-West, Kyllmannstr. 5

Schreibmaschinen Rechenmaschinen Registrierkassen Ankauf, repariert kurzfristig, Verkauf. Carl Werner, Bln. O 112, Jungstr. 8 a

Ihr Anwesen jeglicher Art und Beschaffenheit, Ihren Geschäftsbetrieb mit oder ohne Grundstück verkaufen oder verpachten Sie diskret, schnell und ohne jegliche Kosten für Sie an seriöse Interessenten mit Kapital durch: **BARTELS & WEBER** vorm. Adam Weber, Internationale Immobilien seit 1925, Berlin-Zehlendorf, Argentinische Allee 101 (am U-Bahnhof Onkel Toms Hütte)

Suche **Eisenblech 0,6 bis 2 mm** Willi Knöfel, Elektro- u. Radio-Großhandlung, Berlin-Neukölln, Weichselplatz 3—4

Erfinder die für ihre Ideen Verwertung und Finanzierung suchen, wenden sich umgehend an Martin Jung, Patentverwertungen, Berlin W 30, Regensburger Str. 5a

Biomed sucht Schraubkapseln für Flaschen von 10—250 g, Schraubdeckel für Salbendosen verschiedener Größe in Mengen von je 50—100 000 zu kaufen, evtl. auch zu tauschen. Biomed, Berlin C 2, Weinmeisterstr. 2 a

Eisstand für Freilichtbühne, 3000 Plätze, verpachtet Telefon 63 07 57.

Berlin—Chemnitz—Berlin suche laufend Transportraum per LKW. O. Fleischer, Berlin N 4, Elsässer Straße 58.

Heißmangel gesucht Rich. Siegmann, Bln.-Charlottenburg, Sybelstraße 59.

Suche dringend zu kaufen **Holzkübel, Weinfässer,** Aluminium-Gefäße mit Füllgewicht bis 1000 kg. Stärke- und Nährmittelwerk Gaulag (Mecklbg.).

Handgewinde-schneidmaschinen für Innen- und Außengewinde von 1—6 mm sofort lieferbar. CARL DANTZIGER, Berlin-Steglitz, Grünnerstraße 2.

Kaufe Werkzeuge und Maschinen aller Art und in jedem Umfange. Übernehme Kommissionsverkauf. Heinrich K. Sturm, Berlin N 4, Invalidenstr. 117, Postschließfach 73. Fernsprecher 42 19 57.

Gummistempel Metallstempel und Stempelkissen wieder lieferbar. Oskar Neumann, (3) Barth, Teergang 3.

STELLENANGEBOTE Achtung! Einstellungen dürfen nur über das örtlich zuständige Bezirksarbeitsamt erfolgen

Tapezierergehilfe einen Polsterer, einen Kundenarbeiter, sucht Hanke, Bln.-Johannisthal, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.

MÖBEL-HÜBNER BERLIN W 35, GENTHINER STR. 21, AN DER LÜTZOWSTRASSE sucht erstklassigen Polstermeister zur selbständigen Uebernahme usw. Werkstatt für Polstermöbel. JETZT IM GLEICHEN HAUSE **MÖBEL-TÜRKLITZ**

2 Transport-arbeiter f. Autofuhrgeschäft per 15. 5. gesucht. Helmut Koerber, Bln.-Wilhelmsaue 26.

Hochfrequenz-Ingenieure und Physiker zur Anfertigung von Beschreibungen und technischen Unterlagen gesucht. Labor, Konstruktionsbüro und Versuchswerk Oberspree, Berlin-Oberschöneweide, Ostendstraße 1—5

Tüchtige Kranmonteure Elektromonteure, Autoschlosser mit Führerschein 2, stellen sofort ein. Deutsche Industriewerke A.G., Berlin-Spandau, Freiheit 4—7.

Kranol Zimmerleute, Bautischler, Dachdecker, **Maurer**. Andere Bauhandwerker und Ungelernte gesucht von KRANOL im Berliner Schloß

Glasbläser stellt ein E. Steinbacher, Glasapparatebau, Bln.-Treptow, Heidelberger Str. 75—76

Reichmann Registrierkassen, Büromaschinen, Schnellwaagen. Berlin NW 7, Friedrichstr. 133, Telefon 42 04 33, sucht 3 Registrierkassen-mechaniker, 1 Arbeitsburschen, 1 weibl. Kaufm.-Lehrling mit höherer Schulbildung, ferner Mechanikerdrehbank.

Unsere Stammleute und sonstigen Fachkräfte (Steinsetzer, Rammer, Hilfsarbeiter) wollen sich melden bei der Firma **Friedrich Wickel** Charlottenburg 5, Knobelsdorffstr. 9

Stepper(in) Handnäherin, Einfüllerinnen verlangt, Brandt, Chausseestr. 129.

Wir suchen für sofort 2 Maurer, 1 Tischler, 2 Böttcher, 2 Maschinenschlosser, 1 Nahrungsmittel-chemiker. Zuzugsgenehmigung sowie Wohnmöglichkeit wird durch die Firma beantragt. Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an Konserven-, Nährmittel- und Marmeladenfabrik **Carl Schäfer Nachf.** Potsdam, Waisenstraße 48